Nr. 266. 18. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Mittwoch, den 13. November 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Zu den Hunnenprozessen.

Für die Hunnenprozesse, die gegen den „Vorwärts" schweben, ist nunmehr der Termin am 2. Dezember vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts angesetzt. Unter Anklage steht zunächst eine im November vorigen Jahres in unsrem Blatte veröffentlichte kurze Notiz, in der mitgeteilt wurde, daß bei der Expedition des Corps des Generalmajors v. Ketteler von Peking nach Paotingfu 40 gefangene Boxer erschossen wurden. Die Thatsache selbst wird nicht bestritten, nur soll Generalmajor v. Ketteler nicht an dieser Expedition beteiligt gewesen sein. Sodann stehen einige Hunnenbriefe unter Anklage, darunter derjenige, welcher der Anklage in Frankfurt a. M. gegen Dr. Quarck als Grundlage diente. Die übrigen Briefe sind der Parteipresse entnommen, ein andrer dem „Egelner Tageblatt". Angeklagt sind die Redacteure Schmidt, Schröder und John.

Als Zeuge ist Generalmajor v. Ketteler geladen, der wegen der oben bezeichneten Angelegenheit Strafantrag gestellt hat, dann Major Gayer, der den Zug nach Paotingfu begleitet hat, endlich Oberlieutenant v. Stolzenburg. Kanonier Deiter war vom „Egelner Tageblatt" als Briefschreiber genannt und wird nun von der Staatsanwaltschaft als Zeuge geladen. Ferner ist unser Redacteur Eisner als Zeuge geladen worden.

Alle von der Verteidigung angebotenen Beweisanträge sind als unerheblich abgelehnt worden. Diese Beweisanträge bezweckten, die Wahrheit der von uns erhobenen Behauptungen festzustellen. Ueber diese höchst befremdliche Ablehnung unsrer Beweisanträge seitens des Gerichts ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

* * *

Der Stuttgarter „Beobachter" veröffentlicht einen Teil der Verteidigungsrede, die Rechtsanwalt Friedrich Haußmann für unsren Parteigenossen Heymann, den Redacteur des „Wahren Jakob", vor dem Stuttgarter Landgericht hielt. Da die Chinaereignisse demnächst auch in Berlin ihr Nachspiel vor den Schranken des Gerichts haben werden und somit die Erinnerung an die Geschehnisse des Sommers 1900 erneuert zu werden verdient, geben wir die trefflichen Ausführungen Haußmanns hier wieder. Der Verteidiger führte aus:

„Ich meine, daß diese Strafantrags-Campagne gegen einige Redacteure ein seltsamer Anblick ist. Man sollte sie von einer höheren Warte aus betrachten. Art. 64 der Reichsverfassung bestimmt: „Alle deutschen Truppen sind verpflichtet, den Befehlen des Kaisers unbedingt Folge zu leisten." Nun aber wurden die abziehenden Truppen zu einer Ansprache versammelt, worin die Worte vorkamen:

„Pardon wird nicht gegeben. Wie vor tausend Jahren die Hunnen sich einen Namen gemacht. Dafür steht Ihr mir bei Eurem Fahneneid. Und nun glückliche Reise. Adieu, Kameraden!"

Auch wurden die Soldaten aufgefordert, einen Eindruck hervorzubringen, der bei den Chinesen tausend Jahre vorhalten müsse. Was sind die Mittel, um sich einen solchen Namen zu machen? Doch wohl, Blut zu vergießen und Wohnstätten zu versengen! Kein denkender Mensch vermag dies zu bestreiten, auch der Herr Oberstaatsanwalt nicht. So konnte also die Annahme, daß die Truppen bestrebt gewesen sein werden, im Sinne der Ansprache ein Exempel zu statuieren, an welches die Chinesen mit Schrecken denken würden, doch nicht als unberechtigt erscheinen. Und wenn dann ein Gegner der in jener Ansprache vertretenen Auffassung, wenn ein Poet in dieser Annahme die Rache-Aktion, die Blutmission just mit den Mitteln, welche einer nachhaltigen Schreckensmission allein zu Gebote stehen, dem fließenden Blut und den brennenden Hütten, bezeichnet und dies von seinem Standpunkt aus als Morden und Brennen etikettiert — dann kommt der von derselben Stelle ernannte preußische Kriegsminister und stellt gegen den Redacteur, der das Gedicht veröffentlichte, weil auch er überzeugt war, es habe sich die Schreckensfunktion, welche er und die Soldaten aus den Worten des obersten Befehlshabers heraushören mußten, thatsächlich vollzogen, Strafantrag. Jedermann fühlt diesen klaffenden Widerspruch: rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht!

Der Kriegsminister hat es furchtbar einfach! Jetzt heißt es nach dem juristischen Formalismus: es sei eine Beleidigung, wenn man behaupte, die Truppen hätten, soweit sich Gelegenheit bot, im Sinne des Abschiedsbefehls gehandelt! Die Redacteure seien zu verurteilen, wenn sie nicht den Beweis führen, daß das geschehen sei. Den „Beweis"? **Den Soldaten ist der Mund durch strengen Befehl geschlossen;** sie durften selbst über Fälle, wo über das Maß des Kriegsbrauchs gesündigt wurde, niemand, nicht einmal ihren Angehörigen Mitteilung machen. So bleiben nur die Angaben der Offiziere und der Armeeleitung. Sie bestätigen, daß nicht das Geringste vorgekommen ist, daß im Gegensatz zur Abschiedsrede nur der gewöhnliche Ordnungsdienst ausgeübt worden ist.

Hohes Gericht! Wenn eine oppositionelle oder Arbeiter-Zeitung Englands bei der Ankunft eines Transports aus Afrika schriebe: „Unsre Helden kehren wieder, schlapp vom Sengen, Brennen, Morden", und wenn der englische Kriegsminister Strafantrag stellen würde, so zweifle ich nicht, **daß der als Kronzeuge gestellte General bezeugen würde, es sei nichts Unrechtes vorgekommen.** Der Staatsanwalt würde dann unter dem Beifall der englischen Chauvinistenpresse gegen den Redacteur Gefängnisstrafe beantragen, und die englischen Richter wären in der Lage, wegen mangelnden Beweises und auf Grund der Aussagen des Generals den Mann zu verurteilen. Aber doch würde durch unsre Seele ein schmerzliches Empfinden gehen, ein Bewußtsein der Dissonanz zwischen dem Menschenrecht der ehrlichen Meinungsäußerung und dem Paragraphenrecht!

Der Herr Oberstaatsanwalt hat sich nicht darüber ausgesprochen, ob der Ausdruck „Hunnen" eine Beleidigung ist; dabei ist auch zu berücksichtigen, daß die Worte des inkriminierten Gedichtes „Eyels Söhne, Hunnenhelden", nicht unter Anklage gestellt sind. Der Ursprung der Bezeichnung ist bekannt, und der Angeklagte darf sie gebrauchen, nachdem sie milliardenfach von deutschen Zungen wiederholt worden ist. „Sengen"? „Brennen"? Ist gesengt, gebrannt worden? Wer hat die Stirne, das zu leugnen? Statt Dutzenden von Kriegsberichten, die ich vor mir habe, will ich dasjenige Blatt citieren, das die k. Staatsanwaltschaft sonst gegen die Redacteure anspornte, den „Schwäbischen Merkur". Was dieses Blatt sich in „Briefen vom Kriegsschauplatz" von seinem Berichterstatter über thatsächliche Vorkommnisse melden läßt, wird doch als „thatsächlich" vorgekommen Beweiswert für die richterliche Ueberzeugung haben. Herr Rudolf Zabel schrieb im Mittagsblatt vom 3. Juni:

„Als wir in Szchaikou eintrafen, fanden wir den Ort fast völlig verlassen, nebenbei bemerkt, ein ganz elendes, verwahrlostes Nest, in dem wir die scheußlichsten Quartiere des ganzen Marsches hatten. Als der Ort am nächsten Morgen nach dem Verlassen **zur Strafe angezündet** wurde, dürften nicht allzu große Schätze verbrannt sein. Auf dem Rückmarsch, den wir früh morgens antraten, **wurden noch die in der Umgegend gelegenen Dörfer niedergebrannt."**

Daß die Einwohner dieser Dörfer noch lange an diese Brandmission denken werden, ist allerdings anzunehmen, wenigstens haben die schwäbischen Bauern im Remsthal noch nach Jahrhunderten an die hunnische Mißwirtschaft unter Melac gedacht. Ich halte demnach den Beweis für die Worte „Sengen und Brennen" so erbracht, daß auch die richterliche Ueberzeugung nicht daran zweifeln kann; sonst müßte ich mich auf Herrn Zabel und den „Schwäbischen Merkur" beziehen!

Was das Wort „Morden" anlangt, so weiß jeder Leser, daß er in der partheiischen und gar in der poetischen Sprache für jede vorsätzliche Tötung gebraucht wird. Sonst hätte Napoleon gegen Schiller Strafantrag stellen können, der sich vermaß, zu dichten:

„Das Jahrhundert ist im Sturm geschieden,
Und das neue kündet sich mit Mord!"

Es giebt philosophische Sonderlinge — auch außerhalb der Zahl der Quäker und der heutigen Tolstojaner — die den Krieg als Massenmord bezeichnen. Georg Herwegh gehörte zu dieser Kategorie; denn er richtete im Jahre 1871 ein sehnsüchtiges Friedensgedicht an sein Vaterland, worin die Kriegstötung folgendermaßen umschrieben ist:

„Du bist im ruhmgekrönten Morden
Das erste Volk der Welt geworden!"

Daß chinesisches Blut geflossen ist, wird auch der Herr Oberstaatsanwalt nicht bestreiten und das Gericht als Thatsache annehmen. Jede der verbündeten Großmächte that ihr Bestes, um nicht hinter den andern zurückzubleiben. Dabei ist für den Verlust an Menschenleben zu beachten, daß keine Feldschlachten geschlagen wurden, daß also die Tötung nicht Schlachtentod war, sondern daß das viele Blut im wesentlichen entweder den Füsilladen eines ad hoc gezimmerten Kriegsrechts oder der Niederknallung flüchtiger Haufen entsprungen sein muß; wie oft wurde gemeldet, auf unsrer Seite sei niemand gefallen, von den Chinesen 200 oder 800! Den Beweis, daß keine Feldschlachten geschlagen wurden, entnehme ich auch dem gestern veröffentlichten Armeebefehl Sr. Majestät, worin sich die Worte finden:

„Und wenn es dem Expeditionscorps auch nicht beschieden gewesen war, in großen Schlachten seine Kriegstüchtigkeit opferfreudig zu erweisen . . ."

Ich erlaube mir zugleich, auf das Bedauern aufmerksam zu machen, welches in diesen Worten durchklingt, nicht minder als in den folgenden:

Daß trotz der friedlichen Zeiten das deutsche Heer seinen kriegerischen Geist nach dem Vorbild der Väter bewahrt hat.

Aber es genügt hier die festgestellte Bethätigung des kriegerischen Geistes. Zweitens ist es eine unabweisbare Folgerung, daß der kriegerische Geist, wenn keine Feldschlachten geschlagen werden, sondern wenn man ein Volk bekriegt, das in seinen Heimstätten sitzt, eine Form annimmt, welche das harte Wort eines grausamen Charakters rechtfertigt. Für diesen Vorwurf will ich das denkbar klassischte Zeugnis beibringen durch das sachverständige Zeugnis des Strafantragstellers selbst. Am 19. November gab Seine Excellenz der preußische Kriegsminister im Reichstag klipp und klar zu:

Was die von Herrn Bebel erwähnten Grausamkeiten betrifft, so habe ich ihm bereits vorgehalten, daß durch den Volkskrieg **der Krieg einen grausamen Charakter annimmt.**

Dieser grausame Charakter, die Entsetzlichkeit der blutenden Chinesenleichen mit abgeschnittenen Zöpfen und ohne, der Schmerz des Todes für die Sterbenden und für ihre Kinder wird dadurch nicht anders, daß sich die Deutschen für ihr schneidiges Vorgehen auf eine kaiserliche Verordnung berufen können. Da mußten alle Zuschauer zu einem Aufschrei gelangen! Ich will nur mit einer Einzelheit noch belegen, was der „kriegerische Geist" in Ostasien für Blüten getrieben hat. Ich greife einen Bericht aus dem Stuttgarter „Neuen Tagblatt" vom 10. August 1901 aus dem Chinatagebuch eines württembergischen Gefreiten heraus, weil hier der Einzelheit hinzugefügt ist, daß sie keine Seltenheit sei:

Meine Compagnie schlug am Ufer des Peiho die Zelte auf. Ich besah mir die Trümmerhaufen. Unterwegs stieß ich auf eines der gar nicht seltenen Kriegsexempel. Am russischen Kriegslazarett wurde ein gefallener Offizier beerdigt. Ein Kuli warf das Grab aus. Die Leiche wurde hinabgesenkt. Der Pfarrer hält eine Predigt, wozu der Kuli lacht. Ergrimmt hierüber nimmt ein neben ihm stehender Kosak die am Boden liegende Schaufel und haut den Kuli auf den Kopf, daß er lautlos zusammenbricht. Durch einen Fußtritt wird er dann, ob tot oder lebendig, in die Grube befördert, und Offizier und Kuli werden zugedeckt.

Das ist ein Stilleben aus dem Kriege. Auch der Deutsche hatte „kriegerischen Geist" genug, um sich eines Hilfeversuches zu enthalten, bevor das Opfer — lebendig begraben wurde, das bei der fremden Sprache und Tracht des Popen sein Gesicht verzogen hatte! „Das Luder ist wohl hin," diese Reflexion gewinnt die Oberhand über das Gebot des Herzens: „Du sollst nicht töten!", das andren vorschwebt!

Und da will man denen, die sich daran noch halten, und die in Prosa und Poesie aufschreien gegen die Greuel eines Krieges, nicht zugestehen, daß sie in Wahrung berechtigter Interessen, daß sie in gutem Glauben, daß sie in sittlichem Empfinden ihre Feder ergriffen haben? . . ."

* * *

Normann-Schumann.

Zu dem gestrigen Aufsatz von Bebel wird uns über den berüchtigten und gefährlichen Polizei-Agenten Normann-Schumann von einer Seite, die ihn kennt, geschrieben:

„Die gerichtlichen und „disciplinarischen Prozeduren gegen Normann-Schumann haben alle einen Geburtsfehler, an dem sie sterben, ehe sie auch nur eine mäßige Entwicklung erlangt haben. Dieselben Nachweise, die Abg. Bebel nach dem Tauschprozeß der Staatsanwaltschaft auf deren Wunsch unterbreitet hat, sind einige Jahre früher von andrer Seite dem jetzigen Gesandten v. Kiderlen-Mädler, damals Dezernenten im Auswärtigen Amt, geliefert worden, um eine Kaltstellung des Nichtgentleman zu bewirken. Normann-Schumann hatte die einträgliche Schriftstellerei mit Majestätsbeleidigungen im Auslande früher auch in amerikanischen Blättern betrieben. Normann-Schumann ist auch der Verfasser jener Broschüre über den Xantener Prozeß, derentwegen der Verleger zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Es fiel hernach auf, daß diese lange Strafe in eine mäßige Geldstrafe im Gnadenwege umgewandelt wurde — neben andren Motiven hatte dabei der Nachweis der Autorschaft des Polizeispitzels mitgewirkt.

Alle Nachweise dieser und der oben bezeichneten Art, die Herrn von Kiderlen geliefert wurden, genügten aber nicht, die Kaltstellung des Nichtgentleman Normann zu bewirken. War er „brauchbar"? War er „furchtbar"? War er beides? Man kann es schon glauben, wenn man weiß, daß Normann-Schumann sich rühmt, in vier Sprachen an 80 Zeitungen des In- und Auslandes mitzuarbeiten und nicht nur bei einigen Regierungen wohl accreditiert zu sein, sondern sogar zu Herren des heiligen Kollegs in Rom, zu Kardinälen gute Beziehungen zu haben.

Nun hätte man meinen sollen, daß wenigstens nach den Tausch-Leckert-Lützow-Prozessen der Eifer der Behörden gegen Normann-Schumann eine Herzstärkung erfahren hätte. Es scheint aber nicht, daß das der Fall ist; Herr Abg. Bebel irrt sich, wenn er meint, daß Herrn Normann-Schumann die Thore des Deutschen Reiches verschlossen wären; vielmehr ist der Mann im Laufe des letzten Jahres **wiederholt in Berlin gewesen,** und er selber rühmt sich, daß er sich hier ohne Scheu bewege. Man darf ihm glauben, daß er auch in Luzern, in Zürich deutschen Polizeibehörden „gute" Dienste leistet, und weil bei ihm derartige Dienste immer einen vieldeutigen, vielseitigen Charakter annehmen, mögen ihm einige Hunnenbriefe sehr wohl geraten sein.

Es ist doch höchst sonderbar, daß die betreffenden Polizeibehörden so gänzlich ohne Kenntnis sind von dem Strafverfahren, durch welches die Justizbehörde den gewandtesten aller Polizeiagenten verfolgt.

* * *

Die „Hunnenbrief-Fabrik".

Das „Berliner Tageblatt" schickt einer ausführlichen Citierung der gestrigen Ausführungen Bebels über die Hunnenbriefe folgende Bemerkungen voraus:

Als während der China-Expedition plötzlich von allen Seiten sogenannte „Hunnenbriefe" auftauchten, welche den deutschen Soldaten in China Mord, Raub und Plünderung vorwarfen, da gaben wir sofort unsern Zweifeln an der Authenticität solcher angeblich von deutschen Soldaten in China herrührenden Briefe Ausdruck. Die Hunnenbrief-Prozesse in Stuttgart und Frankfurt a. M. haben unsren Zweifeln Recht gegeben und zugleich einen Fingerzeig dafür geliefert, wo der Ursprung dieser Hunnenbriefe zu suchen sei. Es hat danach eine förmliche Hunnenbrief-Fabrik in der Schweiz bestanden, deren spiritus rector kein Geringerer gewesen zu sein scheint als der berüchtigte ehemalige Berliner Polizei-Agent Normann-Schumann alias Mac Hunz. Bebel veröffentlicht im „Vorwärts" . . ."

Das „Berliner Tageblatt" vollführt eine ganz ungeheuerliche Verdrehung der Darlegungen Bebels. Diesem ist es natürlich nicht eingefallen, durch seine Hinweise auf Normann-Schumann als wahrscheinlichen Urheber der angeblichen Hunnenbrief-Fabrik die Echtheit der in der deutschen Presse veröffentlichten Hunnenbriefe bezweifeln zu wollen. Das „Berl. Tageblatt" kann aus den Spitzelversuchen Normann-Schumanns auf die Unechtheit der Hunnenbriefe nur schließen, weil es gänzlich das Geständnis der offiziellen „Berl. Korrespondenz" vergessen hat, daß jener Spitzelversuch eben nur Versuch geblieben ist. Die „Berl. Korr." hat im Juli d. J. mitgeteilt, daß die betreffenden Briefe, die aus Luzern an einen Unteroffizier in China mit dem Ersuchen, sie an Verwandte und Freunde des Absenders zurückzusenden, abgeschickt worden waren, thatsächlich überhaupt nicht zur Zurücksendung gelangt sind. Gegen die veröffentlichten Hunnenbriefe ist also nicht das mindeste durch die Aufdeckung der angeblichen schweizer Hunnenbrief-Fabrik bewiesen.

Bei der Gelegenheit sei wiederholt erinnert, daß die Regierung auf unsre dringliche Befragung über den Absender jener Briefe und über die Namen der Personen, an welche der Unteroffizier die Briefe zurücksenden sollte, sich in dauerndes, höchst seltsames Schweigen gehüllt hat. Die Regierung ist es, welche die Wege verschließt, die zur Aufdeckung jener unsauberen Machenschaften führen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. November.

Ein Hilferuf aus China.

Wir haben die Zurücklassung eines Teiles der nach China entsandten Truppen nach Beendigung der sogenannten chinesischen Wirren unter dem Namen einer ostasiatischen Besatzungsbrigade wiederholt als Gesetz- und Verfassungswidrigkeit nachgewiesen, ob deren mindestens der Reichskanzler erneute Indemnität beim Reichstage nachzusuchen verpflichtet ist. Bisher hat nichts davon verlautet, daß der Reichskanzler dies thun werde. Vielleicht nimmt er an, durch die im vorigen Jahre ihm erteilte Indemnität zugleich einen Wechsel der Verzeihung für allen zukünftigen China-Absolutismus erhalten zu haben.

Jetzt scheint sich herauszustellen, daß die Aufstellung der ostasiatischen Besatzungsbrigade nicht nur verfassungsrechtlich unzulässig gewesen ist, sondern auch ein schweres Unrecht gegen die Chinafreiwilligen bedeutet, die jetzt wider ihre ursprüngliche Absicht und entgegen den ihnen gemachten Zusagen als Angehörige jener Brigade in China zurückgehalten werden.

Der „Fränk. Tagespost" liegt der Originalbrief eines Chinakriegers aus Tientsin vom 27. August 1901 vor, in dem lebhaft Beschwerde gegen unberechtigte Zurückhaltung in China erhoben wird. Der Brief ist an einen Berufskollegen gerichtet; der Briefschreiber hat sich in der deutschen Heimat von Politik stets ferngehalten und war nichts weniger als Socialdemokrat. In dem Briefe ist zu lesen:

„. . . Das deutsche Volk muß erfahren, was es für eine Bewandtnis mit uns „Besatzungstruppen" hat. In mehreren Zeitungen habe ich z. B. gelesen, es seien nur noch solche Leute in China, die sich länger wie bis Herbst 1901 verpflichteten; das ist gelogen. Die Besatzungsbrigade besteht fast nur aus Reserve und Landwehr, nur zu einem kleinen Teil aus Angehörigen des aktiven Heeres, welche noch ein Jahr kapituliert haben, einige hundert Mann wurden bei der Neuformierung noch dazu kommandiert, für dieselben kommt aber dieser Tage Ablösung. Wir haben voriges Jahr **einen Anwerbevertrag unterschrieben, in welchem wir uns für die Dauer des Krieges bis längstens zwei Jahre verpflichteten.** Diesen Wortlaut enthielten auch die Plakate, welche in Berlin angeschlagen waren, damit wir uns durch die zwei Jahre nicht abschrecken ließen, erklärte uns in München ein Oberst, daß wir also nach Beendigung des Feldzuges sofort zurückbefördert werden müßten, was ja nach diesem Kontrakt selbstverständlich war. Damals war gerade Peking entsetzt worden, und so konnte uns dieser Herr damit trösten, daß wir wohl nur kurze Zeit in China sein würden, daß also an zwei Jahre gar nicht zu denken sei. . . . Als wir dann in China waren, versuchte man allmählich, uns begreiflich zu machen, **daß wir für alle Fälle zwei Jahre kapituliert hätten.** Niemand glaubte an den Ernst dieses Gerüchtes; als man aber die aktiven Leute nach Hause schickte und man aus uns Besatzungstruppen bildete, da wußten wir, wie schwer man uns be— — hatte, und eine **furchtbare Erbitterung kam unter diese alten Soldaten.** Wir mußten so zusehen, wie die heiligen Gesetze umgeworfen wurden, wie Verbannte kamen wir uns vor, und das sind wir auch heute noch und so lange, wie man uns widerrechtlich hier festhält, so lohnt Deutschland die Opferfreudigkeit seiner Soldaten, die alles für dieses zweifelhafte Unternehmen hingaben, die es aber gern hingaben, in der Meinung, einer guten Sache zu dienen. (Ich habe allerdings früh genug eingesehen, daß dieses China nicht einen Tropfen deutschen Blutes wert sei, nein, zu spät sind mir die Augen aufgegangen.) Nachdem der Friede schon lange abgeschlossen ist, ist es doch natürlich, daß man das Soldatenjoch wieder abschütteln möchte. Es kann doch niemand verlangen, daß längst ausgediente Soldaten aus Vaterlandsliebe 1 bis 1½ Jahr in China zum Zeitvertreib Garnisonsdienst bei einer Besatzungstruppe kloppen wollen und doch zwingt man uns dazu. Wären wir aber wirklich zu längerem Verbleiben verpflichtet, so meine ich, es müßte den Gefühlen der Menschlichkeit entsprechen, auch uns zu erlösen, wir haben es sicher mehr verdient, wie die jüngeren Kameraden, die schon zu Hause sind, die hier nur dem Rest ihrer Dienstzeit genügten, während wir aus unsren Civilstellungen herausgingen, unsre Existenz aufs Spiel setzten, um auch dem Vaterland dienen zu können. Ich meine, die Friedhöfe, die überfüllten Lazarette, die stumpfsinnigen Gesichter der alten Soldaten, müßten unsern Behörden deutlich genug sagen, daß es Zeit ist, das Versprechen zu halten, uns endlich zu erlösen. Es scheint aber auf all diese Menschenleben wenig anzukommen, sie kosten doch nichts.

Der Grund, warum wir hier bleiben müssen, ist wohl der, daß die Freiwilligen, die Dummen, allmählich abgenommen haben, wir können nun dafür büßen. . .

Beim Uebertritt in die Besatzungsbrigade machte sich eine nochmalige Unterschrift der Leute nötig, dabei sind die Behörden jedoch auf solchen Widerstand gestoßen, daß man diese Mühe aufgegeben hat, die Soldaten erklären einfach, daß sie sich nicht nochmals anführen lassen wollen, daß sie überhaupt nichts mehr mit ihrem Namen unterzeichnen, daran halten sie auch bei den harmlosesten Sachen fest.

. . . Einen neuen . . . akt giebt es in nächster Zeit, wenn das zweite Jahr beginnt und die 50 M. Handgeld fällig werden. Man hat uns im Frühjahr bereits 100 M. versprochen und 16,50 M. Löhnung für die Dekade, in der Erwartung, es würden sich dadurch so viel Leute verblenden lassen, als wie man für die Besatzung braucht. Die Behörden müssen aber recht enttäuscht gewesen sein, als diese Lockspeise so gut wie keinen Erfolg hatte, dank der guten Behandlung, die man den Soldaten in China zu teil werden ließ. Wir sind uns zum großen Teil darüber einig, daß wir die Annahme des Kapitulationshandgeldes verweigern, daß wir auf dieses . . . . geld ganz entschieden verzichten. Das giebt sicher einen großen Sturm und wir freuen uns darauf, sowie überhaupt jede Gelegenheit benutzt wird, unsern Vorgesetzten merken zu lassen, daß wir nicht mehr wollen, daß wir hintergangen worden sind. Ja, lieber Richard, Du wirst über mich den Kopf schütteln und sagen, warum war der Kerl so dumm. Ich würde aber nie bereut haben, mit hierher gegangen zu sein, wenn man uns hätte Gerechtigkeit widerfahren lassen, und es ist höchst traurig, daß all diese Soldaten, die vielleicht einst große Patrioten waren, so socialdemokratische Gesinnung zeigen müssen und ich sage sie müssen es wirklich und werden es immer deutlicher thun, man verlangt eine zu unnatürliche Probe von Vaterlandsliebe von ihnen."

Die Beschwerde des Chinakriegers erscheint keineswegs ohne Begründung. Es wird Aufgabe des Kriegsministers sein, Auskunft zu erteilen, ob der Inhalt des vom Briefschreiber bezeichneten Anwerbevertrages oder sonstige zwischen der Militärverwaltung und den Chinafreiwilligen eingegangenen Vereinbarungen die Beschwerde als unberechtigt erweisen kann. Kann das Kriegsministerium diesen Beweis nicht erbringen, so ist es verpflichtet, die beklagte Ungesetzlichkeit ohne Säumen zu beseitigen. —

„Die Interessen und die Ehre".

Paris, 11. November. (Eig. Ber.)

In der der vollendeten That nachhinkenden Debatte über die Flottendemonstration wurde die Regierung von der Kammer beauftragt, „die Interessen und die Ehre" Frankreichs zu wahren. Wie aber die Volksvertretung von der Flottendemonstration erst nachträglich erfahren hat, so wird sie auch erst nachträglich erfahren, was die Regierung unter den Interessen und der Ehre des Landes versteht. Die ersteren sind die Wucherzinsen der Lorando und Tubini, die letztere besteht vornehmlich in der Wahrnehmung der Interessen der mönchischen Schulen bezw. der Mönchsorden überhaupt, die im Orient den „französischen Einfluß" vertreten sollen, auch den Einfluß der antiklerikalen Republik unter einer Regierung, die zu Hause die Bekämpfung der Mönchsorden zu einem Pfeiler ihrer Politik gemacht hat.

„Der Antiklerikalismus ist kein Aufruhrartikel", dieses von Gambetta geschmiedete Wort mit dem doppelten Boden gilt auch für die Regierung Waldeck-Millerand, diese Zweiachsel-Regierung par excellenz. Im gegebenen Falle wird es aber der Regierung besonders unangenehm werden, den Fußstapfen Gambettas gefolgt zu sein. Die Budgetkommission der Kammer, die zum erstenmal eine radikal-socialistische Mehrheit aufweist, hat nämlich nicht nur das Kultusbudget gestrichen, sondern auch die Kredite für die Subvention an die Mönchsorden im Ausland, eine Unterstützung, die von 800 000 Fr. unter dem frommen zweiten Kaiserreich auf 850 000 Frank unter der antiklerikalen Republik gestiegen ist. Und nun mutet das Ministerium seiner antiklerikalen Mehrheit zu, unter der „Ehre" Frankreichs oder, wie Waldeck-Rousseau sich ausdrückte, unter der „moralischen Erbschaft" Frankreichs weiter nichts zu verstehen, als den Schutz der Mönchsorden im Orient und noch etwa die Anerkennung des kaldäischen Patriarchen durch die Pforte! . . .

Man begreift nun, daß der Verlauf und der Ausgang der Flottendemonstration nur einen kleinen Teil des Regierungslagers befriedigt haben. Von dem Oppositionslager brauche ich natürlich schon gar nicht zu sprechen, denn die gegenwärtige Opposition kennt noch weniger als jede frühere französische Opposition andre Rücksichten als die des Ministersturzes. Die rückhaltlose Billigung, die der „Temps" der Diplomatie des Ministeriums angedeihen läßt, kommt für die Oeffentlichkeit destoweniger in Betracht, als dieses Blatt in diplomatischen Dingen ganz besonders treu-offiziös ist. Ich sage: „desto weniger", denn trotz der allseits anerkannten diplomatischen Sachkunde des „Temps" spricht aus seinen Betrachtungen das nüchterne Abwägen der thatsächlichen Machtverhältnisse im Orient. Das sachkundige Blatt weiß insbesondre ganz genau, daß Frankreich ohne die Zustimmung seines „teuren" Bundesgenossen keinen Schritt wagen darf, was die meisten Zeitungs-Diplomaten von rechts und links bewußt oder unbewußt außer acht lassen. „In Uebereinstimmung mit der russischen Regierung", meint der „Temps" in einem diskreten Beisatz, habe die Regierung so und nicht anders im Orient gehandelt. Die Anstrengungen des offiziösen Auslegers der Regierungspolitik gelten dem Nachweis, daß es Frankreich unmöglich gewesen wäre, aus eigner Initiative die armenische Frage aufzurollen, ohne die Gefahr eines Konflikts mit europäischen Mächten heraufzubeschwören. Diese nüchternen Erwägungen finden indes wenig Anklang.

Merkwürdigerweise begegnet sich die äußerste Linke mit der äußersten Rechten in dem Gedanken, daß Frankreich einen ganz besonderen humanitären Beruf habe, die Armenier in Schutz zu nehmen. Die „historischen Ueberlieferungen" Frankreichs sollen jenen Beruf begründen. Man kann nun jene „Ueberlieferungen" dahin gestellt sein lassen — fest steht jedenfalls, daß auch Frankreich ebenso in Kolonialraub und Unterdrückung der eroberten Völkerschaften macht, wie jeder andre kapitalistische Staat. Dennoch aber haben selbst die französischen Socialisten aller Richtungen noch nicht mit der Legende des besonderen humanitären Berufs Frankreichs gebrochen. Nachdem der antiministerielle socialistische Abg. Sembat die Regierung zur Aufrollung der armenischen Frage aufgefordert hatte, wird der ministerielle Socialist Rouanet dieser Tage die Regierung speciell über diese Frage interpellieren.

Bei dieser Gelegenheit wird dann gewiß die vorherrschende Unzufriedenheit mit dem Ausgang der Flottendemonstration zu stürmischem Ausdruck kommen. —

* * *

Deutsches Reich.

Graf Hatzfeldt, der deutsche Botschafter in London, ist seines Postens enthoben worden. Er war seit langer Zeit krank und arbeitsunfähig; wenn er trotzdem in seinem Amte bleiben konnte, so beweist dies, daß diese teuer bezahlten diplomatischen Posten wenig Bedeutung haben.

Der Kaiser hat dem Grafen ein rühmendes Handschreiben geschickt.

Für die Socialdemokratie ist der Name dieses Grafen von erinnerungsvoller Beziehung. Er ist der Sohn der Gräfin Hatzfeldt, der Freundin Lassalles, mit dem auch der jetzt pensionierte Botschafter in seinen jüngeren Jahren Beziehungen gehabt hat.

Graf Hatzfeldt ist der Erbe und Besitzer des unschätzbaren Nachlasses unsres großen Vorkämpfers; auf ihm ruht die schwere Verantwortung, daß uns und der gesamten Oeffentlichkeit eine der wertvollsten Geschichtsquellen — darunter Briefe von Karl Marx — vorenthalten wird. —

Christliche Arbeiter gegen den Zollwucher.

Aus dem Rheinland wird uns geschrieben: Dieser Tage fanden in der Kölner Gegend wieder drei bemerkenswerte Protestversammlungen christlich organisierter Arbeiter statt. Die erste war eine öffentliche Versammlung der christlichen Metallarbeiter in Köln-Nippes. Neben dem Hauptvorsitzenden Wieber trat auch der Kölner Bezirksleiter des Verbandes, Herr Döring, als Redner auf. Dieser war bisher Befürworter eines mäßigen Zolles. Diesmal erklärte er: Heute müsse er sagen, daß der Arbeiter durchaus keine Erhöhung der Lebensmittelpreise vertragen könne. Es werde auch behauptet: es könne kein guter Christ sein, wer sich gegen die Getreidezölle erkläre; demgegenüber sage er als christlicher Arbeiter: unmöglich könne der ein guter Christ sein, wer bei dem heutigen wirtschaftlichen Niedergang und den ohnedies hohen Lebensmittelpreisen noch für eine Erhöhung der Getreidezölle und damit für eine Preissteigerung der Lebensmittel eintrete. Ebensowenig könne er als katholischer Arbeiter eine „ausgleichende Gerechtigkeit" darin erblicken, daß dem einen Stande geholfen werde auf Kosten des so sehr gedrückten Arbeiterstandes. — Außer andren Rednern traten noch mehrere Wortführer der Kölner christlichen Gewerkschaften auf, die aus Zollfreunden entschiedene Gegner geworden sind. Einer von diesen hat sich mit den Kleinbauern besprochen und ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß diese keinen Vorteil von der Zollerhöhung haben. Ein andrer Redner hat festgestellt, daß sich die Bauern an der Ahr, einem Nebenfluß des Rheins, nichts von einer Getreidezollerhöhung versprechen; man habe dort allgemein die Ueberzeugung ausgesprochen, daß lediglich die Großbauern den Nutzen von dem Zoll haben würden. Das Inaussichtstellen der Witwen- und Waisenversorgung aus dem Erlös der Zollerhöhung bezeichnete dieser christliche Arbeiter als Lockspeise für die Arbeiter. Auch Herr Wieber betonte, daß die Zollfreunde mit falschen Gründen operieren, um den Arbeitern den Zoll-

---

Das Parlament des Unparlamentarischen.

Wien, im November.

Der österreichische Parlamentarismus, der durch seine hinterwäldlerischen Sitten den an die freilich allzu zahme reichsdeutsche Parlamentsart Gewöhnten eine monströse Undegreiflichkeit scheint, ist zu erheblichem Teil eine akustische Frage. Man muß einmal die Luft des Wiener Reichsrats geatmet haben, um Verständnis für die Möglichkeiten und Bedingungen dieser Institution zu gewinnen, in deren germanisch-slavisch-romanischer Vielsprachigkeit das geniale Volapük des Schimpfens die verbindende Einheit bildet; neben dem dynastischen Gedanken stellt zweifellos in diesem ohne Liebe zusammengeheirateten Lande die Sehnsucht nach neuen, originalen, urkräftigen Schimpfwörtern das übervölkische Bindemittel dar.

Der Reichsrat, der außer dem Abgeordnetenhause auch das Herrenhaus beherbergt, ist architektonisch ein griechischer Tempel edelster Form, zu dem ein machtvoller Vorbau in kühn und groß steigender Linie emporführt. Wer hinein will, muß an den Marmorbildern der griechischen Weisen vorüber, die in ihren Sesseln über die tiefsten Rätsel der Menschen und Dinge sinnen. Man kommt dann unmittelbar von Thuzydides zu den Gehmann und Schneider, Lueger, Fresl, Schönerer und Karl Wolff als den Heroen der modernen Zeit.

Auch der Sitzungssaal des österreichischen Abgeordnetenhauses ist in seiner Fächerform von reiner, vornehmer Schönheit. Insonderheit ist die Präsidialseite, eine säulenragende, von einem Giebelfrieß gekrönte, marmorne Tempelwand, von einer überwältigenden geläuterten Harmonie. Zwei Galerien — für Journalisten und Publikum — kränzen übereinander das Halbrund des von verschleiertem Oberlicht magisch erfüllten Saales, der die sonst üblichen Dimensionen eines parlamentarischen Sitzungssaales weit überschreitet.

Der Berliner Wallotbau hält in seiner gequälten kalten Pracht keinen Vergleich mit der lebendigen Schönheit des Wiener Reichsrats aus, in dessen Marmoradern das warme Blut griechischer Kunst zu rinnen scheint. Aber es ist eine Schönheit der Unzweckmäßigkeit. Die Nebenräume sind von der Enge und Dürftigkeit einer kleinbürgerlichen Mietswohnung. Aus den Marmorhallen gerät man unvermutet in eine Kolonie von „Hängeböden". Und vor allem: In dem Sitzungssaal kann man zwar schimpfen, schreien, pfeifen, prügeln, kloppern, schleudern, springen, balgen, aber just nicht — reden. Dieses Parlament ist schon durch den Baumeister auf das Unparlamentarische angewiesen. Die Wesenheit dieses Parlamentarismus ist in der That eine akustische Frage.

Der Reichsrat kennt keine Rednertribüne. Jeder Abgeordnete spricht vom Platz aus. Beginnt er zu sprechen, so werden die ihm zunächst liegenden Sitze geräumt und es lassen sich auf ihnen, dicht neben dem Redner, die Stenographen nieder, die also ihr Gewerbe im Umherziehen treiben müssen. Diese fortwährende Dislokation ist notwendig, weil nur in der unmittelbaren Nähe des Redners seine Worte verstanden werden. Um den Redner scharen sich seine engeren Parteigenossen und munitern ihn reichlich durch Beifallskundgebungen und Wahrheitszeugnisse wie: „So ist es!" auf. Die nächsten feindlichen Nachbaren stellen sich gegenüber in Schlachtordnung auf und belustigen sich an mörderischen Zwischenrufen, die sich zu förmlichen Zwischenreden auswachsen. Nicht selten sprechen ein halb Dutzend Menschen nebeneinander, ohne daß die verschiedenen Stimmen sich den Gesetzen eines parlamentarischen Kontrapunktes fügen. Im ganzen übrigen Saal hört man überhaupt nicht, was sich in dem einen Winkel abspielt. Das Haus ist in Gruppen aufgelöst, völlig decentralisiert, jeder thut, was ihm beliebt. Man glaubt nicht in einem Parlament, sondern auf einem Kirmeß zu sein. Ein Theaterregisseur, der Wallensteins Lager wirksam inscenieren will, findet im Wiener Reichsrat ein prächtiges Modell.

In der Zerstreutheit des weiten Raumes verlieren die Einzelszenen an Kraft und Eindruck. Der anarchische Zustand wird durch die Unmöglichkeit, sich zu verständigen, begreiflich und natürlich. Und die Zeitungsberichte, deren stenographierende Urheber immer den jeweiligen Aktionscentren nachziehen, wirken schärfer als die Wirklichkeit, weil sie die verschiedenen Rede- und Lärmgruppen konzentrieren; sie geben gleichsam immer hundertprozentige Lösungen, während sie thatsächlichnur in starker Wässerung vorkommen.

Es ist erklärlich, daß unter solchen Umständen der Begriff einer präsidialen Disciplin im Reichsrat unbekannt ist. Auch der Präsident vermag ja den Rednern nicht zu folgen, und die Geschäftsordnung ist nur dazu da, um die Mittel für legitime Obstruktionen zu gewähren. Man kümmert sich nur um die Geschäftsordnung, wenn man Obstruktion treibt, sonst setzt man sich nach Gefallen über sie hinweg. Die Geschäftsordnung wird lediglich zur Zerstörung des Parlamentarismus angewandt, wenn das Haus arbeiten will, läßt es sich durch die Zwirnsfäden der gesetzlichen Ordnung nicht im mindesten stören.

Einsam thront auf seinem Sessel der Präsident Graf Vetter von der Lilie — im Volksmund der Vetter vom Lande genannt — eine hochfeudale Mittelmäßigkeit. Er ist glücklicher als sein Kollege vom deutschen Reichstage, Herr v. Frege. Er kann keine Dummheiten machen, weil es seine höchste Aufgabe ist, sich um die Vorgänge im Saale beileibe nicht zu kümmern. Er träumt, schläft oder unterhält sich mit einem zu Besuch kommenden Abgeordneten.

Zur Zeit ist seine Stellung ja auch einigermaßen sicher. Seit jenem denkwürdigen Tage, da das Präsidium erstürmt und dadurch der Sturz des Kabinetts Badeni herbeigeführt wurde, ist der Sitz des Präsidenten befestigt; neuerdings hat allerdings Herr v. Körber, der Ministerpräsident des unerschöpflichen Ausgleichs, als Friedenszeichen die Festungswälle wieder teilweise geschleift, immerhin bietet die noch vorhandene Verschanzung dem Präsidenten einige Gewähr gegen parlamentarische Ueberfälle, die in Oestreich zu Zeiten nicht nur notwendig, sondern auch sehr nützlich sind.

Allerdings ist die Festung des Präsidialsessels nicht so sturmsicher, daß es der Vetter vom Lande wagen könnte, jemals die Konsequenzen der Geschäftsordnung zu ziehen. Die Tugend eines Präsidenten des österreichischen Abgeordnetenhauses ist die Geduld und die Unaufmerksamkeit. Da wird beispielsweise über eine Interpellation verhandelt. Der Interpellant beantragt die Besprechung. Nach der Geschäftsordnung darf — wenn ich richtig unterrichtet bin — ein solcher Antrag nur gestellt aber nicht begründet werden. Aber der Antragsteller weiß sehr wohl, daß die Besprechung der Interpellation abgelehnt wird, er hätt es also für geboten, gleich bei der Stellung des Antrags zu sagen, was er sonst auf dem Herzen hat. Er beginnt demnach eine Rede, als ob die Besprechung bereits beschlossen wäre. Der Präsident hört zwar nicht, was der Mann redet, aber er sieht doch, daß er redet, und er weiß, daß er nach der Geschäftsordnung in diesem Augenblick überhaupt nicht reden darf. Er wagt es, die Glocke zu schwingen und macht den Antragsteller darauf aufmerksam, daß es nicht gestattet sei, den Antrag zu begründen. Der Redner begnügt sich, dem Präsidenten zu erwidern, daß das außerordentlich wichtig und interessant sei, was er zu sagen habe, und er fährt seelenruhig fort. Nach einiger Zeit unterbricht ihn der Präsident zum zweitenmal. Der Redner beharrt, ein wenig ungehalten, darauf, seine Auseinandersetzungen weiter zu führen. Der Präsident klingelt zum drittenmal, mit dem Erfolg, daß der Redner nun außerordentlich energisch seine Darlegungen fortsetzt. Da giebt der Präsident den Kampf auf, er setzt sich nieder und versinkt in seine Träume. Der Abgeordnete aber bringt seine Rede gemütlich zum Schluß. Er schenkt sich kein Wort von dem, was er hätte sagen wollen und dürfen, wenn die Besprechung der Interpellation beschlossen worden wäre. Die Besprechung wird dann in der That abgelehnt, aber die Rede ist ja schon gehalten.

tarif schmackhaft zu machen. Ein Zollfreund trat in der Versammlung überhaupt nicht auf.

Die zweite Versammlung war in Köln-Sülz. Es redete der nationalsociale Pastor a. D. Kötzschke. Ihm traten mehrere Zollfreunde, Sendboten des Kölner Windthorst-Bundes, entgegen: ein Landwirt, ein Lehrer und Kaufleute. Ihre Ausführungen waren matt und zeugten von äußerst mangelhafter Sachkenntnis. Unser Parteigenosse Dr. Erdmann trat den Herren entgegen, wobei er scharf mit dem Brotwucher-Centrum ins Gericht ging. Es redeten noch einige Arbeiter, die sich sämtlich entschieden gegen die Zollerhöhungen wendeten. Die von mehreren Hundert Personen besuchte Versammlung nahm mit allen gegen — sieben Stimmen eine Resolution an, die sich gegen die Erhöhung der Lebensmittelzölle ausspricht und dem Vertreter von Köln-Land im Reichstag, dem Centrums-Abgeordneten Pingen, überreicht werden soll.

Die dritte Versammlung, die in Mülheim a. Rhein stattfand, war die interessanteste von den dreien. Sie war einberufen von der Kartellkommission der dortigen christlichen Gewerkschaften. Als Redner wurden nur christliche Arbeiter zugelassen. Der Hauptredner, ein christlicher Gewerkschafter, bezeichnete es als eine Unverschämtheit, in der heutigen Zeit der Arbeiterentlassungen, der Lohnkürzungen und der kostspieligen Lebenshaltung noch eine weitere Lebensmittel-Verteuerung herbeiführen zu wollen. Wenn es der Landwirtschaft schlecht gehe, so sage er: kein Stand, und stehe er noch so schlecht, habe das Recht, auf Kosten eines andren Standes, dem es womöglich noch schlechter gehe, seine Lage verbessern zu wollen. In der Diskussion wandten sich alle Redner gegen die Zollerhöhung. Ein Mitglied des christlichen Holzarbeiterverbandes erklärte: Es sei sehr wichtig für die Gewerkschaften, Stellung zur Zollfrage zu nehmen, denn diese sei von höchster wirtschaftlicher Bedeutung; er sei vom Lande, kenne die Verhältnisse und müsse sich entschieden gegen den Zoll aussprechen. Er schließe sich keiner Partei an; bei der Wahl aber gebe er dem Abgeordneten die Stimme, der am wirksamsten für die traurig gestellten Arbeiter eintrete. Der als ultramontaner Parteimann bekannte christliche Gewerkschafter Gödde wandte sich scharf gegen das Centrum, das zwar den Arbeitern gestatte, bei der Wahl für den Centrumskandidaten zu stimmen, sonst aber habe der Arbeiter sich ruhig zu verhalten. Die Frage der Zollerhöhungen müsse schon um deswillen in den christlichen Gewerkschaften erörtert werden, weil es den Arbeitern nicht möglich sei, in den Versammlungen der Centrumspartei gegen den Zoll zu sprechen. Bei allen Wahlen bewerbe man sich um die Stimme des Arbeiters; aber mit raten lassen wolle man ihn nicht. Kürzlich hat in Mülheim eine große Versammlung des katholischen Volksvereins stattgefunden, wozu als Redner die Abgeordneten de Witt, Fuchs und Dr. Becker angekündigt waren. Der Redner beklagte bitter die Behandlung, die bei dieser Gelegenheit den katholischen Arbeitern zu teil wurde. Vor der Versammlung seien einige zur Partei gehörige Arbeiter an den Leiter der Versammlung herangetreten, damit man auch bei der Beratung der Zollfragen zwei Arbeiter zum Wort kommen lasse; dieses gewiß nicht unbillige Verlangen sei ihnen abgeschlagen worden. Der Vorsitzende habe erklärt: es sei nicht üblich, außer den vorher bestimmten Rednern noch jemand sprechen zu lassen.

Die „Kölnische Volkszeitung" bemängelte es kürzlich, daß der „Vorwärts" nach der großartigen Kundgebung der Versammlung des christlichen Metallarbeiter-Verbandes gegen die Lebensmittelzölle von einer „Rebellion der Centrumsarbeiter" redete. Und doch war die Versammlung nichts andres als ein Aufstand katholischer Arbeiter gegen die Centrumspolitik. Die Centrumspartei wird an den christlichen Gewerkschaften, die sie aus purem Partei-Interesse ins Leben rief, noch ihr blaues Wunder erleben. Die katholischen Arbeiter wollen sich die Leithammelung durch die ultramontane Demagogie nicht länger bieten lassen. Und da man ihnen in der Partei den Mund verbietet, gehen sie einfach selbständig vor. —

Erregung von Klassen-, Adels- und Fürstenhaß.

In einer Artikelfolge, die Professor Schäffle in der „Frankf. Zeitung" gegen den Zolltarif veröffentlicht, wird daran erinnert, daß notwendigerweise der Haß, den die ungeheuerliche Brotzollerhöhung gegen seine Nutznießer heraufbeschwört, auch die regierenden Häuser treffen muß. Schäffle führt u. a. aus:

„Sehr ungern berühre ich die politische Gehässigkeit, womit der neue Tarif die regierenden Schichten bedroht. Dennoch halte ich es für Pflicht, auch darauf hinzuweisen. Diese Schichten sind am sogenannten festen Großgrundbesitz, welchem der Vorteil vom Agrartarif für einige Zeit am meisten zufallen werde, mitbeteiligt. Der feste Großgrundbesitz liegt nicht bloß in den Händen des Staates und der Gemeinden, sondern auch im ewigen Fideikommiß der regierenden Häuser und des alten Adels. Nun bedeuten die Preiserhöhungen, welche dem befestigten Großgrundbesitz höhere Bodenrente vermitteln, Brotsteuern, welche nicht bloß das Staats- und Gemeinde-, sondern auch das Kron- und das Adelseinkommen in verhüllter Weise vermehren. **Diese Thatsache würde mehr und mehr in das öffentliche Bewußtsein eindringen.** Heute denkt an verdeckte Vermehrung der fürstlichen Einkünfte wahrscheinlich kein einziges Haupt einer regierenden Familie. Auch die Domänenräte, Oekonomieräte, Forsträte, Güterdirektoren, welche in der Agitation für den Tarif mitwirken, haben schwerlich an die politische Gehässigkeit für ihre Herren gedacht, welchen sie als gute Verwalter und treue Haushalter höhere Domanialrenten herauswirtschaften möchten. Die leitenden Staatsmänner aber werden sich nicht verhehlen dürfen, daß die künstlichen Erhöhungen der Grundrenten für regierende Häuser in politischer Hinsicht etwas sehr Gehässiges an sich haben, **was viel widerwärtiger werden mag, als direkte und offene Erhöhung der Civilliste.** Auf die regierenden Kreise hauptsächlich wird das Odium fallen, während den Hauptnutzen der nicht regierende Adel haben wird." —

Ueber die Leinen- und Wäsche-Industrie und die Handelsverträge giebt soeben der Handelsvertragsverein eine Publikation heraus, deren Verfasser Dr. Potthoff-Bielefeld ist. Sie bringt ein reiches und umfassendes Material für diese Industrie. Die Leinenindustrie befindet sich heute im Uebergangsstadium vom Kleinbetrieb zum Großbetrieb, vom Verlage (Hausindustrie) zur Fabrik, zur Ausnutzung von Naturkräften als Betriebsmitteln. Flachsbereitung, Spinnerei, Weberei, Bleicherei beschäftigten im Jahre 1895 in 36 581 Hauptbetrieben 96 392 Personen. Die seit 1882 zu beobachtende starke Verminderung der Klein- und Zunahme der Großbetriebe kennzeichnet deutlich die Richtung der Entwicklung der Industrie, die immer bedeutender für uns wird durch die größere Heranziehung von Arbeitskräften. Neben obigen Hauptbetrieben bestehen noch 16 516 Nebenbetriebe für Spinnerei, Weberei und Bleicherei; die Leinen-Näherei beschäftigt 211 501 Personen, die Schneiderei 445 347, die Kleider- und Wäschekonfektion 56 516, Strickerei und Wirkerei 80 688, Häkelei und Stickerei 14 590, Spitzenanfertigung und Weißzeugstickerei 29 075, Posamentenfabrikation 82 511, Wäscherei und Plätterei 100 390, Handel mit Manufaktur(Schnitt)waren 183 024 Personen. So ist ein beträchtlicher Teil der Arbeiterklasse vom Wohl und Wehe der Leinenindustrie abhängig. Einen Maßstab für die Bedeutung der Industrie ergiebt auch die Zahl der Kraftmaschinen. In Bezug auf die Zahl der Spindeln in der Spinnerei wurde 1897 Deutschland nur von England und Frankreich übertroffen, in der Weberei stand es in Bezug auf die Kraftstühle ebenfalls an dritter Stelle. Die Industrie verteilt sich über ganz Deutschland; ihre Hauptsitze sind Schlesien, die Nieder-Lausitz, Königreich Sachsen, Westfalen, Württemberg und Elsaß — Gegenden mit der ärmsten Bevölkerung, für die eine weitere Verschlechterung ihrer Existenz buchstäblichen Hunger bedeuten würde.

Diese Industrie ist sowohl in Bezug auf ihre Rohstoffe wie auf ihre Fertigfabrikate auf das Ausland angewiesen. Die gesamte Mehreinfuhr von Flachs, Hanf und Werg betrug im Durchschnitt der Jahre 1886—90 jährlich 57 000 Tonnen, 1896—99 jährlich 79 000 Tonnen. Ihre Fertigfabrikate schafft die Weberei zu einem großen Teile ins Ausland (1897: 83,4 Millionen Mark). Nord-Amerika nimmt über ein Drittel der Gesamtausfuhr in gebleichter und gefärbter Leinwand und Damast, $^5/_8$ von verarbeitetem Bett-, Tisch- und Handtücherzeug. Ebenso gehen bedeutende Mengen nach Großbritannien, Dänemark, Schweden, Schweiz. Ausländische Reisende machen alljährlich in Deutschland große Einkäufe und nach den Schätzungen Berliner Industrieller beträgt die jährliche Ausfuhr an Herrenwäsche allein 4—5 Millionen Mark.

Gehen die agrarischen Wünsche durch, so steht die bedeutende Industrie vor schweren Schädigungen. Neuerdings gehen die agrarischen Bestrebungen auf die Einführung eines Flachszolles. Dadurch würde aber die Produktion derart verteuert werden, daß der Export unmöglich gemacht wäre. Auch der inländische Verbrauch würde infolge der Verteuerung zurückgehen, weil weite Bevölkerungsschichten von den groben Leinenwaren dann zum Gebrauch baumwollener übergehen müßten. Außerdem müßte der Zoll den deutschen Zwischenhandel mit russischem Flachs unmöglich machen und bei dem hohen Interesse Rußlands an seiner Flachsausfuhr den Abschluß eines Handelsvertrages mit ihm erschweren. Die Erhöhung des Garnzolles entspricht ebenfalls nicht den Interessen der Industrie, wie die Handelskammern der beiden wichtigsten Bezirke Bielefeld und Sorau in ihren Protesten bewiesen haben. Nur durch möglichste Tiefhaltung der Produktionskosten kann sich die Industrie gegenüber ihren mächtigen Mitbewerbern Baumwolle und Jute behaupten.

Der Abschluß von Handelsverträgen ist für die Industrie eine Notwendigkeit. Den drohenden Verlust des ausländischen Marktes durch Zollkriege und Zollerhöhungen kann der inländische Markt nicht ersetzen.

Die Leinen- und Wäsche-Industrie ist ein wichtiger Zweig des deutschen Wirtschaftslebens mit Rücksicht sowohl auf die Zahl der Betriebe und der darin beschäftigten Arbeiter, die auf den Wert der Erzeugnisse. Eine Entwicklung der Industrie kann nur erfolgen durch eine Steigerung der Ausfuhr. Die Leinen- und Wäsche-Industrie ist daher, gleich vielen andren deutschen Industrien, direkt angewiesen auf die Fortführung der Handelsvertrags-Politik, die durch die agrarische Begehrlichkeit und das Entgegenkommen der Regierung ihr gegenüber in schwerer Weise gefährdet wird. —

Gegen den Zolltarif nahm die Handelskammer für die Kreise Mühlhausen, Worbis und Heiligenstadt eine Resolution an. Sie erklärt sich gegen jede Erhöhung der Zölle aller der Volksernährung dienenden Produkte sowie gegen die beabsichtigte Ausschließung der Zollgefälle für Getreide, Hülsenfrüchte, Raps und Rüben von der zinsfreien Stundung. Die Einführung neuer, oder die Erhöhung bestehender Zölle auf Rohstoffe hält die Kammer als nicht im Interesse der Industrie liegend. —

Für die Leitung des statistischen Amtes an Stelle des verstorbenen Direktors v. Scheel ist Ober-Regierungsrat Dr. Wilhelmi aus dem Reichsamt des Innern ausersehen. —

Der Insterburger Duellheld, der den Lieutenant Blaskowitz erschossen hat, Oberlieutenant Hildebrand, ist — so wird gemeldet — um seine Versetzung in ein andres Regiment eingekommen. Einstweilen hat er einen Urlaub angetreten und sich zu seinem Schwager nach der Oberförsterei Lindenberg begeben.

Andre Leute, die einen Menschen töten, pflegen alsbald in das Untersuchungsgefängnis geführt zu werden. Der Lieutenant-Totschläger geht auf — Urlaub! So wird seitens der Militärbehörde das Duell bekämpft. —

Halle a. S. Eine Antwort auf die Kompetenzbedenken des Magistrats in Sachen der Erhöhung der Getreidezölle gab heute das Stadtverordneten-Kollegium bei der Vorlage bezüglich der Erhöhung der Magistratsgehälter. Seitens der unbesoldeten Stadträte war beantragt worden, dem Oberbürgermeister 1000 M., dem Bürgermeister v. Hölty 750 M. und den besoldeten Stadträten je 500 M. pro Jahr zuzulegen. Unsre Genossen traten ganz energisch gegen die Erhöhung der Gehälter auf, zumal der Magistrat nicht einmal den Mut gehabt habe, eine Petition gegen die Erhöhung der Getreidezölle an den Reichstag zu senden. Der Stimmenzuwachs unsrer Partei bei den Stadtverordnetenwahlen mag auch den Liberalen ein Warnungszeichen gewesen sein und so kam es denn, daß die Anträge auf Erhöhung der Magistratsgehälter abgelehnt wurden. —

Die Frage der Eisenbahnreform. Die socialdemokratischen Abgeordneten der süddeutschen Landtage hielten am letzten Sonntag in Stuttgart im Gewerkschaftshaus eine Konferenz ab, an welcher 8 Mitglieder der bayerischen, 5 der württembergischen, 4 der badischen und 3 der hessischen Fraktion teilnahmen. Den wichtigsten Gegenstand der Beratung bildeten die gegenwärtig schwebenden Fragen der Eisenbahnreform. An der eingehenden Erörterung derselben nahmen Mitglieder aller Fraktionen teil und zum Schluß fanden die folgenden Leitsätze die Zustimmung der Konferenz:

Das Eisenbahn- und Transportwesen ist von entscheidendem Einfluß auf den Stand von Produktion und Austausch und seine rationelle Gestaltung bildet eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschafts- und Finanzpolitik der nächsten Zeit. Das Eisenbahnwesen darf nicht zum Mittel einer indirekten Besteuerung gemacht werden, sondern ist ausschließlich im Sinne der Förderung des Verkehrs und des Erwerbslebens zu leiten.

Die einheitliche Gestaltung des Eisenbahnwesens innerhalb des deutschen Wirtschaftsgebietes wird durch die Entwicklung des Verkehrs bedingt und muß das zu erstrebende Ziel bilden.

Diese Einheitlichkeit kann jedoch erst dann von allseitigem Vorteil und annehmbar sein, wenn den Landesnetzen — unbeschadet der notwendigen Zusammenfassung und im Rahmen allgemeiner Normen — eine bestimmte Selbständigkeit und den Landtagen die Erhaltung ihres Kontrollrechts gesichert wird. Nur dadurch wird eine wirksame Verantwortung geschaffen, das örtliche Interesse gewahrt und dem Antrieb zu Fortschritten der erforderliche Spielraum gegeben. Des weiteren muß das Tarifwesen, das heute thatsächlich in den Händen der Regierung liegt, dem parlamentarischen Bestimmungsrecht unterstellt werden.

Ohne diese Voraussetzungen würde eine Vereinheitlichung — gleichviel unter welchen Formen — die Herrschaft der preußischen Eisenbahn-Verwaltung mit ihrer rein fiskalischen Wirtschaft, ihrer Feindschaft gegen jede einschneidende Verkehrsreform, ihrer Unterdrückung des Personals und ihren politischen Sonderzwecken, nur noch weiter ausdehnen und ihre verderblichen Folgen noch verschärfen.

Deshalb ist jede Anbahnung von Eisenbahn-Gemeinschaften mit Preußen aus wirtschaftlichen und politischen Gründen mit allen Mitteln entschieden zu bekämpfen. Aber auch die Uebertragung der Eisenbahnen auf das Reich — die ohnehin infolge der Weigerung Preußens aussichtslos ist — würde zur Zeit und unter den gegebenen Umständen mehr Vorteile als Nachteile bieten.

Als Vorstufe zu einer späteren Vereinheitlichung und zur Anbahnung einer entschiedenen Tarifreform soll in allen Landtagen nachdrücklichst auf ein möglichst weitgehendes Zusammenwirken der süddeutschen Länder, vor allem auf die Herstellung einer Tarifgemeinschaft zum Zwecke einer einschneidenden Vereinfachung und Verbilligung der Personen- und Gütertarife hingewirkt werden, durch die zugleich auch ein Einfluß auf die Tarifpolitik der preußischen Verwaltung geübt und so dem Interesse des gesamten deutschen Volkes an einer fortschrittlichen Entwicklung des Verkehrswesens gedient würde.

Selbstverständlich ist in jedem Lande für sich auch fernerhin auf jede erreichbare Verbesserung der Verhältnisse des Verkehrs wie des Beamten- und Arbeiterpersonals hinzuwirken. —

Der Wiener Abgeordnetensaal, in dem keiner den andern verstehen kann, ist ein getreuliches Abbild dieses österreichischen Staatengemenges, in dem keiner den andern verstehen will. Obwohl nur die deutsche Sprache protokollfähig ist, wird doch auch im Reichsrat in allen Sprachen der Monarchie geredet. Ein Redner beginnt slovenisch, nach einer halben Stunde fährt er deutsch fort, und geht dann wieder zu seiner Heimatsprache über. Natürlich sind nur ein paar Leute fähig, dem Redner zu folgen. Das Haus ist infolgedessen gezwungen, sich auf eigne Hand zu vergnügen. Die Stenographen aber freuen sich der willkommenen Ruhe, erscheint doch im amtlichen Bericht nur der Vermerk: Abg. Soundso hält eine Rede in slovenischer Sprache. Die Vertreter der kleineren Völkerschaften geben dem Reichsrat das exotische Gepräge einer ethnographischen Bildertafel. Am charakteristischsten wirkt wohl die große Gestalt eines alten ruthenischen Popen in seiner geistlichen Tracht. Auf dem massigen Haupt thront ein eigentümlicher Cylinderhut, dem unten die Krempe fehlt, die dafür am oberen Rande, wie der Ring eines Kochtopfes, angebracht ist. Der Hut hat einmal in der Geschichte des österreichischen Parlamentarismus eine bedeutsame Rolle gespielt. Bei einem Skandal wollte der geistliche Herr kraft seiner Amtspflicht christlicher Liebesbethätigung Frieden stiften; es bekam ihm aber schlecht, Ehrwürden wurde der Cylinder bis über die Nase eingetrieben.

Bunt wie die Sprachen sind auch die Wahlziffern, die den Abgeordneten zur Teilnahme an der Gesetzgebung verholfen haben. Neben den Männern der allgemeinen Kurie, hinter denen Zehntausende von Wählern stehen, giebt es Volksvertreter, die ihre zwölf Wähler zum Diner einladen konnten und bei dieser Gelegenheit den Wahlakt vollziehen ließen. Wie soll aus solchem Wahlsystem ein arbeitsfähiges Parlament entstehen?

Die Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses, die in der letzten Zeit plötzlich herangebrochen ist, beruht denn auch bloß auf einer Laune. Jeden Augenblick kann sie wieder versiegen, und als in den ersten Novembertagen die Czechen drohten, die zum erstenmale seit Jahren ermöglichte Budgetberatung durch Obstruktion zu stören, hätte niemand in der Welt es hindern können, wenn die Drohung ausgeführt worden wäre. Die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses ist nichts als ein Arsenal für Obstruktionswaffen. Auf die einfachste Weise kann jede Weiterberatung verhindert werden. Es gehört nichts dazu wie die Fabrikation von Interpellationen, die zur Verlesung gelangen müssen. Man kann hundert, aber auch tausend Interpellationen auf einem Haufen herstellen. Will man, daß kostenlos eine Schrift aus dem Polnischen ins Deutsche übersetzt werde, man interpelliere das Werk, dann wird ihr Wortlaut in deutscher amtlicher Uebertragung zur Verlesung gebracht. Ist ein Artikel oder ein Buch konfisciert, nichts leichter, als dem Erzeugnis zur allgemeinen, straffreien Verbreitung zu verhelfen: man braucht es nur durch Einfügung in eine Interpellation zugleich zu veröffentlichen und zu immunisieren. Wenn es jemand gefiele, das ganze Meyersche Konversations-Lexikon zu interpellieren, sämtliche Bände müßten zur Verlesung gelangen.

Die Obstruktion ist eine berechtigte und pflichtgemäße Notwehr, wenn es gilt, die Minderheit vor Vergewaltigung zu schützen oder dem Willen der Mehrheit des Volkes gegenüber einer parlamentarischen Mehrheit, die gegen die Mehrheit der Wähler arbeitet, Geltung zu verschaffen. In Oestreich aber ist die Obstruktion der Normalzustand eines Parlamentes, das innerlich unmöglich ist. Nur das allgemeine Wahlrecht und die Socialdemokratie kann einen triebkräftigen österreichischen Parlamentarismus schaffen. Die gewaltige positive Produktivkraft der socialistischen Gedankenwelt bewährt sich wunderbar auch in Oestreich. Nicht nur, daß innerhalb der Partei selbst der Socialismus die Nationalitätenfrage gelöst hat, daß für die österreichische Socialdemokratie die nationale Vielfältigkeit nur ein Element der individuellen Bereicherung ist — auch im Reichsrat bilden die zehn Socialdemokraten den Krystallisationspunkt, von dem aus das Chaos sich ordnet. In einem Parlament, in dem die gegenseitige persönliche Mißachtung die Grundlage des parlamentarischen Verkehrs ist, haben es die socialdemokratischen Führer kraft ihres Charakters und ihres Wissens, ihrer Fähigkeit und ihres idealistischen Ernstes, bewaffnet mit der Unüberwindlichkeit und Schöpferkraft unsres Programms, erreicht, daß sie allein die Aufmerksamkeit und Achtung des Hauses wie der Minister finden. Es ist ein Zug von symbolischer Bedeutung, daß unsre Redner selbst die akustischen Schwierigkeiten zu überwinden verstehen, die sonst jede Disciplinierung der Anarchie vereiteln.

Unsre Parteigenossen haben eben auf ihrem Parteitag, dessen schöner Verlauf geradezu vorbildlich für alle Bruderparteien sein kann, gezeigt, wie ein gesitteter und intelligenter Parlamentarismus zu einem Mittel der Verständigung und Klärung, der Arbeit und des schaffenden Fortschritts werden kann — nur die Socialdemokratie vermag es auch, das halb komische, halb widerwärtige Parlament des Unparlamentarischen seinem höheren Beruf zuzuführen. Dazu aber bedarf es des reinigenden und reitenden Wahlrechts, das für Oestreich das Mittel der Staatserhaltung ist.

Schenßliche Soldatenmißhandlungen.

Im Frühjahr d. J. hatte die „Bergische Arbeiterstimme" über ganz scheußliche Soldatenmißhandlungen berichtet, die im Jahre 1898 bezw. 1899 bei der 2. Kompagnie des 17. Infanterie-Regiments in Mörchingen vorgekommen. Als Thäter waren der ehemalige Sergeant und jetzige Schutzmann Reiners in Aachen und der jetzt in Insterburg dienende Unteroffizier Kalweit bezeichnet. Die Mißhandlungen bestanden u. a. darin, daß die beiden einem Untergebenen mit brennenden Streichhölzern die Barthaare aus dem Gesicht „rasierten", ferner einen andren Soldaten zwangen, einen langen Priem Kautabak, den der Sergeant sich aus dem Mund nahm, hinunterzuschlucken. Derselbe Soldat hatte zuvor beim Turnen eine Stunde auf dem Querbaum zubringen müssen. Die Untersuchung, die alsbald eingeleitet wurde, dauerte über ein halbes Jahr. Die beiden Soldatenschinder wurden vor das Kriegsgericht in Köln gestellt, wo die Beweisaufnahme ihre volle Schuld ergab. Der Vertreter der Anklage beantragte neun bezw. acht Monate Gefängnis. Der Gerichtshof billigte jedoch beiden mildernde Umstände zu, weil er ihr Vergehen mehr als einen schlechten Scherz ansah, und verurteilte Kalweit zu vier Monaten Gefängnis und Degradation, Reiners zu fünf Wochen Mittelarrest. —

Ausland.

Der Boykott Englands.

Erwiderung.

Wenn die Redaktion des „Vorwärts" nichts andres gethan hätte, als gegen den Inhalt meines Artikels „Utopien werden Realität", sachliche Einwendungen zu machen, so würde ich eine eventuelle Erwiderung Paul Müllers erwartet haben, bevor ich ein zweites Schreiben schickte.

Aber die „Bemerkung der Redaktion" auf meinen Artikel ist auf so vollständig irrigen Voraussetzungen aufgebaut, daß ich auf diese Weise der Diskussion nicht ohne Eingreifen kann weiter gehen lassen.

Ihre „Bemerkung" fangt an mit einer Konstatierung, daß ich den Boykott des englischen Seehandels zusammenschmiede mit die Lahmlegung der englischen Schiffahrt.

Aber, werte Redaktion, woher holen Sie das? Ich rede in meinem Artikel nirgends, in keiner Zeile und mit keinem Wort von einem Boykott des englischen Handels. Mein ganzer Artikel handelt von nichts anderm als von einem Boykott der englischen Schiffahrt.

Und doch widmen Sie 3/4 Ihrer Bemerkung diesem Boykott des englischen Handels, über den ich kein einziges Wort geschrieben habe.

Ich habe mich vergebens bemüht, aus meinem Artikel herauszufinden, was Sie zu dieser Meinung, ich verteidige einen Boykott des englischen Handels, oder selbst einen Boykott englischer Waren veranlaßt haben kann.

Ich finde nur einmal das Wort „Englischer Handel" im ganzen Artikel, das ist, wo ich sage:

„Es kann darauf gerechnet werden, daß auch die durch und für die von englischen Schiffen herbeigebrachten Waren im täglichen Verkehr durch den Boykott getroffen werden, und im allgemeinen denke man sich den größten Schaden für die englische Schiffahrt noch nicht darin, daß beladene Schiffe keine Löscher finden, sondern darin, daß der kontinentale Handel und selbst der englische vorsichtshalber nichtenglische Schiffe benutzen wird, um vor Verspätungen und anderm Schaden gesichert zu sein."

Ich gebe zu, daß der erste Satz dieser Stelle zu einem Mißverständnis Anlaß geben konnte. Ich meinte jedoch nur, daß, wie es z. B. in Holland ganz gewiß geschehen wird, die Rhein- oder andren Binnenschiffer sich weigern werden, die auf englischen Schiffen herbeigebrachten Waren weiter zu befördern. Im „täglichen" Verkehr hätte eigentlich im „inneren" Verkehr heißen sollen.

Das weitere aber in diesem Alinea ist doch tagesdeutlich, und doch haben Sie es vollständig mißverstanden.

„Während Genosse Vliegen auf der einen Seite so weit geht, den Boykott der englischen Waren mehr noch als von dem Nichtentlöschen der englischen Schiffe von dem Boykott englischer Waren durch die Konsumenten zu erwarten" usw.

Aber noch einmal, Genosse Redacteur, wo holen Sie es her? Ich sage, daß der größte Schaden der englischen Schiffahrt dadurch zugefügt werden soll, daß der Handel, selbst der englische, sich, um sich vor Schaden zu hüten, nicht-englischer Schiffe bedienen soll. Mit keinem Wort rede ich von einem Boykott der Waren durch den Konsumenten, und die Frage, woran man einen englischen Hering, den man leider nicht an seinem Accent erkennt, von einem andern unterscheiden soll, brauche ich also nicht zu beantworten.

Noch etwas ist in Ihrer Bemerkung, das mich wundert. Mein Artikel handelt nur über den Artikel von Paul Müller. Ich habe nichts andres besprochen, als was Müller vorgetragen hat. Wenn mein Artikel also nach Ihrer Ansicht voraussetzt, daß auch über den englischen Handel ein Boykott verhängt werden sollte, dann müßte auch der Artikel Paul Müllers über diesen Handelsboykott gehandelt haben. Und dann wäre es wohl angebracht gewesen, den Irrtum Müllers bei seinem Artikel zu bemerken.

Das ist aber nicht geschehen und das konnte auch nicht geschehen. Denn sowohl Müller als ich haben nur über den Boykott der englischen Schiffahrt geschrieben.

Nun, werte Genossen, bei Nachlesung meines Artikels sehen Sie wohl selbst ein, wie vollständig ihre Bemerkung fehl schlägt. Sie schleppen einen statistischen Band über den Warenhandel herbei, der mit der Frage ganz und gar nichts zu thun hat.

Ich schreibe ihnen dies sofort, um zu verhindern, daß die Diskussion weiterhin so vollständig abschweift.

Jetzt noch ein Wort über dasjenige in ihrer Bemerkung, was die Sache, um die es sich handelt, betrifft. Leider ist es nicht viel, denn fast Ihre ganze Bemerkung ist mit der falschen Voraussetzung des Warenboykotts verknüpft.

Sie reden von Englands Schiffahrtsmonopol. England hat 55 Proz. der Welthandelsflotte inne. 55 Proz. ist halt noch nicht das Ganze und von einem Monopol ist also noch keine Rede. Aber von diesen 55 Proz. geht noch sehr viel ab. Sie sprechen von der ganzen Flotte, aber der Boykott wird sich nur mit dem Teil davon beschäftigen, welcher die Häfen des Kontinents und womöglich Nordamerikas betrifft. Ich gab in meinem Artikel die Ziffern. Von der englischen Flotte ist ein sehr großer Teil beschäftigt mit der Fahrt zwischen England und seinen Kolonien, und England hat eine auch verhältnismäßig viel größere Flotte für die Küstenfahrt.

Von der Schiffahrt in den Häfen des Kontinents entfallen auf England nur gegen 40 Proz., und Fachleute, auch die Hamburger, haben es mir versichert, daß fast immer im Winter, aber ganz sicher in diesem Winter, 40 Proz. des Schiffsraums unbenutzt und also zur Ersetzung englischer Schiffe vorhanden seien.

Es thut mir leid, daß ich Ihnen eine so lange Zuschrift senden muß, wovon nur diese letzten Zeilen zur Sache gehören, es ist aber, dies werden Sie mir gestehen, nicht meine Schuld.

Amsterdam, den 9. November 1901. W. H. Vliegen.

*

Das Mißverständnis, das Genosse Vliegen beklagt, wäre zweifellos vermieden worden, wenn die Initiatoren der Boykott-Idee rechtzeitig Aufschluß darüber gegeben hätten, wie sie sich die Ausführung des Projektes denken. Da etwas Authentisches darüber nicht mitgeteilt wurde, sondern immer nur in unbestimmten Wendungen von einem Boykott Englands die Rede war, ist das Mißverständnis nur zu erklärlich.

Daß in dem Artikel des Genossen Vliegen fast ausschließlich von dem Boykott der englischen Schiffahrt gesprochen wurde, ist richtig. Dieser Umstand ist uns auch sehr wohl aufgefallen, wie denn in unserer Anmerkung auch gesagt wurde, daß Genosse Vliegen die Frage des Boykotts des Seehandels nur in „sehr unbestimmten Andeutungen" streife. Daß diese Andeutungen obendrein etwas ganz andres bedeuten sollten, hat uns Genosse Vliegen ja nunmehr erklärt, daß sie jedoch in dem von uns ihnen beigelegten Sinne aufgefaßt werden konnten, hat er ebenfalls zugestanden.

Wenn Genosse Vliegen ferner erklärt, daß auch in dem Artikel des Genossen Paul Müller absolut nichts enthalten gewesen sei, das unsrer irrtümlichen Auffassung habe Vorschub leisten können, so ist das nicht ganz zutreffend. In Müllers Artikel findet sich 1. Spalte Zeile 15 die Wendung, daß der Boykott gegen den „englischen Außenhandel" in Scene gesetzt werden solle, ferner auf derselben Spalte die Bemerkung, daß eine Brachlegung der englischen Schiffahrt noch keineswegs gleichbedeutend sei mit der Brachlegung des englischen Handels, dann auf der zweiten Spalte der Hinweis darauf, daß bei einem Boykott der englischen Schiffe in Holland die entlöschten Waren per Bahn dorthin gelangen könnten und dergl. mehr. Möglich, daß auch Genosse Müller die aus diesen Bemerkungen von uns gezogenen Schlußfolgerungen gar nicht gezogen wissen wollte, sicher aber auch, daß sie in unserm Sinne sehr wohl aufgefaßt werden konnten. Daß Genosse Müller als Vorsitzender des Seemanns-Verbandes die ihm speciell naheliegende Frage des Boykotts der englischen Schiffahrt behandelte, konnte uns nicht weiter auffallen.

Doch das ist nebensächlich, wichtig ist, daß man in Holland nicht an einen Boykott des englischen Warenhandels mit dem Kontinent denke, sondern nur an einen Boykott der englischen Schiffahrt. Wir geben zu, daß die ernstesten Bedenken damit allerdings fallen, freilich, wie uns scheinen will, auch die Hoffnungen, die man möglicherweise an die Boykottidee knüpfen konnte. Selbst im günstigsten Falle würde ja nicht Englands Handel ein merklicher Schaden zugefügt, sondern nur einer Minderheit seiner Reeder. Ein Schaden, der, selbst wenn sich der Ausfall des Transportgewinns auf Hunderte von Millionen beziffern sollte, von England, dem der Krieg bereits vierthalb Milliarden gekostet hat, auch wohl noch getragen werden könnte. Der Boykott der englischen Schiffe würde ja auch nur ein „vorübergehendes Uebel" sein, da sich im Frühjahr, bei der Zunahme des allgemeinen Schiffsverkehrs, der Boykott aus Mangel an Schiffsraum schwerlich noch in dem erforderlichen Umfange würde durchführen lassen.

Im übrigen aber wird man nach den Erklärungen Vliegens, die dem Projekt das Gefährliche seines Charakters zum guten Teil genommen haben, die Diskussion der Boykottmöglichkeiten den an der Sache zunächst interessierten Kreisen der Arbeiterschaft selbst überlassen dürfen.

*

Die Gewerkschaften der Hafenarbeiter von **Bordeaux** in Frankreich haben sich für den Boykott der englischen Schiffe erklärt. —

Dänemark.

Das Budget der Stadt Kopenhagen für 1902 weist eine Unterbilanz von 2 400 000 Kr. auf. Die ordentlichen Ausgaben sind auf ca. 16 Millionen veranschlagt, wogegen sie im Jahre 1900 auf nur 13,4 Millionen festgesetzt waren. Diese enorme Steigerung der städtischen Ausgaben ist hauptsächlich eine Folge der seit 1900 stattfindenden Eingemeindung der Vorstädte, die am 1. Januar mit der Eingemeindung der Sundvorstädte ihren vorläufigen Abschluß finden wird. — Die bürgerlichen Vertreter in der Stadtverordneten-Versammlung wollen das Deficit durch eine Zuschlagsteuer von 1/2 oder 1 Proz., wogegen die Socialdemokraten für einen progressiven Zuschlag auf die höheren Einkommen eintreten. —

Schweden.

Der Kampf um die Freiheit der Wissenschaft wurde in den letzten Wochen in den drei Universitätsstädten Schwedens mit großer Energie und mit dem gewünschten Erfolge durchgeführt. Für die nationalökonomische Professur an der südschwedischen Universität Lund hatte sich als einziger Bewerber der Docent Knut Wicksell gemeldet, ein Gelehrter, dessen wissenschaftliche Tüchtigkeit allgemein anerkannt ist und dem in dieser Hinsicht sowohl vom akademischen Konsistorium als auch von der Fakultät das beste Zeugnis ausgestellt wurde. Trotzdem nach dem klaren Wortlaut der Universitätsstatuten die wissenschaftliche Befähigung einzig und allein für die Beförderung maßgebend sein soll, lehnte das Konsistorium und der Prokanzler der Universität, der Bischof Billing, die Wahl Wicksells ab. Der Grund für die ablehnende Haltung dieser maßgebenden Behörden ist darin zu suchen, daß Wicksell socialistischen Anschauungen huldigt und außerdem für den Neu-Malthusianismus eingetreten sein soll. Diese offenbare Kränkung der wissenschaftlichen Forschungsfreiheit hat einen Sturm der Entrüstung in Lund sowohl wie in Upsala und Stockholm, und nicht nur bei den radikal und liberal gesinnten, sondern selbst bei konservativen Studenten und Universitätslehrern hervorgerufen, der in energischen Protesten zum Ausdruck kam. In der großen Protestversammlung der Akademiker in Upsala, die von 600 Personen besucht war, wurde besonders auch auf den Fall Arons Bezug genommen und hervorgehoben, daß man in Hinsicht auf die Freiheit der Wissenschaft in Schweden nicht auf die Stufe der Berliner Universität hinabsinken wolle. Eine Protestresolution der Studenten von Upsala war von 776 Personen unterschrieben. 25 Professoren und 37 Docenten und andre Universitätslehrer, darunter sämtliche Professoren und Docenten der juristischen Fakultät von Upsala sandten dem Kanzler der Universität, der sich trotz abweichender Ansichten für die Wahl Wicksells ausgesprochen hatte, eine Sympathie-Adresse. In einer allgemeinen Versammlung des Studentencorps von Lund wurden 293 Stimmen für und 156 gegen eine Protestäußerung abgegeben. Hier scheint das Strebertum unter der Studentenschaft ziemlich stark zu sein. Welcher Geist aber bei der Mehrheit der akademisch Gebildeten Schwedens herrscht, das zeigt folgende Stelle aus der Protestresolution der Mediziner Stockholms: „Jede Einmischung in akademische Beförderungsfragen aus Rücksicht auf das für die Gesellschaft Nützliche oder Schädliche in den wissenschaftlich begründeten Ansichten eines Forschers trägt eine ernstliche Gefährdung der Forschungsfreiheit in sich. Die Forschungsfreiheit erscheint uns als eine unumgänglich notwendige Bedingung einer fruchtbaren Forschung an den Universitäten, und vor allem ist es der Weg des freien Denkens und nicht der des privilegierten Autoritätsglaubens, der zur Heranbildung selbständiger Männer führt." In Lund wurde eine Protestresolution der Studenten von 320 Personen unterschrieben. „Die Meinungsäußerung der Studenten Schwedens für die Freiheit der Forschung und gegen alle Arten gesellschaftbewahrender Censur", schreibt Hj. Branting im „Socialdemokraten" „ist ein erfreuliches Ereignis für alle, die eine von Katastrophen und gewaltsamen Rückschlägen freie Entwicklung wünschen. In Upsala, Lund und Stockholm hat eine überwiegende Mehrheit der Akademiker das Bedürfnis gefühlt, auf Grund eines konkreten Falles sich dafür auszusprechen, daß die Freiheit der Wissenschaft ein Palladium sein soll, dem keine jesuitischen Hände unter irgendwelchen Einwendungen zu nahe kommen sollen." Branting warnt aber davor, hieran irgendwelche Hoffnung in politischer Hinsicht zu knüpfen. Dieselben Leute, meint er, die hier für die Freiheit der Forschung eintreten, würde man, wenn es sich um andre, nicht minder berechtigte Freiheitsbestrebungen handelte, als die entschiedensten Gegner wiederfinden, möge nun ihr Widerstand in Klassenvorurteilen wurzeln oder ihr Blick durch angelernte Theorien getrübt sein.

Die Proteste der Akademiker haben ihre Wirkung nicht verfehlt, Wicksell wurde trotz des Protestes zum außerordentlichen Professor der Nationalökonomie und Finanzwissenschaften ernannt. Branting und viele liberale Reichstags-Abgeordnete, sowie viele im öffentlichen Leben stehende Personen haben Wicksell zu diesem Sieg über die Reaktion ihre Glückwünsche übersandt. —

Frankreich.

Zur Beilegung des Konflikts mit der Türkei.

Im Ministerrat gab am Dienstag der Minister des Auswärtigen Delcassé nähere Erläuterungen über den Ausgang des französisch-türkischen Konflikts. Delcassé bestätigte, daß der Sultan die Forderungen Frankreichs hinsichtlich der gesetzlichen Anerkennung der französischen Anstalten in der Türkei angenommen habe und daß die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen seien. —

Am Montag wurde auf der französischen Botschaft in Konstantinopel zum erstenmal seit dem 20. August wieder die Flagge gehißt. — Die Frage der Entschädigung des französischen Staatsangehörigen Bavreal, des Konzessionärs der Sümpfe von Ada-Bazar, ist in den Frankreich gemachten Zugeständnissen nicht enthalten, da ein Uebereinkommen in dieser Frage zwischen der Pforte und Bavreal vor Abbruch der Beziehungen zwischen der Türkei und Frankreich getroffen worden war. Die Quaigesellschaft wurde endgültig in den Besitz ihrer Rechte gesetzt. Was das zwischen der Pforte und der Gesellschaft direkt getroffene Abkommen betreffend den Rückkauf der Quais durch die türkische Regierung innerhalb eines Zeitraumes von einem Jahr anlangt, so bildete dieses Uebereinkommen in keiner Weise einen Gegenstand des Konflikts. Die Schuldforderung Lorandos im Betrage von 344 445 türkischen Pfund wird in Monatsraten von 21 000 türkischen Pfund vom April nächsten Jahres angefangen, die Schuldforderung Tubinis im Betrage von 160 000 türkischen Pfund gleichfalls in Monatsraten von 10 000 türkischen Pfund durch Anweisung auf Zölle bezahlt werden.

Sipido. Der socialistische Abgeordnete Sembat wird in der Kammer den Antrag stellen, auf Grund einer diplomatischen Einigung zwischen Frankreich und Belgien den jugendlichen belgischen Anarchisten Sipido, der bekanntlich seiner Zeit in Paris verhaftet und nach Belgien zurückbefördert worden war, aus der Besserungsanstalt in Belgien zu entlassen und ihm die Rückkehr nach Frankreich freizustellen. —

Asien.

Rückkehr des Hofes nach Peking. Das chinesische Auswärtige Amt giebt bekannt, der kaiserliche Hof werde etwa in einem Monat in Peking eintreffen. —

Prinz Tsching und die auswärtigen Gesandten haben sich dahin geeinigt, daß fremde Kaufleute in Peking vom 11. November ab Octroi-Abgaben zu entrichten haben. Dies ist das Datum, welches für die Ablösung der einheimischen von kaiserlichen Zöllen zwecks Zahlung der Kriegsentschädigung festgesetzt ist. —

Amerika.

Zum Ankauf der Antillen. Nach einer Meldung aus Washington ist der Ankauf der dänischen Antillen durch die Vereinigten Staaten bereits vollzogen. Dänemark erhält vier Millionen Dollars. Der Freihandel mit den Unionsstaaten soll baldigst ins Leben treten.

Vom südamerikanischen Kriegsschauplatz. Der „New York Herald" meldet aus Bogota: Columbien hat die vom hiesigen chilenischen Gesandten angebotene Vermittlung Chiles angenommen. Präsident Castro erwiderte auf das ihm telegraphisch übermittelte Angebot des chilenischen Gesandten, er nehme dasselbe an unter der Bedingung, daß Columbien genügende Vollmachten giebt und die Antwort Castros an den mexikanischen Kongreß nicht vergißt, in welcher er sich Genugthuung und Bezahlung der durch den Einfall verursachten Schäden ausbedingt. Der Präsident von Columbien Marroquin erwiderte auf den Vermittelungsvorschlag des Panamerikanischen Kongresses, Columbien wünsche eine freundschaftliche Erledigung seiner Beschwerden, die sich lediglich gegen die Regierung Castros richteten. Columbien hat 16 000 kürzlich eingestellte Soldaten als Schutz an der venezolanischen Grenze stehen. —

Der Boeren-Krieg.

Die Verluste bei dem Gefecht bei Bethel

stellen sich nachträglich noch als bedeutender heraus, als seiner Zeit von Kitchener zugegeben wurde. Eine amtliche Meldung des Kriegsamtes meldet jetzt, daß die Gesamtverluste in dem Gefecht bei Bethel auf englischer Seite sich auf **86 Tote** und **214 Verwundete** belaufen. Die Verluste der Boeren werden von Kitchener auf 78 Tote und 100 Verwundete angegeben.

Ob diese Verlustliste der Wahrheit entspricht, ist ja noch immer fraglich, immerhin beweist die jetzige Bezifferung des Verlustes — circa 300 Tote und Verwundete —, wie schwer die englische Niederlage war, bei der bekanntlich auch zwei Geschütze in die Hände der Boeren fielen. Die Verluste der Boeren beruhen natürlich nur auf einer ganz vagen Schätzung, aber selbst wenn sie annähernd richtig angegeben wären, bewiesen sie, daß die Engländer weitaus den größten Verlust hatten und die Besiegten waren. Wie erinnerlich, suchte es Kitchener seinerzeit so darzustellen, als ob der Ueberfall der Boeren mißlungen sei und die Engländer schließlich als die Sieger aus dem Gefecht hervorgegangen wären. Die Schilderung der Kitchenerschen Depeschen hat übrigens auch in England bereits den gebührenden Spott hervorgerufen, einzelne Blätter glauben geradezu auf eine auffallende Geistesschwäche des Oberstkommandierenden schließen zu sollen.

Einer neuen englischen Schlappe,

die bisher nicht bekannt geworden war, thut die letzte amtliche Verlustliste Erwähnung. Es handelt sich um ein Gefecht bei Pietersdorf in der Nähe von Harrysmith, wobei drei englische Offiziere getötet wurden. Drei Mann seien ferner ihren Wunden erlegen, während elf Mann in die Gefangenschaft der Boeren geraten seien. In Wirklichkeit dürften auch bei dieser Schlappe die englischen Verluste erheblich beträchtlicher gewesen sein, als diese Zahlen zugeben. Neben den drei gefallenen Offizieren dürften wohl auch eine Anzahl von Offizieren verwundet worden sein. Ferner läßt die Meldung, daß drei Mann nachträglich ihren Wunden erlegen seien, darauf schließen, daß eine Anzahl andrer Mannschaften in dem Gefecht direkt geblieben sind, von den Verwundeten, die ihren Verletzungen nicht erlegen sind, gar nicht zu reden. — Insgesamt umfaßt die betreffende Verlustliste 12 Tote, 23 Verwundete, **150 an Krankheit Verstorbene** und 12 Gefangene. —

Diese Mitteilungen bezogen sich auf Gefechte, die bereits um Wochen zurücklagen; über die Ereignisse der letzten Woche hat Kitchener sich wieder einmal ausgeschwiegen. Erfolge konnte und Mißerfolge mochte er wahrscheinlich nicht melden. Daß die Lage für die Engländer eine sehr trübe ist, scheint die Meldung zu beweisen, daß die Stadtgarde in Kapstadt wieder zum Dienst einberufen ist. — Gerüchtweise verlautet noch, es habe ein heftiges Gefecht bei Vryheid stattgefunden.

Abkommen der Boeren mit den Zulus.

Nach einer Meldung aus Pietermaritzburg haben die Boeren ein Abkommen mit den Eingeborenen des Zululandes abgeschlossen, wonach diese ihnen erlauben, einen Teil ihres Gebietes zu bebauen.

Angebliche Friedensbedingungen der Boeren.

„Daily Mail" berichtet, Präsident Krüger sei bereit, folgende Friedensbedingungen zu erwägen: Völlige und unbedingte Amnestie für die Kaprebellen; sofortige Zurückschaffung sämtlicher Kriegsgefangenen in ihre Heimat, ebenso der in den Konzentrationslagern versammelten Boeren; Zurückziehung der englischen Truppen aus den beiden Republiken; Wiederaufbau der zerstörten Farmen und Auszahlung einer festzustellenden Entschädigung für den Materialverlust, eine Konvention, garantiert durch Rußland und Frankreich, welche den Republiken völlige Autonomie verleiht; Abtretung des Gebietes Suedwatersrand an England. Diese Abtretung würde als die einzige Entschädigung seitens der Boeren-Republiken gelten. Die Unterhandlungen müßte Krüger in seiner Eigenschaft als Oberhaupt der Boerenregierungen führen.

*

Ein Telegramm Lord Kitcheners aus Pretoria vom Montag meldet: Seit dem Bericht der verschiedenen Abteilungen vom 4. d. M. sind 68 Boeren getötet, 105 verwundet und 104 gefangen genommen, 45 ergaben sich. Im westlichen Teile von Transvaal operiert Lord Methuen gegen Delarey und Kemp. Im Nordosten des Oranje-Freistaates haben die Boeren unter **De Wet** sich wieder gesammelt, britische Abteilungen sind gegen dieselben vorgegangen und haben sie nach dem Süden des Freistaates hin zerstreut. Der Oranje-Freistaat ist so gut wie vom Feinde gesäubert. (!) Aus der Kapkolonie meldet French, daß Fouché und Myburg sich noch im Nordosten verbergen, kleine Trupps von Nachzüglern werden nach Westen verfolgt. Theron und Maritz sind südlich von unsren Abteilungen in westlicher Richtung auf Clanwilliam abgerückt. Maritz griff am 7. d. M. Piquetberg an, wurde aber mit Leichtigkeit zurückgeschlagen. Die Scharen des Feindes, welche vom Centrum des Bezirks vertrieben sind, sammeln sich bei Calvinia.

Der Bericht, sonst sehr belanglos, bringt wenigstens die interessante Meldung, daß der zum so und so vielten Male totgesagte De Wet im Oranje-Freistaat gegen die Engländer operiert. —

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zehn Socialisten in die städtische Verwaltung in Neapel gewählt.

Rom, 12. November. (W. T. B.) Nach den ziemlich vollständig in den Blättern vorliegenden Ergebnissen der Wahlen für die städtische Verwaltung in Neapel sind dort von der von den Senatoren und Deputierten aufgestellten Liste alle 64 Kandidaten und von den zwölf socialistischen Kandidaten **zehn gewählt** worden. Die Liste der früheren, durch die Untersuchung bloßgestellten Verwaltung ist vollständig unterlegen.

Berlin, 12. November. (W. T. B.) Der **Reichstags-Abgeordnete Dr. Lehr** ist heute nachmittag hier **gestorben.**

München, 12. November. (W. H.) Die Abgeordnetenkammer nahm heute einen vom Centrum eingebrachten Antrag an, in dem die Staatsregierung ersucht wird, die Pensionierung von Offizieren künftig nur aus dienstlichen Gründen eintreten zu lassen und vor allem den Grundsatz aufzugeben, daß ein Offizier wegen Nichtvorrückens zu pensionieren sei.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Unterm neuesten Kurs.

Oktober.

1. **Dortmund.** Genosse Bredenbeck wegen Beleidigung von Polizeibeamten 3 Monate Gefängnis.
„ **Dessau.** 30 M. Geldstrafe Genosse Günther wegen Beleidigung eines Redacteurs.
2. **Gräfenroda.** Ein Arbeiter 3 Wochen Gefängnis wegen thätlicher Beleidigung eines Streikbrechers.
„ **Rinteln.** Ebenfalls wegen Beleidigung eines Streikbrechers ein Glasarbeiter 2 Wochen Gefängnis.
3. **Gotha.** In der Berufungsinstanz der Genosse Brells aus Gräfenroda 2 Monate Gefängnis wegen Körperverletzung eines Streikbrechers.
„ **Halle.** Die Maurer Deege, Koch und Scheibe je 30 M. Geldstrafe wegen Verübung groben Unfugs. Außerdem wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung bezw. Beleidigung Deege 2 Monate und Koch 1 Woche Gefängnis.
„ **Markneukirchen.** Wegen Beleidigung der Polizeibehörde ein Genosse 4 Wochen Gefängnis.
5. **Naumburg.** In der Berufungsinstanz der Arbeiter Uthul 15 M. Geldstrafe wegen Beleidigung eines Gemeindevorstehers.
„ **Rixdorf.** 200 M. Geldstrafe Genosse Schmidt wegen Beleidigung eines Werkführers.
„ **Halle.** In der Berufungsinstanz der Maurer Oswald eine Woche Gefängnis wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
7. **Leipzig.** In der Revisionsinstanz Genosse Schirmer-Erfurt 150 M. Geldstrafe wegen Beleidigung der Militärbehörden.
„ **Lübeck.** 100 M. Geldstrafe Genosse Kasch wegen Beleidigung eines Warenhausbesitzers.
„ **Krefeld.** Je 30 M. zwei und 3 M. ein Arbeiter wegen Teilnahme an einem Auflauf.
8. **Freiwaldau.** Drei Genossen wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz je 15 M. Geldstrafe.
„ **Halle.** Vier Monate und eine Woche Gefängnis der Maurer Saalmann wegen Körperverletzung.
15. **Elberfeld.** Wegen Beleidigung eines Doktors Genosse Gräser 250 M. Geldstrafe.
„ **Solingen.** Maurer Jurich wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung 1 Woche Gefängnis.
„ **Beuthen** (Oberschl.). 150 M. Geldstrafe Genosse Winter wegen Vergehens gegen § 35 der Gewerbe-Ordnung.
17. **Gera.** In der Berufungsinstanz Genosse Seifarth eine Woche Gefängnis wegen Pastorenbeleidigung.
19. **Stuttgart.** Genosse Hertlein 20 M. Geldstrafe wegen Beleidigung eines Schultheißen.
„ **Augsburg.** 4 Tage Haft Genosse Rollwagen wegen Beleidigung eines Herrn Knopf.
„ **Krefeld.** 2 Wochen Gefängnis ein Weber wegen Beleidigung eines Streikbrechers.
21. **Magdeburg.** In der Berufungsinstanz Genosse Vater 20 M. Geldstrafe wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz.
22. **Halle.** Die Maurer Harre und Freyer zu 1 bezw. 2 Wochen Gefängnis wegen Beleidigung eines Maurerpoliers.
„ **Nürnberg.** 5 bezw. 10 M. Geldstrafe Genossin Rudolph und Genosse Bohl wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz.
„ **Dresden.** Wegen Beleidigung und Uebertretung der Verkehrsordnung der Sattler Nagel 2 Wochen Gefängnis und 1 Woche Haft.
23. **Breslau.** 1 Monat Gefängnis Genosse Klütz wegen Beleidigung eines Vereinsvorstandes.
„ **Heilbronn.** Wegen Beleidigung der Schutzleute Genosse Hertlein-Stuttgart 30 M. Geldstrafe.
24. **Chemnitz.** 75 bezw. 25 M. Geldstrafe die Genossen Krause und Kurze wegen Beleidigung eines Fabrikanten.
„ **Kachstedt.** Genosse Pokorny 40 M. Geldstrafe wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz.
„ **Naguhn.** Wegen des gleichen Delikts ein Genosse 15 M. Geldstrafe.
25. **Bremen.** In der Revisionsinstanz Genosse Klawitter 100 M. Geldstrafe wegen Beleidigung einer Inhaberin eines Nähgeschäfts.
„ **Döhlen.** 1 Monat Gefängnis ein Glasmacher wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
26. **Hamburg.** Die Genossen Krause und Wabersky je 300 M. Geldstrafe wegen Beleidigung von Polizeibeamten.
„ **Krefeld.** Wegen Vergehens gegen § 130 des Strafgesetzbuchs Genosse Paulsen 2 Monate Gefängnis.
28. **Hannover.** Je 20 M. Geldstrafe die Genossen Lohrberg, Graeger und Fenske wegen Verübung groben Unfugs.
„ **Flensburg.** Die Genossen Adler und Ewald je 100 und die Genossen Petersen und Tost je 30 M. Geldstrafe wegen Beleidigung eines Kaufmanns.
31. **Krefeld.** Wegen Beleidigung von Streikbrechern 2 Weber je 2 Wochen und 4 andre je 1 Woche Gefängnis.

Insgesamt wurde erkannt auf 1 Jahr, 9 Monate, 4 Wochen und 4 Tage Gefängnis und 2358 M. Geldstrafe.

Berlin, den 9. November 1901.

Der Parteivorstand.

Partei-Nachrichten.

Protest gegen den Hungerzoll. Im Wahlkreise Teltow—Beeskow—Charlottenburg wurden **100 724** Unterschriften auf unsre Petition gegeben. Der Kreis Wanzleben gab **7706** Unterschriften, Göttingen **6525**, der 4. hannöversche (Osnabrück) **8180** bei 3429 Wahlstimmen im Jahre 1898, Cassel—Melsungen **10 714** bei 5087 Wahlstimmen, Bunzlau **3140.** Aus Essen sind bis jetzt **10 031** Unterschriften gezählt. Ein besonders bemerkenswertes Resultat ergab die Sammlung im 2. sächsischen Reichstags-Wahlkreise. Dieser Kreis gab 1898 nur 5745 Wahlstimmen für uns ab; unsre Petition unterzeichneten **15 500** Personen. Im 3. sächsischen Kreise wurden **7191** Unterschriften gegeben, im 14. sächsischen **8340**, im 17. sächsischen **24 727**, im 22. sächsischen **22 061**. Im 4. hessischen Kreise (Darmstadt) unterzeichneten **14 398** Personen, im 1. weimarischen **10 331**, im 2. anhaltischen **14 135**.

Die bisherigen Zusammenstellungen machen natürlich nicht den geringsten Anspruch auf Vollständigkeit, da es vielfach nur vorläufige Resultate sind, die noch fortwährend ergänzt werden. So hatten wir aus dem Herzogtum Altenburg von 20 000 Unterschriften berichtet; nach genauer Zählung ergiebt sich jetzt, daß 28 438 Unterschriften abgegeben wurden, also reichlich doppelt so viel, als wir 1898 Wahlstimmen hatten. Auch aus Mecklenburg werden noch 1800 Unterschriften nachgetragen. Wir zählen danach in vorläufiger Zusammenstellung aus 93 Reichstags-Wahlkreisen mit rund 950 000 Stimmen **1 675 000** Unterschriften.

Die Stadt Berlin wird voraussichtlich mindestens **eine halbe Million** Unterschriften abgeben; das bedeutet ein sehr starkes Viertel der Einwohnerschaft.

Gemeindewahlen. In dem Villenorte Loschwitz bei Dresden wurden in der Klasse der Unansässigen zwei Parteigenossen gewählt, während bisher nur ein Socialdemokrat im Gemeinderate saß.

In Langewiesen (Schwarzburg-Sondershausen) wurde ein Parteigenosse gewählt.

Stegmüller, der vor einigen Jahren aus der Partei ausgeschlossene ehemalige Landtagsabgeordnete, soll, wie bürgerliche Blätter melden, wieder der Partei beitreten wollen. Er soll erklärt haben, daß er nunmehr vollständig auf dem Boden des socialdemokratischen Parteiprogramms stehe.

An sich wäre daran nichts weiter Bemerkenswertes. Es ist wohl denkbar, daß der Mann in den vergangenen Jahren seine politischen Anschauungen so weit geklärt haben könnte, um nun ein brauchbares Mitglied der socialdemokratischen Partei zu werden.

Indessen „erstrebt" er eben erst seine Wiederaufnahme und das ist immerhin überraschend, da Stegmüller, wie uns berichtet wird, bisher im christlichsocial-antisemitischen Lager war und in keiner Weise für die Socialdemokratie eingetreten ist.

Der belgische Parteigenosse Defuisseaux, Mitglied der Deputiertenkammer, ist nach einer „Herold"-Meldung am Montagabend gestorben.

Die Polemik zwischen französischen Socialisten.

Es ist eine bekannte traurige Thatsache, daß die verschiedenen Fraktionen des französischen Socialismus sich nach jedem „Einigungskongreß" nur immer weiter von einander entfernten. Zur Zeit bekämpfen sich die Führer mit einer Heftigkeit, die eine Verständigung immer mehr zu einer Unmöglichkeit macht. Dieses gegenseitige Zerfleischen hat den belgischen Genossen Vandervelde veranlaßt, sich in einem Briefe an die französischen Socialisten zu wenden. Diesem Briefe, der in der letzten Nummer des „Mouvement Socialiste" zum Abdruck gelangte, entnehmen wir folgende Stellen:

„. . . Mit blutendem Herzen öffne ich jeden Morgen die „Petite République" und den „Petit Son" (die beiden Hauptblätter der französischen Socialisten). Ich weiß nicht, ob Ihr, die Ihr an Ort und Stelle seid, Euch über die bedauernswerten Folgen klar seid, welche diese wilden Polemiken hervorrufen müssen, die durchaus nichts nützen, die nichts respektieren, welche die Freunde von gestern mit mehr Härte behandeln als die Gegner. . . Hoffen die französischen Genossen die Macht des Socialismus zu erhöhen, indem sie Männern, welche unsrer Sache so große Dienste geleistet haben, die nie vergessen werden können, die Eigenschaft eines Socialisten absprechen?

Ihr wißt z. B. und Jaurès weiß es ebenfalls, daß ich in Bezug auf die wichtigen Fragen der Taktik mit ihm nicht einverstanden bin, daß ich vielmehr auf Seite von Guesde und Vaillant stehe. Aber wenn ich sehe, in welcher Weise dieser Mann angegriffen wird, wie wir unsre ärgsten Feinde nicht angreifen, so macht sich in mir eine starke Reaktion fühlbar, und wenn überhaupt möglich, wachsen meine Sympathien für den bewundernswerten Mann, der sich irren kann, — und wer von uns könnte sich nicht irren? — aber der durch seine Güte, seine Offenheit und seine unzweifelhafte Loyalität jeden Haß entwaffnen müßte.

. . . Andre Länder, andre Temperamente und andre Moral: Kautsky und Bernstein polemisieren bis in das Unabsehbare hinein, aber sie bleiben in derselben Partei. Alle Motive der Trennung, die in Frankreich vorhanden sind, finden sich auch unter andren Formen in Belgien. Mein Freund Eduard Anseele z. B. ist ebenso „Ministerialist", als ich es nicht bin . . . theoretisch sind wir ebenso weit von einander entfernt als Bernstein und Kautsky und Jaurès und Jules Guesde. In der Praxis sind wir einig und unterstellen uns von vornherein den Beschlüssen des organisierten Proletariats, das in letzter Linie zu entscheiden hat."

Vandervelde schließt mit dem dringenden Wunsch an die französischen Parteigenossen, sich zu verständigen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Georg Haase** von der polnisch-socialistischen Partei wird sich, wie die „Breslauer Volkswacht" berichtet, am 30. November vor dem Schwurgericht Beuthen wegen Meineids zu verantworten haben. Die Anklage stützt sich auf eine Aussage Haases bei einer Vernehmung wegen Verbreitung des polnischen Maiaufrufs.

Aus Industrie und Handel.

Die Lage der deutschen Schiffahrtsgesellschaften.

Der starke Rückgang der Schiffsfrachten und die damit aufs stärkste angeregte Konkurrenz unter den großen Schiffahrtsgesellschaften hat Anlaß zu allen möglichen Gerüchten über die von den Gesellschaften unternommene Aktion zur Abwehr finanzieller Nachteile gegeben. Wir haben in der vorigen Nummer die Mitteilung über den Rückgang der Preise für Passagierbillets, den Ankauf der Aktien durch die Morgangruppe und den Verkauf deutscher Dampfer an englische Gesellschaften erwähnt. Ueber diese Dinge äußerte sich nun der Generaldirektor Ballin in einer Unterredung, die der Hamburger Korrespondent veröffentlicht, ausführlich.

Der Leiter der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktiengesellschaft bezeichnete die Lage des Frachtenmarktes als eine ungünstige. Das könne aber niemand überraschen, denn noch jahrelanger Hochkonjunktur konnte man einen Rückschlag erwarten. In Voraussicht des Rückganges der nordamerikanischen Geschäfte habe die „Hamburg-Amerika-Linie" ihre Verkehrsbeziehungen nach allen Richtungen ausgedehnt. Die unerfreuliche Lage des Geschäfts sollte die am nordamerikanischen Verkehr beteiligten sieben großen Gesellschaften zu Uebereinkünften in Betreff des Passagierverkehrs veranlassen. Jetzt gingen in der Woche sieben Schnelldampfer und mehrere Postdampfer von New York; dabei werde nur ein Achtel des Raumes ausgenutzt. Es würde leicht sein, durch Uebereinkunft, ohne Trustbildung, während der Wintermonate ohne Benachteiligung des Verkehrs insgesamt 50 Millionen Mark zu sparen. Die Gerüchte über den Verkauf von 18 Dampfern bezeichnete er als absurd. Von dem Eintritt der Morgangruppe in den nordamerikanischen Reedereibetrieb verspreche er sich in Bezug auf die Lösung dieser Fragen viel. Daß Morgan die deutschen Gesellschaften benachteiligen wolle, glaube er nicht. Um jeder Gefahr vorzubeugen, würden demnächst die deutschen Gesellschaften in ihren Generalversammlungen eine Aenderung der Statuten vorschlagen, derart, daß nur Deutsche und im Deutschen Reiche Wohnende in den Aufsichtsrat und Vorstand gewählt werden können, und ebenso dafür Sorge tragen, daß nicht eine zufällige Majorität Beschlüsse fassen könne, die auf den Charakter, die Nationalität oder die Geschäftsgebahrung einen im nationalen Sinne ungünstigen Einfluß ausübten.

Also nicht dem Verkauf einiger Schiffe galt die Reise des Direktors, sondern der Anknüpfung einer Verständigung mit den englischen Gesellschaften, um die in Gefahr geratene Prosperität des Unternehmens zu stützen. Trotz des Ableugnens bedeutet es nichts andres, als den ersten Schritt zu einem Schiffahrtstrust. Die übrige Mitteilung entbehre nicht ihres inneren Gehalts, nur erscheine sie in den Augen des Herrn Ballin harmloser. Von andrer Seite legt man der Morganaktion größere Bedeutung bei, denn die „Frankf. Ztg." giebt aus Reederkreisen folgende Zuschrift bekannt:

„Nachdem die Aktien des Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie längere Zeit fast gleich im Börsenpreise gestanden, weisen sie jetzt eine Spannung von 5 Proz. zu Ungunsten des Lloyd auf, obwohl dieser durch Hinausschieben der Annahmefrist für einige Dampfer beim Vulkan seinen Geldbedarf erleichtert haben soll und auf die ungünstige Amerikafahrt verhältnismäßig weniger angewiesen ist, als die Hamburg-Amerika. Auch die Erwartung, daß die letztere für 1901 sehr viel weniger als im Vorjahr verteilen werde, hat den Kurs nicht stark gedrückt. Das Angebot war wohl für beide Aktien gleich groß; aber die Aktien der Hamburg-Amerika wurden hier von starker Hand aufgenommen. Der Name des hiesigen Käufers läßt kaum zweifeln, daß er für Amerika kauft und drängt zu der Vermutung, daß dies für die Morgangruppe geschehe. Daß Morgan die Fahrt Amerika-Europa beherrschen will, steht außer Frage; daß er, nachdem er die aufstrebendste Linie Englands sich gesichert, nun an die bedeutendste des europäischen Festlandes herangeht, ist naheliegend. Mr. Ellemer und deren Leyland-Linie konnte er mit einem glänzenden Gebot im Bausch und Bogen kaufen; dieser Weg ist bei der Hamburg-Amerika-Linie ausgeschlossen. Um ihrer Stellung willen zu Kaiser und Reich können die Herren Ballin und Genossen einen Antrag auf Verkauf des Unternehmens nach Amerika ihren Aktionären nicht vorlegen.

Aber ein andrer Weg ist offen. Für die Stahl- und Eisenbahnsyndikate in Amerika spielen 10 Millionen Dollar keine zu große Rolle, eine desto größere in Hamburg-Amerika-Aktien. Nach Art. 243 H.-G.-B. kann jeder Aufsichtsrat jeder Zeit abgesetzt werden mit ¾ der in der Hauptversammlung anwesenden Stimmen. Wie viele deutsche Aktionäre würden wohl aus ihrem Stumpfsinn sich aufraffen, wenn ihnen „nur" eine andre Zusammensetzung des Aufsichtsrats droht? Und würden sie überhaupt Widerstand leisten wollen, wenn ihnen bündig erklärt wird, amerikanischer Wettbewerb würde sie sonst in die Enge treiben?"

Wir glauben auch, daß unsre Kapitalisten so gut international sind, daß sie sich auf die Seite schlagen, wo ihnen der Profit gesichert ist.

Hannoversche Straßenbahn. Was alles aufgeboten wird, wenn die Interessen der hohen Bank in Frage kommen, das beweist der Verlauf der Affairen bei der Hannoverschen Straßenbahn. In der Generalversammlung, in der ein Teil der Aktionäre den Plan einer Ueberrumpelung der Aktionäre zu Stande brachte, wurde ein Revisionsausschuß gewählt, dem neben sechs Herren aus der Provinz Hannover ein Mitglied der „Opposition", Herr Rentner Dahl aus Düsseldorf angehörten. Dieser Ausschuß hat sich beeilt, einen Bericht zu erstatten, einen Bericht, der sich kaum in einigen Worten mit der Revision beschäftigt, die dem Ausschuß obliegt, dafür aber desto eingehender plädiert für die Zuzahlung und die Rückzahlung der zwei Millionen an die Dresdener Bank. Daß Herr Rentner Dahl dieser Art von Revision keinen Geschmack abgewinnen konnte, ist kein Wunder; die 6 übrigen Herren Revisoren suchen ihren oppositionellen Kollegen damit zu diskreditieren, daß sie am Schluß ihres vom 8. November datierten Berichts erklären, Herr Dahl habe sich nur wenig an den Arbeiten der Kommission betheiligt und sei am 7. November aus der letzteren überhaupt ausgetreten. Die Aktionäre aber müßten rechte Esel sein, wenn diese Notiz des Berichts nicht ganz anders auf sie wirkte, als die Urheber meinen.

Die Kommission macht eine Rentabilitätsrechnung, einen Haushaltsplan für das laufende und für das nächste Jahr auf. Sie rechnet in diesem Jahr über 800 000 M. Reingewinn heraus, für das nächste 748 000, schlägt aber selbst vor, daß von diesen Summen nichts als Dividende verteilt, sondern alles in Reserve gestellt wird für den Fall, daß ein größerer Teil der Aktionäre die Zuzahlung nicht leisten sollte. Es fällt sehr auf, daß die Revisionskommission in ihren Rechnungen noch zu günstigeren Resultaten kommt, als die schon viel zu günstigen Berechnungen der Verwaltung aus der letzten Generalversammlung.

Als weiteres Lockmittel für die Aktionäre stellt die Kommission die Einführung des Oberleitungsbetriebes in Aussicht, bei der viel Geld erspart werden soll. Einstweilen ist das aber eine Taube auf einem sehr hohen Dache; denn bekanntlich will der Magistrat die Oberleitung in der Stadt nicht genehmigen. Die Kommission operiert nun in einer für sie charakteristischen Weise mit diesem Verhalten des Magistrats, indem sie auf die Gerüchte eingeht, nach welchen der Magistrat mit seiner Weigerung die Straßenbahn in Konkurs treiben, dann billig erstehen und danach die jetzt verweigerte Oberleitung selbst einführen wolle. Die Kommission findet, daß man einer so angesehenen Behörde solch' einen „Sachwucher" nicht zutrauen könne, aber sie behandelt die ganze Sache doch so, daß die Aktionäre vor dem Plan des Magistrats gewarnt werden.

Man darf in der That gespannt sein, die ob Bankpläne in Hannover am Donnerstag in der neuen Generalversammlung siegen werden, und wie man diese Pläne vertreten wird, um die Aktionäre zu übertölpeln.

Betriebseinschränkungen. In Harburg ist in den Eisenbahn-Werkstätten nach Einführung der Altonaer Accordsätze eine Lohnkürzung eingetreten und nunmehr auch eine Betriebseinschränkung angekündigt. Durch Anschlag wurde bekannt gemacht, daß die Arbeiter an den Sonnabenden einen halben Tag feiern müssen. Die Herabsetzung der Accordsätze und die Betriebseinschränkung bedeutet für die Arbeiter eine erhebliche Mindereinnahme.

Das Lüneburger Eisenwerk schränkte seinen Betrieb auf Dreiviertel-Tagarbeit ein.

Staatsaufträge. Der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten hat, wie die „Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahn-Verwaltungen" erfährt, neuerdings eine Vermehrung der Personen- und Gepäckwagen in Aussicht genommen. Es sollen demnächst 724 Personen- und Gepäckwagen zur Vergebung gelangen, die einer Summe von etwa 10 500 000 M. entsprechen würden.

Die Germania-Schiffs- und Maschinenbau-Aktiengesellschaft wird die 20 Millionen-Anleihe, über die wir gestern berichteten, zur Anlage eines neuen Docks und dem Ankauf der dazu gehörigen Grundstücke verwenden.

Der Verein deutscher Pflugscharfabrikanten beschloß eine Ermäßigung des Grundpreises für Pflugscharen um 2 M. pro 100 Kilogramm, die Verlängerung des Verbandes bis Juli 1904 und die Aufnahme Luxemburgs in das Vereinsgebiet. In der Versammlung wurde der „Frankf. Ztg." zufolge lebhaft darüber geklagt, daß der Halbzeugverband auf der Abnahme des den Hammerwerken aufgenötigten teuren Materials bestehe und jedes Entgegenkommen strikt ablehne.

Der englische Außenhandel zeigt auch im Monat Oktober einen Rückgang. Die Einfuhr betrug 44 351 403 Pfd. Sterl. gegen 48 495 608 Pfd. Sterl. im gleichen Monate des Vorjahres. Die Ausfuhr verzeichnet 23 988 636 Pfd. Sterl. gegen 24 742 930 Pfd. Sterl. im Vorjahre. In den ersten zehn Monaten d. J. betrug die Einfuhr 428 745 972 Pfd. Sterl. gegen 427 646 786 Pfd. Sterl. im Vorjahre. Die Ausfuhr erreichte 233 342 676 Pfd. Sterl. gegen 243 214 685 Pfd. Sterl. im Vorjahre. Bei den Vergleichen ist zu berücksichtigen, daß die Preise für die Waren erheblich zurückgegangen sind, so daß die Warenmasse nicht den erheblichen Rückgang aufweist, als die Vergleichung annehmen läßt. Bei dem Rückgang in der Ausfuhr in Höhe von 9 872 000 Pfd. Sterl. kommen allein auf Kohlen und andre Feuerungsstoffe 6 174 206 Pfd. Sterl. Dieser Rückgang ist auf den von England eingeführten Ausfuhrzoll auf Kohlen zurückzuführen. Immerhin ergiebt die Gesamtübersicht einen bedeutsamen Rückgang des Außenhandels, der auf einen Niedergang der Industrie, des Handels und Verkehrs schließen läßt.

Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften. Die Spandauer Berg-Brauerei wird den Aktionären eine Dividende von 8 Proz. vorschlagen. — Die Gothaer Waggonfabrik schließt nach Aufzehren des Reservefonds mit einem Verlust von 229 345 M. Im Vorjahre betrug der Gewinn 82 146 M. — Die Gladbacher Wollindustrie Aktiengesellschaft schließt mit einem Fehlbetrag von 89 136 M., der sich nach Heranziehung des gesetzlichen Reservefonds auf 70 063 M. ermäßigt. — Die Humboldtmühle in Berlin verzeichnet einen Verlust von 170 775 M., so daß dadurch die aus dem Vorjahr übernommene Unterbilanz von 329 225 M. auf 500 000 M. anwächst, wobei aber eine Specialreserve von 50 000 M. geschaffen wird. Die Unterbilanz wird gedeckt durch eine Reduzierung des

Aktienkapitals von 1 Million Mark auf 500 000 M. — Das Rheinische Anthracit-Kohlenwerk berichtet über einen Nettogewinn von 200 125 M. (13 978 im Vorjahre), Dividende 10 Prozent. — Die Brauerei Pfefferberg wird wie im Vorjahre eine Dividende von 14 Prozent verteilen. — Von der Brauerei Germania schlägt der Aufsichtsrat 5½ Prozent Dividende vor. — Die Vereins-Bierbrauerei in Leipzig erzielte 126 001 Reingewinn. Dividende 15 Proz. — Die Schlesischen Kohlen- und Coaks werke in Gottesberg verzeichnen einen Verlust von 51 776 M. 1 600 000 M. Acceptenverbindlichkeiten sollen in Händen einer Berliner Bank sein. — Der Hörder Bergwerk- und Hüttenverein gewährt eine Dividende von 10 Proz., die aber bei der Knappheit der Mittel erst am 2. Januar 1902 ausgezahlt wird. — Das Münchener Brauhaus in Berlin bringt 4 Proz. Dividende in Vorschlag. Gewinn 179 489 M. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Kongreß der Civil-Berufsmusiker Deutschlands.

Im Gewerkschaftshaus beginnt heute ein Kongreß der Civil-Berufsmusiker. Für denselben ist folgende Tagesordnung festgesetzt: 1. Situationsbericht der Delegierten. 2. Die Mißstände im Musikerberuf und deren Beseitigung. Referent: G. Schonert. 3. Welches ist die zweckmäßigste Form der Organisation? Referent: Genosse C. Legien-Hamburg. 4. Beschlußfassung über die Gründung des Centralverbandes. 5. Event. Statutenberatung. 6. Presse. 7. Sitz des Centralverbandes. 8. Wahl des Vorstandes. 9. Verschiedenes.

Deutsches Reich.

Gewerkschaftliche Arbeitslosen-Unterstützung. Wieder hat einer der deutschen Gewerkschaftsverbände die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung beschlossen. Es ist der Verband der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands, der auf Grund eines Beschlusses des letzten Verbandstages im Monat Oktober eine namentliche Urabstimmung über die Einführung dieses Unterstützungszweiges vorgenommen hat. Das Resultat der Abstimmungen ist folgendes: Es haben sich an der Abstimmung beteiligt 2424 Mitglieder; davon stimmten 1623 Mitglieder mit ja, 801 Mitglieder mit nein. Die Arbeitslosen-Unterstützung, verbunden mit Krankenzuschuß und Sterbegeld, wurde also mit 7 Stimmen über die ²/₃-Majorität beschlossen. Der Verbandsbeitrag wird am 1. Jan. 1902 40 Pf. pro Mitglied und Woche betragen.

Tarifberatung der Buchdrucker. Am Sonntagmittag fand in Breslau die Sitzung des Kreisamts für den Tarifkreis IX, umfassend die Provinzen Schlesien, Posen, Pommern, Ost- und Westpreußen, statt. Zur Verhandlung stand die Neufestsetzung resp. Erhöhung der Lokalzuschläge. Nach sechsstündiger Beratung wurde für folgende Orte der Lokalzuschlag erhöht resp. neu festgesetzt: Beuthen 5 Proz. (bisher 2½), Gleiwitz 5 Proz. (bisher —), Kattowitz 5 Proz. (bisher 2½), Königshütte 5 Proz. (bisher —), Bromberg 7½ Proz. (bisher 5), Thorn 5 Proz. (bisher —), Stettin 12½ Proz. (bisher 10), Swinemünde 2½ Proz. (bisher —). Die von den Orten Görlitz, Hirschberg, Liegnitz, Posen, Inowrazlaw, Stralsund, Danzig, Königsberg, Tilsit beantragte Neuregelung der Lokalzuschläge wurde abgelehnt.

Der Streik der Hutmacher in Breslau greift nun auch auf andere Firmen über. So haben am Sonnabend sämtliche männlichen Hutarbeiter der Firma Gebr. Heymann die Kündigung eingereicht. Auch dort will man das für die Arbeiter unannehmbare Abrechnungssystem einführen, dessen Ankündigung den Streik bei Rabat und Guttmann verursachte. — Uebrigens befinden sich bereits Agenten auf der Reise, die „arbeitswillige" Hutmacher suchen. In Dresden ist es einem solchen gelungen, fünf solcher edlen Seelen anzuwerben. Hoffentlich verlassen dieselben Breslau wieder, wenn sie über die Ursachen der Streiks Aufklärung erhalten haben.

Die Dreiviertel-Konzession für das Gewerkschaftshaus in Breslau ist in Frage gestellt. Die Polizei hat gegen das zustimmende Erkenntnis des Stadtausschusses Berufung eingelegt. Demnach wird sich der Bezirksausschuß mit der Sache zu befassen haben. Dabei wird allerdings die Ablehnung des Konzessionsgesuches herauskommen. Die Existenz des Gewerkschaftshauses, für die zehntausend Arbeiter eintreten, ist auch durch die Ablehnung der Konzession nicht in Frage gestellt.

Wegen einer Lohnherabsetzung von 25 Proz. streiken seit Montag sämtliche Arbeiter, Vorarbeiter und Meister der Aluminium-Fahrradwerke von Gebr. Prese n. Co. in Offenbach a. Main. — Alle Metallarbeiter werden gebeten, Offenbach zu meiden.

Ausland.

Zum Generalstreik der französischen Bergleute. Bei Gelegenheit einer Sitzung des Komitees der Loire-Föderation, die am vergangenen Sonntag in St. Etienne stattfand, wurden dem Generalsekretär Cotte Vorwürfe gemacht wegen seiner angeblichen Unentschlossenheit. Cotte erklärte, daß, wenn nicht in Bezug auf den Achtstundentag und bezüglich der Pension eine befriedigende Antwort einlaufe, er den Generalstreik erklären werde. Als wahrscheinlichen Termin des Ausbruchs des Generalstreiks stellte Cotte Montag, den 18. November in Aussicht.

Im Lütticher Kohlenbecken kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Gendarmen und streikenden Bergleuten. Etwa 200 der letzteren hatten sich in der Nähe eines Schachtes aufgestellt, um die Arbeitswilligen am Einfahren zu verhindern. Eine Abteilung Gendarmerie, welche die Menge zerstreuen wollte, wurde mit Steinwürfen empfangen. Schließlich gelang es der Gendarmerie, zehn Verhaftungen vorzunehmen.

Die italienischen Landarbeiter-Organisationen sind jetzt in eine Bewegung zur Erringung von ländlichen Schiedsgerichten eingetreten. Zahlreiche Versammlungen finden z. B. überall statt; die Petitionsbogen, welche dem Parlament eingereicht werden sollen, sind bereits mit Tausenden von Unterschriften bedeckt. Auf dem Kongresse der Landarbeiter, der demnächst stattfindet, wird auch über diesen Punkt beraten werden, es liegen bereits mehrere Gesetzesentwürfe vor.

Socialles.

Die Forderungen der sächsischen Bergleute an den Landtag. Auf Beschluß mehrerer öffentlicher Bergarbeiter-Versammlungen wird dem sächsischen Landtage eine Petition überreicht werden, die 19 Forderungen enthält. Die wesentlichsten sind:

„Das allgemeine Berggesetz für das Königreich Sachsen soll dahin abgeändert werden, daß

1. die achtstündige Schichtzeit für alle Bergarbeiter unter und über Tage festgesetzt werde.
2. Daß die Beschäftigung von Frauen und Mädchen, sowie die der jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahre vollständig verboten werde.
3. Das getrennte Gedinge (Accordsystem) soll untersagt sein.
4. Der § 80 soll so gefaßt sein, daß er das reichsgesetzlich gewährleistete Streikrecht nicht mehr illusorisch macht.
5. Arbeitsbücher sollen abgeschafft werden.
6. Die achttägige Lohnzahlung und
7. die Beseitigung des Strafsystems wird gefordert.
8. Sollen Brausebäder errichtet und
9. sollen Beamte mit mehr als 2000 M. Gehalt nicht Mitglieder der Pensions- und Krankenkassen 2c. sein.

Und schließlich soll eine Berufungsinstanz gegen die Urteile der Bergschiedsgerichte geschaffen werden und zwar entweder in der Art, wie sie das Gewerbegerichts-Gesetz oder wie es die preußische Regierung bereits vorgesehen haben. Auch einige wichtige Bestimmungen betr. der Kassenbeiträge zur Pensionskasse enthält die Petition, sowie eine Regelung der letzteren überhaupt.

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein für Frauen und Mädchen in Schöneberg und Umgegend hält heut, Mittwochabend, seine regelmäßige Versammlung bei Obst, Meiningerstr. 8, ab. Fräulein Fanny Imle wird über die wirtschaftliche Lage der Frauen und Mädchen sowie über Vorteile der Konsumvereine sprechen.

Die Versammlungen des Vereins finden jedesmal Mittwochs vor dem 15. des Monats statt.

Versammlungen.

Die Barbiergehilfen hielten Montag nachts eine von etwa 150 Personen besuchte öffentliche Versammlung ab. Der Referent Kaiser begann mit dem Hinweis darauf, daß die Freie Vereinigung selbständiger Barbiere den paritätischen Arbeitsnachweis, der infolge der Verhandlungen vor dem Einigungsamt, die im Juni stattfanden, eingerichtet worden ist, jetzt gekündigt hat, um am 15. Dezember einen eignen Arbeitsnachweis zu errichten. Diese Handlungsweise der Freien Vereinigung bezeichnete der Referent als einen Vertragsbruch, durch den die Organisation der Gehilfen lahm gelegt werden solle. Ferner meinte der Redner, der Vorsitzende der Freien Vereinigung, Herr Klarbaum, solle kürzlich in einer Versammlung der Selbständigen gesagt haben, man wolle die Preiserhöhung beibehalten, die organisierten Gehilfen aber entlassen. Nach diesem Vorgehen der Freien Vereinigung sei die Gehilfen-Organisation nicht mehr in der Lage, die Geschäfte auf Innehaltung der festgelegten Bedingungen zu kontrollieren, sie werde deshalb die Unterschrift der Lohnkommission unter die in den Geschäften ausgehängten Plakate zurückziehen und die Kontrollkarten nur an solche Gehilfen verabfolgen, die durch ihren Arbeitsnachweis eingestellt werden. Im übrigen solle das Einigungsamt in dieser Sache angerufen werden. Wenn jetzt unter der Begründung, daß sich die Preiserhöhung nicht aufrecht erhalten lasse, den Gehilfen Lohnabzüge gemacht werden, so müsse bemerkt werden, daß die Gehilfenforderungen auf den Preisen des alten Tarifs aufgebaut seien. — Dem Referat folgte eine ausgedehnte Diskussion. Die meisten Redner stimmten mit den Ausführungen Kaisers überein. Eine abweichende Meinung vertrat das frühere Lohnkommissionsmitglied Lubert. Er meinte, als Vertragsbruch könne man die Kündigung des Arbeitsnachweises nicht bezeichnen, denn die Freie Vereinigung habe sich nur unter Vorbehalt für den paritätischen Arbeitsnachweis erklärt. Es sei auch nicht richtig, daß die Gehilfenforderungen auf dem alten Preistarif aufgebaut seien, sie hätten vielmehr eine Preiserhöhung bedingt. Das Vorgehen gegen die Freie Vereinigung hält Redner nicht für angebracht. — Link, der als Vertreter der Gewerkschaftskommission anwesend war, gab zu bedenken, daß Angelegenheiten wie die vorliegenden nicht in öffentlichen Versammlungen geregelt werden könnten. Dazu sei die Organisation da, an deren Ausbau die Barbiergehilfen in erster Linie denken müßten. Wenn die Erfolge der Lohnbewegung jetzt wieder zurückgehen, so liege das zum großen Teil an der Leitung derselben. Mit der Verhängung der Sperren sei oft recht unklug verfahren worden, so daß der Bekanntgabe derselben in der Regel Berichtigungen folgten. In einer Konferenz mit Vertretern der Freien Vereinigung würde sich wohl eine Verständigung bezüglich des vorliegenden Streitfalles erzielen lassen. Wenn die Gehilfen eine solche wünschen, dann sei die Gewerkschafts-Kommission bereit, eine Konferenz herbeizuführen. Im übrigen könne Redner den Barbiergehilfen raten, nicht nur gegen diejenige Organisation, mit deren Hilfe sie ihre Forderungen durchgesetzt haben, zu kämpfen, sondern erforderlichenfalls gegen alle Unternehmer vorzugehen. — Hendrischke, Vertreter des Rixdorfer Gewerkschaftskartells, erklärte, daß er den Ausführungen Links nicht zustimmen könne. — In seinem Schlußwort sagte der Referent Kaiser, es sei unmöglich, nochmals mit der Freien Vereinigung Hand in Hand zu gehen. Luberts Standpunkt lasse sich wohl dadurch erklären, daß er, nachdem ihn die Gehilfen-Organisation ausgeschlossen hat, mit den Arbeitgebern Fühlung suche. — Die Versammlung beschloß, daß die Unterschrift der Lohnkommission unter den Plakaten zurückgezogen und Kontrollkarten vom 1. Dezember ab nur da verabfolgt werden sollen, wo die Forderungen schriftlich anerkannt sind.

Der Centralverband der deutschen Schmiede hielt am Montag, den 4. November, eine Mitgliederversammlung ab. Zu Ehren der verstorbenen Kollegen Zehner und Wilke und des Genossen Dr. Schoenlank erhoben sich die Anwesenden von den Plätzen. Die Abrechnung der Hauptkasse ergab Einnahme 2650,69 M., an die Hauptkasse gesandt wurden 1300 M., am Orte behalten 73,88 M. Der Reservefonds hatte eine Einnahme von 471,76 M., eine Ausgabe von 426,20 M. und einen Bestand von 45,56 M. zu verzeichnen. Sodann wurde nach lebhafter Debatte gegen 2 Stimmen der Antrag angenommen, daß vom 1. Januar 1902 eine Extramarke von monatlich 20 Pf. pro Mitglied zu kleben ist. Den Charlottenburger Kollegen wurden zum Dispositionsfonds des dortigen Gewerkschaftshauses 100 M. überwiesen. Aus dem Bericht des Arbeitsvermittlers ist zu ersehen, daß im letzten Halbjahr 1404 Kollegen eingeschrieben wurden, Arbeitskräfte verlangt wurden 1107, besetzt 1055 Stellen. Der Durchschnittslohn betrug 23,78 M. Die Beschwerdekommission erledigte ihre Arbeiten in drei Sitzungen. In der auf die Diskussion folgenden Neuwahl wurden die Kollegen Basner, Helm und Bösche gewählt.

Ober-Schöneweide. Am 5. November fand im Schloßpark Wilhelminenhof eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter E. Rosenow einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die wirtschaftliche Krise" hielt. Nach ihm sprach Wiesenthal über das Thema: „Sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Metallarbeiter von Ober-Schöneweide so glänzend, daß sie sich nicht zu organisieren brauchen?" Redner geißelte die in den einzelnen Fabriken am Orte bestehenden Mißstände und wies darauf hin, daß die Arbeiter allen Grund hätten, die Organisation hochzuhalten. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute in Ober-Schöneweide tagende öffentliche Metallarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und wirft dem Unternehmertum sowie der ganzen bürgerlichen Gesellschaft vor, in der unverantwortlichsten Weise den Rückgang der Industrie verschuldet zu haben. Die Versammlung erklärt den Zusammenschluß in dem Deutschen Metallarbeiter-Verband als einziges Mittel zur Erhaltung einer menschenwürdigen Existenz." Bis zur nächsten Versammlung soll Material gesammelt werden über die Arbeitslosigkeit und Arbeiterentlassungen.

Marktpreise von Berlin am 11. November 1901

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Weizen, gut	D.-Ctr.	—,—	—,—	Kartoffeln, neue, D.-Ctr.		7,—	4,—
„ mittel	„	—,—	—,—	Rindfleisch, Keule 1 kg		1,70	1,20
„ gering	„	—,—	—,—	do. Bauch	„	1,40	1,—
Roggen, gut	„	14,10	—,—	Schweinefleisch	„	1,60	1,30
„ mittel	„	—,—	—,—	Kalbfleisch	„	1,80	1,—
„ gering	„	—,—	—,—	Hammelfleisch	„	1,60	1,—
*Gerste, gut	„	14,40	13,80	Butter	„	2,80	2,—
„ mittel	„	13,70	13,10	Eier	60 Stück	5,40	2,40
„ gering	„	13,—	12,50	Karpfen	1 kg	2,20	1,20
*Hafer, gut	„	16,20	15,60	Aale	„	2,50	1,20
„ mittel	„	15,50	15,—	Zander	„	2,50	1,20
„ gering	„	14,90	14,40	Hechte	„	2,00	1,—
Richtstroh	„	7,32	7,—	Barsche	„	1,80	0,80
Heu	„	8,90	6,30	Schleie	„	2,80	1,20
Erbsen	„	40,—	25,—	Bleie	„	1,40	0,60
Speisebohnen	„	50,—	25,—	Krebse	per Schock	16,—	3,—
Linsen	„	60,—	30,—				

* ab Bahn.
† frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 12. November. Die Haltung des Getreidemarktes war heute ausgesprochen matt. Die Mühlenbesitzer erklären, daß nicht nur der Mehlabsatz stockt, sondern auch das Geschäft in Kleie, die bisher verhältnismäßig gut abging, neuerdings viel zu wünschen übrig läßt. Der hohe Wasserstand und die Verbilligung der Stromfrachten haben bereits eine Steigerung der Inlandszufuhren von Getreide veranlaßt. Das Fehlen russischer Offerten blieb infolge dessen ohne Einfluß. Weizen notierte per Dezember 1 M., per Mai ½ M. schwächer. Es ist gestern ein Segler Walla-Walla nach hier gehandelt worden; darauf hin waren heute Lieferungen angeboten. Roggen gab heute vorn ¾ M. nach, spätere Sichten blieben unverändert. Höhere Preismeldungen von den ausländischen Börsen vermochten der Stimmung bei allgemeiner Lustlosigkeit keinen Anreiz zu bieten. Von Futterfrüchten war Hafer auf gesteigertes Angebot ½ M. billiger zu haben; Mais unverändert. — Rüböl lag schwach auf Paris.

Spiritus unverändert; 70er loko 33,20 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

Rosenbruder. Wir halten die von Ihnen erwähnte Kasse nicht für leistungsfähig und warnen Sie vor dem Beitritt.

A. B. C. Sie machen die Mitteilung zweckmäßig vor dem Gestellungstage und wiederholen sie an demselben Tage. Auf dem Schein wird nichts für Laien Erkennbares vermerkt. — **E. H.** Sie müßten innerhalb sechs Wochen nach erlangter Kenntnis Klage auf Anfechtung der Ehe durch einen Anwalt erheben lassen. — **Tegel 96.** Innerhalb des ersten Jahres nach der Heirat müßten Sie mit mindestens 200 vor der Heirat geklebten Marken sich an die Invaliditätsanstalt, Matthäikirchstr. 19, wenden. — **F. R. 29.** Ihre Schwägerin könnte mit Aussicht auf Erfolg ihren Lohn beim Gewerbegericht einklagen, falls sie nicht etwa schon dort geklagt hat und durch Urteil abgewiesen ist. — **W. W.** Nein.

Witterungsübersicht vom 12. November 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. = ° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. = ° R.
Swinemünde	752	W	1	bedeckt	6	Haparanda	753	Still	—	wolkenl	—10
Hamburg	752	SW	3	bedeckt	8	Petersburg	745	NNW	1	bedeckt	—8
Berlin	753	SW	3	Regen	8	Cork	735	SW	5	wolkig	11
Frankf./M.	758	SO	4	wolkig	6	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	760	SO	2	heiter,	—2	Paris	758	SSW	3	bedeckt	4
Wien	759	W	5	heiter	7						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 13. November 1901.
Ziemlich warm, veränderlich, vorwiegend trübe mit Regenfällen und frischen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Gastwirt

Emil Richter

uns plötzlich und unerwartet im 41. Lebensjahre durch den Tod entrissen wurde.

Dies zeigen tiefbetrübt an
Die trauernde Witwe nebst Kindern.
Klara Richter geb. Ropschick.

Pankow, den 12. November 1901.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. d. M., nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause aus nach dem neuen Pankower Friedhof (Kommunikationsweg) statt.

Verein socialdemokr. Gast- und Schankwirte
Berlins und Umgegend.

Am 11. d. Mts. verstarb unser Mitglied, Kollege

Emil Richter.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 14. d. Mts., nachmittags 2½ Uhr, vom Trauerhause, Wollankstraße 91, Pankow, aus auf dem neuen Friedhof in der Florastraße (Pankow) statt.

Um rege Beteiligung ersucht
70/3 **Der Vorstand.**

Central-Verband deutscher Steinsetzer
und Berufsgenossen, Filiale Berlin I.

Todes-Anzeige!

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges treues Mitglied

Emil Richter

am 11. November plötzlich gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. November, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Wollankstraße 91 (Pankow) nach dem Neuen Pankower Friedhof statt.

Um zahlreiche Beteiligung bittet
174/7 **Der Vorstand.**

Allgem. Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler
und deren Berufsgenossen
(E. H. 86 Hamburg)
Verwaltungsstelle Berlin B.

Am 10. November nachmittags verstarb nach kurzem Krankenlager unser Mitglied 1837b

Gustav Schmidt.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. November, nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des St. Thomaskirchhofs in der Hermannstraße aus statt.

J. A.: August Holefleisch.

Centralverband der Schmiede
Zahlstelle Berlin.

Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß am Sonntag, den 10. November, der Kollege

Julius Kaiser

im Alter von 50 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachm. 3 Uhr, auf dem Nikolai-Kirchhof, Prenzlauer Allee, statt.

Um zahlreiche Beteiligung bittet
176/13 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.

Hiermit sage allen Kollegen, Freunden und Bekannten, sowie den Mitgliedern des Raucherbundes für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Robert Gursch** meinen herzlichen Dank.

Wwe. Gursch nebst Kindern.

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1, 4-7.

Verband d. Maschinisten und Heizer
sowie Berufsgenossen Deutschl.
(Verwaltungsstelle Berlin und Umg.)
Todes-Anzeige.

Am 11. d. M. verstarb unser Mitglied

Karl Haase

an der Lungenschwindsucht.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. d. M., nachmittags, vom Trauerhause, Prinz Eugenstraße 22, aus nach dem Friedhof der Nazareth-Gemeinde, Berlinerstraße (Tegeler Chaussee) statt.

Um rege Beteiligung ersucht
130/1 **Die Verwaltung.**

Geld! Wer Darlehen oder Hypothek sucht, verlange Prospekt von **H. Bittner u. Co.,** Hannover B.

1½ Millionen Mk.
sind mit einem Los zu gewinnen. Jedes Los mindestens ein Gewinn. Der kleinste Treffer beträgt mehr wie der Einsatz, daher kein Risiko. Keine Klassenlotterie, keine Serien- oder Ratenlose. Gesetzl. erlaubt! Kein Schwindel! Jeder überzeuge sich und verlange Prospekt. **P. Seidenfaden, Mühlhausen 181** (Thüringen).

Wer liefert
Sturzgußformen, Gußformen für Schlieben als auch Gußformen für Figuren, alle zum Gießen aus Zinn? 1852b

Hoffmanns Volksgarten Westend
sind Säle für Sonnabende zu Festlichkeiten unter coulanten Bedingungen zu vergeben. 2621g*

Salon-Teppiche
große Prachtexemplare, **zurückgesetzte Muster,** p. Stck. 15, 18, 20—50 Mk., elegante **Wohn- und Speisezimmer-Teppiche** p. Stck. 6, 8, 10—25 Mk. Ferner reichhaltige **Portieren,** letzende **Spachtel-, Erbs- u. engl. Tüll-Gardinen u. Stores, Steppdecken, Divandecken,** p. Stck. 6 u. 8 Mk., wunderschöne bedruckte **Plüschtischdecken** in allen Farben mit Secessionsborte p. Stck. 7 Mk. Ferner **Sofabezüge in Moquett, Gobelin, Brocat, Wolle u. Seide** (Reste), zu Bezügen ausreichend, werden im großen **Specialhaus Königstr. 20-21,** dicht am Rathause, so lange der Vorrat reicht, um zu räumen, **zu ganz enorm billigen Preisen** verkauft.

J. Adler Teppichhaus, Königstr. 20-21. [2*
Günstige Gelegenheit f. Weihnachten!

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben
Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für **Paletots, Anzüge, Beinkleider** 2c. werden unter **Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen** schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Gänsefedern
mit allen Daunen, ungerissen 1,30 bis 1,50, gerissen, 2,00—3,50. [2724g*
Paul Pagelow, Wriezen (Oderbruch).

Buchen- u. Eichenholz
ist als Ofenfeuerung besser wie Kohlen. Zu den billigsten Preisen liefert dasselbe ofenrecht zerkleinert [2408g*
W. Jonentz, Barwaldstr. 61.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 13. November.

Opernhaus. Samson und Dalila. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Der kommende Mann. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Luther. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Lysanders Mädchen. Die Komödie der Irrungen Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Die Hoffnung. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Ueber unsre Kraft. (1. Teil.) Anfang 7½ Uhr.
Lessing. La Robe rouge. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Sein Doppelgänger. Im Coupé. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Das Ewig-Weibliche. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Der Zigeunerbaron. Anfang 7½ Uhr.
Secessionsbühne. Detlev Liliencrons Buntes Brettl. Anfang 8 Uhr.
Central. Der Seekadett. Anfang 7½ Uhr.
Thalia. Ein tolles Geschäft. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Don Carlos. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiß. Berliner Rangen. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Offenbach-Cyklus. Perichole, die Straßensängerin. Anf. 7½ Uhr.
Belle-Alliance. Der Raub der Sabinerinnen. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Berlin W— Berlin N. Specialitäten. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. König Aqua. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Panopticum. Specialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Specialitäten-Vorstellung. Großstadtzauber. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal.) Abends 8 Uhr: Ueber den Wolken.
Im Hörsaal: „Die Lichtmetalle". Anfang 8 Uhr.
Invalidenstraße 57/62, Täglich: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Mittwochabend 8 Uhr: **Lysanders Mädchen.** Historisches Lustspiel in einem Akt von J. V. Widmann.
Hierauf: **Die Komödie der Irrungen.** Lustspiel in 3 Aufzügen v. Shakespeare.
Donnerstagabend 8 Uhr: **Hans Huckebein.**
Freitagabend 8 Uhr: **Lysanders Mädchen.**
Hierauf: **Die Komödie der Irrungen.**

Central-Theater.

Heute Anfang 7½ Uhr mit prächtiger Ausstattung, nur noch 5 Aufführungen:
Der Seekadett.
Operette in 3 Akten von R. Genée. Im zweiten Akt: **Lebendes Schachspiel,** ausgeführt von 32 Kindern.
Morgen und folgende Tage: **Der Seekadett.**
Der Vorverkauf findet täglich zwischen 10 und 2 Uhr statt.

Thalia-Theater.

Ein tolles Geschäft.
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern.
Paula Worm in 8 Verwandlungen.
Guido Thielscher in 11 Verwandlungen.
Fritz Helmerding als **Wolzogen. Junkermann, Bojé.** Anfang 7½ Uhr.
Sonntag, 17. November, nachmittags 3 Uhr: Kleine Preise: **Liane, die zweite Frau.**

Palast-Theater

(früher Feen-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Mittwoch, 13. November 1901:
Ganz Berlin staunt
über das durchweg neue
Sternen-Programm.
Um 9 Uhr. Novität. Um 9 Uhr.
Die allabendlich mit jubelndem Beifall aufgenommene große Ausstattungsburleske
Grossstadtzauber
Hugo Lustig — Dir. Rich. Winkler.
Anfang Punkt 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorverkauf von 11—1 Uhr.

Theater Schall und Rauch,

Unter den Linden 44.
Mittwoch, den 13. November 1901, abends 8½ Uhr:
Don Carlos. — Kasperle-Theater.
Die Weber.
Freitag, 15. Novbr.: **Premiere.**

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Ueber den Wolken
Im Hörsaal:
Die Leicht-Metalle.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. **Sternwarte.**

Castans Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Horwarths wunderbare 6 Liliputaner
mit ihren kleinsten Pferden der Welt und Pracht-Equipage!

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Berliner Rangen.
Große Gesangsposse in 7 Bildern von G. Albert. Musik von Rob. Leonard.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Der Märchenbrunnen. Freitag: Volks-Vorstellung: Das Schloß am Meer. Sonnabend nachmittag: Kindervorstellung. Der Rattenfänger von Hameln.

Metropol-Theater.

Zum 82. Mal:
Schön war's doch.
Gr. Berliner Ausstattungsposse mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.
E. Thomas a. G. J. Josephi. H. Bender. G. Kaiser. E. de Veré. Frid-Frid.
!! Bender als Saharet !!
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.

Mit kolossalem Erfolg! Abends 9 Uhr:
König Aqua
mit dem Luftballett
„Grigolatis".
Ferner:
8 auserlesene Specialitäten.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater.

Anfang Wochentags 5 Uhr, Sonntags 2 Uhr. Ende 11 Uhr.
Lotte Sebus
der neue Stern der Variétébühne.
Auftreten 10 Uhr.
„Mascagni"
Italienisches Opern-Trio.
Auftreten 9 Uhr 30 Min.
Die 24 Togomädchen
mit ihren Kriegstänzen und Gesängen um 10 Uhr 30 Min.
16 erstkl. Nummern!

Casino-Theater.

Lothringerstr. 37.
¾10 Uhr **Berlin N.** — **Berlin W.** ¾10 Uhr.
Gr. Erfolg Atlas; reiz. Sylvia 2c.
Anf: Woch. 8 Uhr. Sonnt. 7½ Uhr.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.

Wiederauftreten von
Adolf Hoffmann.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Nach jeder Soiree: **Tanz.**
Anfang Sonntags 7 Uhr, von 5—7 Uhr Konzert.
Entree 50 und 75 Pf. Wochentags Anfang 8 Uhr. Entree 30 u. 50 Pf. Wochentags Vereinsbillets gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Philippine Welser.
Schauspiel in 5 Akten von O. v. Redwitz.
Heute Tanzkränzchen.
Donnerstag:
Der Waldteufel.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3. Vornehmst. Vergnügungslokal!
Täglich: Internationale Konzerte.
Specialität.-Doppel-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften.
Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.
Vorzügliche Küche.
Gut gepflegte Biere.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
„Rosco".
Keysel. Britton.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Cirkus A. Schumann.

Mittwoch, den 13. November 1901, abends präc. 7½ Uhr:
Zum 33. Mal:
Das größte und glänzendste Manegenschaustück der Gegenwart:
Quer durch Paris
(A Travers Paris).
Schlußakt: **Nordseebad Scheveningen.**
Vorher: Riesen-Programm.
Sämtl. neu engagierten Specialitäten.
Die neuesten Originaldressuren des Direktor Alb. Schumann.
Die wunderbar dressierten Riesen-Elefanten des Mr. Thompson.
Sämtliche Dressur-Tricks neu und unerreicht.
Ferner: Neu! Zum erstenmal auf dem Kontinent: Der phänomenale Amerikaner
Mr. **Chester Johnstone**
mit seinem vollständig neuen Akt.

Cirkus Busch

Mittwoch, 13. Novbr., abds. 7½ Uhr:
Große Vorstellung.
Broses Elefanten und Brandenburg.

Wohlfahrts-Lotterie

zu Zwecken der Deutschen Schutzgebiete.
Ziehung vom 29. Nov.—4. Dec. cr.
16870 Geldgewinne baar ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.
575000
Hauptgewinne: Mark
100000
50000
25000
etc. etc. etc.
Originalloose à 3,30 Mk.
Für Porto und Liste 30 Pf. extra.
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
Bank-Geschäft
Berlin W., Friedrichstr. 181.
Filialen:
NW., Wilsnackerstr. 63,
O., Andreasstr. 46a.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige Sonntags 5 Uhr. **Specialitäten.** Direktion: **J. M. Hütt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz** ohne Nachzahlung.

Wo amüsiert man sich grossartig?
in **Schnegelsbergs Festsälen**
Hasenheide 21 und **Jahnstrasse 8.**
Inh.: **Max Schindler.**
Heute: **Grosser Ball** und **Thaler-Regen**
verbunden mit Cigarren-, Bonbon-Regen und diversen Ueberraschungen. 27178*
Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei.

Achtung! Achtung! Achtung!

Socialdemokratischer Verein im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreise.

Am **Sonnabend, 16. November, abends präc. 8 Uhr, in den Räumen** des

„Schweizergarten" am Königsthor

Feier des 5. Stiftungsfestes.

Vokal- und Instrumental-Konzert

ausgeführt vom **„Berliner Konzert-Orchester"** unter Leitung des Herr **G. Graß.**

Festrede. 245/17*

Auftreten der **„Berliner Volkssänger-Gesellschaft Lewandowsky"** 2c.

Nach dem Konzert: **Grosser Ball.**

Billets a 25 Pf. sind in den mit Plakaten belegten Handlungen und bei den Bezirksführern zu haben.
Um zahlreiche Beteiligung bittet **Das Fest-Komitee.**

Freireligiöse Gemeinde.

Donnerstag, den 14. November, abends 8 Uhr, in Kellers großem Festsaal, Koppenstr. 29:

Großes Mustel-Harmonium-Konzert

ausgeführt auf zwei Harmonien (eins mit Celesta)
von den Herren A. Mustel und J. Bizet aus Paris
und **Gesangsvorträge von Frl. Resi Stein.**

Programme, mit Berechtigung zum Eintritt, sind für 30 Pf. außer an den für die Mitglieder bekannten Zahlstellen bei Herrn Christens, Müllenstr. 40, und abends am Eingang zum Festsaal auch für **Nichtmitglieder** zu haben. 62/5
Wir laden zu diesem hier selten gebotenen Genuß alle Musikfreunde ergebenst ein. **Der Vorstand.**

Bitte ausschneiden!

Wir sind durch folgende Telephon-Nummern zu erreichen:

1. **Centrale und Fabrik:** SW. Alte Jakobstrasse 139	Amt IV,	2754.
Ecke Hollmannstr.	Amt IV,	2755.
	Amt IVa,	8367.
	Amt IVa,	8368.
2. **Filiale Norden:** N. Brunnenstrasse 57	Amt III,	6556.
3. **Filiale Moabit:** NW. Perlebergerstrasse 11	Amt II,	4030.
4. **Filiale Charlottenburg:** Schlüterstrasse 16	Amt Chtbg.,	2318.
5. **Filiale Westen:** W. Genthinerstrasse 19	Amt VIa,	12075.
6. **Filiale Süden:** SW. Yorkstrasse 89a	Amt VIa,	12076.
7. **Filiale Südost:** S. Plan-Ufer 89/90	Amt IVa,	8116.
8. **Filiale Osten:** O. Weidenweg 72	Amt VIIa,	8257.

11 Fernsprech-Anschlüsse

stehen somit bereit, die Wünsche der Auer-Gasglühlicht-Konsumenten auf kürzestem Wege der Ausführungsstelle zu übermitteln. Wir bitten, von diesem Sprechnetze in allen Fällen, wo Sie

über Ihre Beleuchtung

Auskunft und Rat, oder falls Sie Auer-Glühkörper, Kronen, Ampeln, Lyren, Hänge- und Stehlampen etc. wünschen, ausgiebigen Gebrauch zu machen und im Interesse der

schnellsten Lieferung

sich des Fernsprech-Anschlusses der Ihrer Wohnung **zunächst** gelegenen Geschäftsstelle zu bedienen.

Auergesellschaft

Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft
Berlin.

Achtung! **Achtung!**

Alle in der Lederfabrikation beschäftigten Arbeiter

als Weißgerber, Lohgerber, Färber usw.

Freitag, 15. Novbr., abends Punkt 8½ Uhr, im Marienbad, Gadstraße 35:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Richard Weisse** über: **Der Apotheken-Boykott**, seine Ursachen und welches Interesse haben die Mitglieder? Die Arztfrage. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. 1834b

Im Interesse jedes Mitgliedes muß es liegen, für pünktlichen und zahlreichen Besuch zu sorgen.

Die Agitationskommission.

Orts-Krankenkasse für das Gewerbe der Tischler u. Pianoforte-Arbeiter zu Berlin.

Donnerstag, 21. Nov., abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

General-Versammlung

der

Vertreter der Kassenmitglieder und Arbeitgeber. 1836b

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Wahl von 5 Vorstandsmitgliedern der Arbeitnehmer. 3. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern der Arbeitgeber. 4. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung. 5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Mittwoch, 13. Nov., abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:

Oeffentlicher Vortrag

des Herrn **Dr. med. Kulps-Hasse** über:

Sexual-Hygiene.

(Nur für Herren.)

Eintritt 20 Pf. Billets nebst Broschüre sind von ½8 Uhr am Saaleingang sowie vorher im Reformbad, Dessauerstr. 31, erhältlich.

Der Ueberschuß ist für die notleidenden Bauern bestimmt.

Naturheilmethode!

Donnerstag, den 14. November, abends 8½ Uhr, in Rixdorf bei Gröpler, Bergstr. 144:

Oeffentliche Versammlung.

Die Lungentuberkulose (Schwindsucht) und Prof. Robert Koch auf dem Londoner Tuberkulose-Kongreß. 1849b

Referent: Herr **E. Köhler.**

An der Lungenschwindsucht leiden etwa 1 200 000 Menschen. Es empfiehlt sich deshalb, das Wesen, Verhütung und Heilung dieser Krankheit kennen zu lernen.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Donnerstag, den 14. November, abends 8½ Uhr:

Branchen-Versammlung der Gürtler u. Drücker

im Gewerkschaftshause (Saal I), Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Robert Schmidt** über: „Die sozialpolitischen Aufgaben der Gewerkschaften." 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! **Former.** **Achtung!**

Am 15. November d. J. muß der Uebertritt der Mitglieder des Central-Vereins der Former und Berufsgenossen zum Deutschen Metallarbeiter-Verband erfolgt sein. Die Kollegen werden ersucht, den Termin nicht vorübergehen zu lassen, da sonst alle Rechte gegenüber dem Verband verloren gehen. Später sich Meldende können nur als neue Mitglieder aufgenommen werden.

122/4 **Das Agitations-Komitee der Former.**

Centralverband der Maurer.

Zahlstellen Berlin und Umgegend.

Freitag, 15. November, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15:

Mitglieder-Versammlung

aller zum Lohngebiete Berlin u. Umg. gehörigen Verbands-Zahlstellen.

T.-O.: Stellungnahme zu den diesjährigen Verhandlungen über die Verlängerung des Arbeitsvertrages.

Mitgliedsbuch legitimiert — ohne dasselbe kein Eintritt. 144/5*

Um regen Besuch ersucht **Die Verbandsleitung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 15. November, abends 8½ Uhr, bei Bauer, Rosenthalerstr. 57: 106/20

Branchen-Versammlung der Stellmacher.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Wiesenthal über: Die Geschichte der Gewerkschaften. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Die Kommission.

Achtung! Landsleute Achtung!

des Wahlkreises Wittenberg-Schweinitz.

Donnerstag, 14. November, abends 8½ Uhr, Anhalt. Ressource, Möckernstr. 114: 292/10

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die Agitation zum 20. Dezember. 2. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Einberufer: P. Großmann, Nollendorfstr. 27.

Konsum-Verein Charlottenburg.

Aktiva.	Bilanz.	Passiva.
Kassenbestand	6825,87	Dispositionsfonds	98,86
Warenbestand	5662,20	Geschäftsanteile-Conto	7297,43
Inventar-Conto	2165,30	Reservefonds	1289,88
Einrichtungs-Conto	882,01	Dividenden, nicht abgehobene	99,34
Debitoren	65,—	Kautions-Conto	900,—
Lagerhalter I, Manko	6,02	Debitoren	1551,50
		Reingewinn	3669,39
	Summa 14 906,40		Summa 14 906,40

Es sollen 4 Prozent Einkaufs-Dividende verteilt werden. Die Bilanz und Nachrechnung liegen im Geschäftslokal aus.

265/13 **Der Vorstand.** **Der Aufsichtsrat.**

Patzenhofer Marine-Bräu,

ist ein vollmundiges Bier, aus feinstem Hopfen und edelstem Malz, von ausgezeichneter Bekömmlichkeit. [2345L*

Preis frei Haus:

30 Fl.	M. 3,—
½ To.	M. 3,25
⅓ To.	M. 2,65

Patzenhofer Brauerei

NO., Landsberger Allee 24/27.

NW., Strom-Straße 11/16.

Briquetts Marie

prima Qualität.

November-Preise.

Großformat 7" 1000 Stck. 8,50 M.

Bei Abnahme von 3000 Stck. frei Keller, Boden 25 Pf. per 1000 Stck. mehr.

Bei ganzen Waggons billigste Preise in Salon- und Industrie-Briquetts. Würfelbriquetts per Centner ebenfalls billigst. [138/4

G. Schönherr u. Co.,

Grosse Frankfurterstr. 92.

Abt. Kohlen-Engr. — Teleph. 7a, 6475.

Steppdecken

kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik

B. Strohmandel, Berlin S. 72, Wall-Strasse 72,

wo auch alle Decken aufgearbeitet werden. 2668U*

Einladung

zur

ordentl. Generalversammlung

der gewählten Vertreter der

Orts-Krankenkasse

für den Gemeindebezirk Lichtenberg

zum

Sonnabend, den 23. Nov. d. J., abends 8 Uhr,

im großen Saale des „Schwarzen Adlers" hierselbst, Frankfurter Chaussee 120.

Tagesordnung:

I. Neuwahl

a) von zwei Vorstandsmitgliedern aus der Zahl der Arbeitgeber durch die Delegierten der Arbeitgeber auf die Wahlperiode 1901 bis 31. Dezember 1904 und

b) von vier Vorstandsmitgliedern aus der Zahl der Arbeitnehmer durch die Delegierten der Arbeitnehmer für die oben genannte Wahlperiode.

II. Wahl des aus drei Mitgliedern bestehenden Ausschusses zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres.

III. Mitteilungen des Vorstandes über die Verwaltung der Kasse und die Wahrnehmung der Interessen der Kassenmitglieder.

IV. Vorlegung des mit dem Rendanten abgeschlossenen Anstellungs-Vertrages und dessen Nachträge.

V. Aenderung des Statuts.

Die jedem Delegierten noch zugehende besondere Einladung ist als Legitimation zur Generalversammlung mitzubringen. 275/14

Lichtenberg, den 11. Nov. 1901.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse.

R. Clement, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse

der Stellmacher.

Mittwoch, den 20. November, vormittags 9½ Uhr, im Lokal des Herrn **Nümann,** Brunnenstraße Nr. 188:

Ordentliche

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Wahl von 3 Vorstandsmitgliedern, 1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer. 2. Ersatzwahl eines Vorstandsmitgliedes (Arbeitgeber). 3. Wahl von 3 Revisoren für das Jahr 1901. 4. Statutenänderung. 5. Beschlußfassung über Erhöhung des Arzthonorars. 6. Antrag des Vorstandes über Aufhebung der Kasse. 7. Innere Kassenangelegenheiten.

Der Vorstand. J. A.: **F. Josowski,** Vorsitzender. 1847b

Paletot

Anzüge nach Maß von 25,— M. an, wer selbst Stoff hat, von 17 M. an, mit ff. Zuthaten, liefert 2449U*

Tomporowski, Schneidermeister, **Neanderstr. 16. II.**

Bei teureren Anzügen von 50 M. an, Teilzahlung monatl. 10 M. gestattet.

Orts-Krankenkasse

der

Sattler

u. verwandter Gewerbe zu Berlin.

Mittwoch (Bußtag), den 20. November 1901, mittags 12 Uhr:

Ordentliche

General-Versammlung

der in den Wahlversammlungen vom 13. und 15. Oktober 1900 bezw. 30. Oktober 1901 gewählten Vertreter der Kassenmitglieder und Arbeitgeber

im

„Gewerkschaftshaus", Saal I, Engel-Ufer 15.

Tagesordnung:

1. In getrennter Wahlversammlung: Ergänzungswahl von 2 Mitgliedern der Arbeitgeber zum Vorstand, Ergänzungswahl von 6 Mitgliedern der Arbeitnehmer zum Vorstand.

2. In gemeinschaftlicher Generalversammlung: 1. Wahl des Rechnungsausschusses; 2. Beschlußfassung über den mit den Aerzten abzuschließenden Vertrag für 1902; 3. Antrag des Vorstandes auf Erhöhung der Beiträge; 4. Aenderung der §§ 2, 4 und 29 des Statuts; 5. Anträge zu dem am 8. Dezember 1900 gefaßten Beschluß betreffend Aufhebung oder Abschließung des Dienstvertrages mit den Beamten; 6. Verschiedenes.

Nur die mit Legitimation event. Mitgliedsbuch versehenen Vertreter haben Zutritt.

Sollte die Tagesordnung in dieser Versammlung nicht erledigt werden, dann findet die Fortsetzung am Sonnabend, den 23. November, im „Gewerkschaftshaus" statt.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand

der Orts-Krankenkasse der Sattler und verwandter Gewerbe zu Berlin.

J. A.: 275/13

Gustav Schillmann, Vorsitzender, S. 42, Prinzenstr. 38, vorn II.

Paul Jenner, Schriftführer, N. 28, Swinemünderstr. 4, vorn II

Charlottenburg. Konsum-Verein.

General-Versammlung

am **Mittwoch, 20. November,** nachmittags 3 Uhr, in der **Gambrinus-Brauerei,** Wallstraße 94.

Tagesordnung:

1. Berichte des Vorstandes und Aufsichtsrates. 2. Anträge und Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinns. 3. Antrag auf Gehaltserhöhung für den Geschäftsführer. 4. Wahl eines Vorstandsmitgliedes. 5. Wahl von vier Aufsichtsrats-Mitgliedern. 6. Allgemeine Mitteilungen.

Nur Mitglieder haben Zutritt. Mitgliedskarte legitimiert. 265/15

Der Aufsichtsrat des Konsum-Vereins. E. G. m. b. H.

Dr. B. Borchardt, Vorsitzender.

Herren-Vortrag

Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10, über: „Sogenannte unheilbare Männerleiden". Mittwoch, den 13. Novemb., abends 8½ Uhr, im Ostbahnhof-Restaurant, Küstriner-Platz. 18435

Nur für Herren! Eintritt frei!

Das beliebteste aller **Hustenmittel** sind infolge des angenehmen Geschmacks und der durchaus sicheren Wirkung meine echten **Spitzwegerichsaft-Bonbons.**

Nur allein zu haben bei **Gustav Behm,** Berlin O, Frankfurter Allee 120. **G. R. Prenzel,** Prinz Handjerystr. 47. **G. R. Prenzel,** Hermannstr. 227.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Vorjährige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II.

Ausverkauf: Knabenanzüge, Knabenpaletots, Mädchenkleider, Mädchenmäntel allerbilligst. O. Hoffmann, Veteranenstraße 14. 878R*

Knabenanzüge, Knabenjoppen, Knabenpaletots, spottbillig, Riesenauswahl. Rosenberg, Kottbuserdamm 93.

Rosenberg, Kottbuserdamm 93. Billigste Einkaufsquelle. Damenjacketts, Sackpaletots, Damencapes, Röcke, Krimmerkragen. Spottbillige Preise. 877R*

Rosenberg. Kottbuserdamm 93. Mädchenkleider, Mädchenjacken, Mädchenmäntel, enorme Auswahl. Rosenberg, Kottbuserdamm 93.

Restehandlung. Stoffe zu Damenjacketts, Capesstoffe, Krimmer, Plüsche, Astrachan, Pelz, Pelzbesätze in enormer Auswahl. Reste zu Knabenanzügen, Paletots, Kindermäntel; Zuschnitt gratis. Rosenberg, Kottbuserdamm 93.

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. **Besser Sachen** enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Barnimstraße 4 und 5. [9242*

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 9063*

Stoffe, Herrengarderobe, wegen Aufgabe billig zu verkaufen. Neanderstraße 25. 1674b*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 119/14*

Spottbillig! Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Uhren, Winterpaletots verkauft Leihhaus, Neanderstraße 6. 137/5*

Große Betten, 11 Mark an, echt chinesische Mandarinendaunen Pfund 1,90. Fabriklager Landsberger Allee Nr. 37, I. 8422*

Bettstellen, Messing, reseda-grün, Patentmatratzen 40,— Rappold, Pflugstraße 17, Quergebäude. 1755b

Teppiche mit Fehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Nähmaschinen und Feuer-Versicherung vermittelt Gustav Schmidt, Sofastraße 43, Hof Keller. 857b

Gasheizöfen! Sparsysteme! Sechs, Neun-, Reflektoröfen 13,00, Zweiloch-gaskocher 3,00, Dreilochgaskocher 9,00, geschlossene Gaskocher 10,00, Gasbadeöfen 8,00, Gasplätteisen billig! Wohlauer, Wallnertheaterstraße zweiundreißig. 1101b

Heizapparate für Stuben 4,50, für Küche 1,75, Sofastanstraße 4. [*

Kanarienroller verkauft Siegfried, Reinickendorferstraße 25b. 1790b

Einzelne Musterstühle 15 Pfennig, bessere Sachen staunend billig verkauft das Fabrikcomplott früher Barnimstraße, jetzt **Kaiserstraße 20a,** I, Ecke Alexanderstraße. 923R*

Damenmäntel, Kindermäntel, spottbillig! Keine Ladenmiete! Straußbergerstraße 30. 138/2*

Nähmaschinen, preiswerteste Bezugsquelle, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadtteilen sofort, Landsbergerstraße „82", Köpnickerstraße 60/61. 1121b*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Möbel kauft man horrend billig bei kolossaler Auswahl. Möbelfabrik Hirschowitz, Mariannenstraße 7a.

Singermaschine billig. Seibel, Swinemünderstraße 11, vorn 1V, nach vier. 9148b

Posamentiergeschäft zu verkaufen Charlottenburg, Kaiser Friedrichstraße 48. Ramscher verbeten. 1840b

Vermischte Anzeigen.

Zither-Unterricht erteilt gründlich Luise Rabe, Jahnstraße 6, Quergebäude 4 Treppen. 1789b

Rechtsbureau, Tettowerstraße fünfundvierzig. Eingabengesuche, Rat erteilung. 921R*

Rechtsbureau, Rechtshilfe, Eingabengesuche, Interessenvertretung, Andreasstraße dreiundsechzig. 1831b*

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Putzger, Steglitzerstraße 65. 1740b*

Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57, Auskunft bis abends neun. 767R*

Kostümröcke von 5,00 an fertige nach Maß, jede Art Damenschneiderei elegant, billigst Schönberg, Kaiser Friedrichstraße 15, Laden. 1673b*

Kostümröcke von 5,00 an, fertige nach Maß. Jede Art Damenschneiderei elegant, billigst. Neanderstraße 25, parterre links. 1672b*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre.

Uhren repariert Fiade, Putbuserstraße 45. †78*

Malerarbeiten, Schilder, Stuben, Kücheneinrichtungen streicht Kothe, Boockstraße 37. [†121*

Meyerlexikon, Brockhaus und alle andren Bücher kauft, beleiht Hammermann, Kochstraße 56, I Amt VI, 3397. 885K*

Vivisektion! Wer sich über diese ruchlose Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierschutzverein Berlin, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b

Augustabad, Köpnickerstraße 60 Bäder jeder Art für sämtliche Krankenkassen. 730R*

Barrisch Gesellschaftssäle, Trifftstraße 41, Säle, Vereinszimmer, Winter-Kegelbahn zu vergeben. [889R*

Vereinszimmer, gerdunig, Simeonstraße 23. 845R*

Rechtsbureau Julius, Elsasserstraße 55. 1844b

Wer leiht die Kosten zur Einreichung eines Patentes? Risiko ausgeschlossen. Adresse unter A. b Expedition dieses Blattes.

Vorwärts-Nummern. Wer überläßt mir gesammelte Vorwärts-Nummern (ohne Unterhaltungs-Beilage) vom November 1901, später vom Dezember usw.? Zimmermann, An der Stadtbahn 48/9, Hof. 1839b

50 Pfennige! Stellungsgesuche, Bittschriften! Allerbilligst: Rechtssachen, Unfallsachen, Berufungen, Ratserteilungen, Militärsachen. Lindenstraße 38. 1846b

Vermietungen.

Mietsgesuche.

Sofort möblierte Schlafstelle (allein) gesucht. Offerten-Preisangabe Expedition dieses Blattes unter A. b. 1845b

Zimmer.

Möbliertes Zimmer und Schlafstelle für junge Leute zu vermieten. Kielpinski, Kopenhagenerstraße 1, Ecke der Schönhauser Allee, Vorderhaus, 4 Treppen. †56

Möbliertes Zimmer für Dame. Bandelstraße 14, Hinterhaus II, Strempel. †79

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Pflugstraße 27, A. Gläser.

Stellenangebote.

Einschaaler und Hilfsarbeiter werden verlangt bei Löhrich, Pankstraße 32 d.

Streichelewicz-Gesellschaft, Pankow, Wollankstraße 111. Noch frei: Totensonntag, zweiten Weihnachtsfeiertag-Abend, 28. und 29. Dezember, sowie ersten Weihnachtsfeiertag, Marines.

Selbständige Arbeiter auf Kostümröcke wollen sich mit Vorlage von Mustern melden, Hirsch u. Joseph, Kurstraße 38. 1841b

Buchdrucker-Lehrlinge. Kost, Kleidung frei, Nähe Berlins gesucht. Auskunft Brenner, Invalidenstraße 144. 134/12

Klavierspieler eventuell Spielerin für Sonnabend und Sonntag sucht Schröter, Kolonistraße 129. 1835b

Tüchtigen Rahmennagler verlangt Borchardt, Grüner Weg 2. †96

Kartonarbeiterinnen verlangt Tappert, Höchstestraße 14. †87

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Schleifermeister mit Kaution zur selbständigen Leitung einer **Metallschleiferei und Vernickelungsanstalt gesucht.** Offerten O. B. 8261, **Rudolf Mosse,** Frankfurterstr. 33.

Stahlschreibfeder-Fabrik

im Auslande sucht tüchtigen fleißigen Arbeiter zum sofortigen Eintritt, der das **Ausschneiden** und **Lochen** der Stahlfedern versteht und in derselben Eigenschaft bereits viele Jahre in einer Stahlfeder-Fabrik beschäftigt war. Offerte mit Angabe der Gehaltsansprüche und bisheriger Verwendung an die Expedition des „Vorwärts" unter **W. 4.** 2743U*

Verantwortlicher Redacteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Badina** in Berlin.

Der Humorist von Klein-Tschirne.

Graf Pückler, der am Sonnabend zu 300 M. Geldstrafe wegen Aufreizung zum Klassenhaß verurteilte Antisemitenführer, trat am Montagabend nach längerer Zeit zum erstenmal wieder in einer öffentlichen Volksversammlung auf. Ein Polizei-Aufgebot von etwa 30 Schutzleuten hielt die Zugänge zu dem Versammlungslokal, den „Konkordia-Festsälen", besetzt. Als Redner waren Graf Pückler, der über „Die Macht des Judentums", und Redacteur Bachler von der „Staatsbürger-Zeitung", der über „Die Chamberlainschen Beschimpfungen der deutschen Krieger von 1870/71" sprechen sollte, angekündigt. Mit stürmischem Beifall empfangen, führte Graf Pückler etwa aus: Er begrüße seine lieben Berliner nach langer Abwesenheit von der Reichshauptstadt, in der er schon oft über die Macht des Judentums habe sprechen und darlegen dürfen, wie heilig und ernst der Kampf gegen das Judentum sei, und wie man nicht ruhen dürfe, bis das ganze fremde Judengesindel erschlagen am Boden liegt". (Stürmischer Beifall.) In der Zwischenzeit sei ihm eine höchst merkwürdige Geschichte passiert. Er habe nämlich in Sachsen eine Rede gehalten und in dieser habe die Dresdener Staatsanwaltschaft eine Anreizung zu Gewaltthätigkeiten gegen das „jüdische Gesindel" erblickt und die Folge sei eine Anklage gegen ihn gewesen. Er habe sich nun dem Gericht aber nicht gestellt und da habe man ihn denn vor einigen Wochen verhaftet. (Hört! hört!) Und das ging so zu! Es kam der Amtsvorsteher von Klein-Tschirne und ein Dresdener Gerichtsdiener morgens früh um 7 Uhr zu mir und sie sagten, sie müßten mich verhaften, ich sollte doch ja mitkommen und keine Schwierigkeiten machen, sonst müßten sie Gewalt anwenden. Ich war baff. (Heiterkeit!) Man wollte mich, einen preußischen Rittergutsbesitzer und Grafen mir nichts, dir nichts verhaften. Na ich ging aber doch mit und sagte zu dem Gerichtsdiener: Hören Se, mei Kutester, det is doch eine kolossale Unverschämtheit, det Sie mich, mich den Grafen Pückler, verhaften wollen. Eigentlich müßte ich Sie jetzt nehmen und in den Schloßkeller von Klein-Tschirne sperren! (Heiterkeit.) Da erbleichte der Mann. (Erneute Heiterkeit.) Ja, sagte ich, und dann müßten Sie mal da unten so acht Tage bei meinen Mäusen und Ratten brummen. Da würde Ihnen wohl denn die Lust vergehen, einen preußischen Rittergutsbesitzer verhaften zu wollen. (Große Heiterkeit.) Der Mann erbleichte immer mehr und sagte: Ach nee, Herr Graf, des hätten Se wohl doch nich gedahn. Wat, sagte ich, nich jethan? Männeken, Sie dhun mir bloß leid. (Anhaltende Heiterkeit.) Na un denn ließ ick anspannen und denn jondelten wir los zum Bahnhof. Uff'en Bahnhof sage ick rund heraus: Gerichtsdiener, ick fahre erster, selbstverständlich und Sie werden natürlich Dritter fahren, sonst fahre ick überhaupt nich mit. (Heiterkeit.) Aber härnse, sagt er da, des geht doch garnich, Herr Graf! Ach wat, sage ick, ob det jeht. Denken Sie, ick werde mit Ihnen Dritter fahren? Na denn fahre ich ähm ooch Erschter, sagt der Mann. Na da lache ick natürlich un sage: Det jiebt et nich, Mann, ick werde doch nich mit Ihnen zusammen Erster fahren als preußischer Rittergutsbesitzer. Wo denken Sie hin? Na, er stieg dann Dritter ein (!), ich Erster (!) und so jondelten wir los. Auf dem Bahnhof in Jüterbog, wo wir um eins ankamen, holte ich mir denn den Mann und sagte ihm, ich würde jetzt einen ganz energischen Fluchtversuch machen. (Stürmische Heiterkeit.) Na, da schrie er wieder Ach und Weh, er würde seine Stellung verlieren und so — na und da bin ich denn wieder mitjefahren. Als wir in Dresden ankamen, nahm ick ne Droschke und jondelte mit ihm zum „Europäischen Hof" (dem ersten Hotel in Dresden). Da verkehre ick immer un wie nu der Oberkellner kommt, sage ick: Ober, ick bin verhaftet und hier steht der Mann, der mich verhaftet hat. Und der Mann erblaßte zum drittenmal. (Heiterkeit.) Is das nich ne riesenhafte Frechheit, was? Mich, einen schlesischen Rittergutsbesitzer zu verhaften! Nachdem ich mich dann erholt hatte, ging ich mit meinem Gerichtsdiener zum Landgericht. Na, die Verhandlung hat mir jar nich jefallen. Der Präsident fragt jleich: Geben Sie zu, daß Sie gesagt haben: Jeder Jude soll Dresche kriegen? Jawoll! sage ick. Geben Sie auch zu, daß Sie gesagt haben: Man soll die Juden mit Keulen und Dreschflegeln totschlagen, wo man sie trifft? Jawoll! sage ick. Und geben Sie auch zu, gesagt zu haben: Wir wollen ja die Juden nicht totschlagen, aber Haue müssen sie haben, Keile müssen sie kriegen, ganz unbändige Keile, daß ihnen die Schwarte knackt? Jawoll! sage ick. Na, det jenügt! sagte er. Und es jenügte ooch. (Heiterkeit.) Denn wie se wieder rauskamen, war ich zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Na, ich wollte dann noch jleich wieder nochmal ne Versammlung in Dresden abhalten. Aber die Dresdener hatten Angst gekriegt und wollten keine Versammlung mehr machen. Da bin ich denn losjejondelt, denn mit Leuten, die Angst kriegen, will ich nischt zu thun haben. (Beifall.) Wer immer feige hinterm Ofen sitzt, wird niemals was erreichen. — Als der mutige „preußische Rittergutsbesitzer, Graf und Patriot" aber zum zweitenmal verhaftet werden sollte, um nach Berlin überführt zu werden, drückte er sich doch zur rechten Zeit und fand sich zum Termin selber ein. Er beklagte sich bitter über die Behandlung, die ihm der Präsident zu teil werden ließ: Die wissen ja nicht mal, meinte er, wie sie die Leute behandeln sollen. Ich verlange als preußischer Rittergutsbesitzer, Graf und Patriot Respekt und Achtung und der Deubel soll mir den holen, der mir diese Achtung nicht entjejenbringt. (Stürm. Beifall!) Ich stehe jetzt auf dem Standpunkte, daß man unsren Behörden und namentlich den Herren am grünen Tisch energisch und barbarisch die Wahrheit geigen muß, so geigen, daß die Kerle auf den Rücken fallen. (Heiterkeit und Beifall.) Nicht wahr, das wäre ein famoser Anblick, wenn die Leute da in Moabit unterm Tische lägen und ich stolz wie ein Spanier den Saal verließe? (Donnernde Heiterkeit.) In diesem Augenblick erhebt sich der überwachende Polizeilieutenant und bemerkt dem Redner: Ich muß dringend ersuchen, eine andre Tonart anzuschlagen. Ich habe lange genug Geduld gehabt! Graf Pückler (fortfahrend): Ja, so ist es mir also in Moabit ergangen. Und weshalb? Bloß weil ich hier in Berlin in einer Versammlung wie dieser gesagt habe, man sollte die ganze Judenbande aus dem Lande schmeißen und einige Salven auf sie abjeben, daß sie wie die Hasen davonlaufen. Na, das war doch selbstverständlich nur humoristisch gemeint. Das kann ich Ihnen sagen, wenn ich in Klein-Tschirne zu befehlen hätte, so würde ich dekretieren: § 1. Jeder Jude kann durchgehauen werden. (Heiterkeit.) § 2. Jeder Jude kann rausjeschmissen und mit Dreschflegeln verdroschen werden. (Heiterkeit.) § 3. Jeder sehr freche Jude kann sojar aufjehangen werden. (Donnernde Heiterkeit.) Na sehen Sie, das fassen Sie doch auch scherzhaft auf. Eigentlich müßte man auch so über mein Urteil lachen, wenn es nicht so traurig wäre, daß sich darin wieder die Furcht vor den Juden zeigt. Unsre Behörden laufen eben wie doll und verrückt hinter den Juden her und ... (der überwachende Polizeilieutenant setzt den Helm auf, ruft: Silentium! und erklärt die Versammlung für aufgelöst). Die Versammelten stimmen „Deutschland, Deutschland über alles!" an und verlassen den Saal.

* * *

Es ist ja zweifellos, daß der humoristische Dreschgraf, Patriot und Rittergutsbesitzer, übergeschnappt ist. Gleich wohl bethätigen sich auch in diesem verwirrten Hirn noch sehr scharf und charakteristisch die feudalen Eigenschaften eines preußischen Edelsten, der über die Frechheit sichen trüstet, daß man ihm zumutet, er solle sich dem Gesetz der plebejischen Rechtsgleichheit unterwerfen.

Was der Graf in seiner Verrücktheit von seinen Standesanschauungen offen ausplaudert, das denken in Wahrheit die meisten seiner höchst gesunden Rangkollegen. Der Graf, der einen in dienstlichem Auftrag kommenden Beamten in den Keller zu den Ratten und Mäusen sperren will, stammt in gerader Linie von den raubritterlichen Ahnen ab, die in derlei Scherzen ihr höchstes Vergnügen fanden. Insofern verrät der verdrehte Mann doch nur den Instinkt seiner Rasse und Klasse.

Daß die tollen Reden des Grafen aufreizend wirken können, glauben wir auch nicht, obwohl es genug Idioten giebt, die seinen klobigen Späßen zujubeln. Bemerkenswert aber ist doch die Schonung, die der Rittergutsbesitzer, Graf und Aristokrat genießt. Ein socialdemokratischer Ehrenmann, der dem Preßgesetz zum Opfer fiel, wird gefesselt über die Straße geschleppt. Der Graf, der sich weigert, an Gerichtsstelle zu erscheinen, fährt erster Klasse und zwingt seinen vor Angst zitternden Transporteuren dritter Klasse zu reisen!

Wir haben gar nichts dagegen, daß man auch dem Narren Freiheit gewährt, nur wäre zu wünschen, daß man auch ein wenig von der Freiheit, die einem Pückler zu teil wird, vernünftigen Bestrebungen gönnt. —

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Meine Wohnung befindet sich vom 13. November ab Barutherstr. 22, vorn parterre, Ecke der Zossenerstraße. Paul Scholz, Vertrauensmann.

Rixdorf. Der Socialdemokratische Wahlverein hält **heute** abend 8½ Uhr seine Mitglieder-Versammlung bei Thomas, Hermannstr. 49, ab. Da auf der Tagesordnung die Handelsverträge stehen, so werden die Mitglieder ersucht, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Ober-Schöneweide. Heute, Mittwoch, abend 8½ Uhr, findet bei John eine Versammlung des Wahlvereins statt. Reichstags-Abgeordneter Rosenow hält einen Vortrag über: „Der deutsche Bauernkrieg". Die Mitglieder werden ersucht, Mitglieds- und Bibliothekbücher mitzubringen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Lokales.

Der städtische Kampf gegen die Ratten.

Die Rattenplage ist in den verschiedensten Zweigen der städtischen Verwaltung arg fühlbar geworden. In erster Reihe die Marktballenverwaltung, dann aber auch das städtische Obdach und eine Reihe andrer Verwaltungen führen seit längerer Zeit einen lebhaften, aber fast aussichtslosen Kampf gegen die Ratten. Insbesondere seitdem die hungrigen Ratten als Träger einer Reihe Krankheiten denunziert sind, ist der Kampf gegen sie ein recht lebendiger geworden. Kammerjäger, Hunde und Fallen sind in angestrengtester Thätigkeit. Allerlei Mittel wurden versucht und an Geld wurde nicht gespart. Beträgt doch beispielsweise die einem Kammerjäger gewährte Extravergütung für seine vermehrte Jagdarbeit so viel, daß Kopf und Schwanz der von ihm eingefangenen Thiere auf mehr als eine Mark extra zu stehen kommt. Die Rattenplage bildete auch einen der Beschwerdepunkte, der in der mit der Untersuchung des Falls Hoffmann-Schulze betrauten Kommission der Obdachsverwaltung vorgetragen ist. Seit einiger Zeit ist dem ärgsten Uebelstand im Obdach auf diesem Gebiete dadurch etwas abgeholfen, daß die in die Schlafsäle führenden Leitungen mit fest angeschraubten Deckeln versehen sind; bislang wurden die leicht abnehmbaren Deckel häufig in unbefugter Weise entfernt. Ferner ersuchte der Vorsitzende der Obdachsverwaltung sowohl die Bauverwaltung wie das Reichs-Gesundheits-Amt um Angabe geeigneter Abhilfemittel. Die erstere schlug eine fein ausgeklügelte Vergitterung der Kanalisationszugänge vor, die die Kleinigkeit von 40 000 Mark gekostet und schließlich wohl lediglich zu einer Einengung der Bewegungsfreiheit der Ratten, nicht aber zu ihrer Vernichtung geführt hätte. Ein weit erfreulicheres Resultat hatte die Anfrage bei dem Reichs-Gesundheitsamt. Das Antwortschreiben des Reichs-Gesundheitsamts ist uns zur Verfügung gestellt. Es ist von so großem, über den Rahmen der städtischen Verwaltung weit hinausgehendem Interesse, daß seine wörtliche Wiedergabe angebracht erscheint. Es lautet:

Der Präsident
des Kaiserlichen Gesundheitsamtes.
Nr. 8621.

Berlin, den 19. Oktober 1901.

Dem Magistrat teile ich auf die gefällige Anfrage vom 4. d. M. (2290 St. O. I 01) ergebenst mit, daß zur Vertilgung von Ratten, Mäusen u. dergl. zwei bei gewöhnlicher Temperatur leicht in Gasform übergehende Flüssigkeiten: Schwefelkohlenstoff und Piktolin mit Erfolg Anwendung gefunden haben. Der Schwefelkohlenstoff hat sich nach praktischen Versuchen im Gesundheitsamte und an andrer Stelle zur Bekämpfung von Ratten, Mäusen, Hamstern im freien Lande bewährt. (Vergl. Anlage.) Der Feuersgefahr wegen eignet er sich nicht zur Anwendung in Stallungen und Wohnräumen. In geschlossenen Räumen empfiehlt sich vielmehr die Benutzung von Piktolin, eine Mischung von flüssiger Kohlensäure und schwefeliger Säure, die von der Aktiengesellschaft für flüssige Gase (Raoul Pictet u. Co.), Berlin N., Wattstr. 3 und 4, in den Handel gebracht wird. Die Anwendung bietet keinerlei Gefahr für die Gesundheit, sofern die betreffenden Räume nicht betreten und vor der Wiederbenutzung in ausreichender Weise gelüftet werden. Vor der Einleitung des Gases müssen Pflanzen und Tiere, z. B. Vögel, aus den Räumen entfernt werden. Die Einzelheiten der Anwendung (die erforderliche Menge des Piktolins, die Dauer der Einwirkung usw.) werden am besten an Ort und Stelle durch die Lieferanten des Piktolins angegeben. Wenn es feststeht, daß die Ratten und Mäuse von den in der Nähe befindlichen unbebauten Ackerflächen einwandern, so ist es zweckmäßig, die Baue auf dem freien Felde aufzusuchen und dort nach Anweisung der Anlage mit Schwefelkohlenstoff zu beschicken.

gez. Köhler.

Die in diesem Antwortschreiben in Bezug genommene Anlage ist das Flugblatt Nr. 10 (vom September 1901) der biologischen Abteilung des kaiserl. Gesundheitsamtes. In demselben wird in ausführlicher Weise von Dr. Arnold Jakobi dargelegt, in welcher Weise der in hohem Grade feuergefährliche Schwefelkohlenstoff in von Hamstern bewohnte Baue eingebracht wird. Auf Anregung der Obdachsverwaltung ist Abschrift des Gutachtens des kaiserl. Gesundheitsamtes allen städtischen Verwaltungen zur Kenntnis gegeben. Hoffentlich gelingt es nun endlich, der ekelerregenden und höchst gesundheitsschädlichen Rattenplage ein Ende zu bereiten und den Ruhmeskranz des kaiserl. Gesundheitsamtes um ein Blatt mit der Aufschrift zu vermehren: „Triumph der Wissenschaft über die Ratten."

Wie schützen sich die Krankenkassen gegen Taxüberschreitungen der Apotheker? Das einfachste Mittel wäre, die Apotheker wegen des Mehrbetrages civilrechtlich zu verklagen und sie außerdem wegen Taxüberschreitung der Staatsanwaltschaft zu übergeben. Eine hiesige Krankenkasse, die durch Nachrevision der Rezepte von den 70 zugelassenen Apotheken bei 65 solche Mehrberechnungen feststellen konnte, wollte aber nicht gleich so weitgehen und benachrichtigte daher zuvor die betreffenden Apotheker von den Taxüberschreitungen, ihnen anheimgebend, in Gegenwart des Rezeptrevisors die betreffenden Rezepte auf dem Kassenlokal einzusehen. Die Mehrzahl der Herren war auch erschienen und der Erfolg war ganz nach Erwarten. Die Taxüberschreitungen wurden bestritten, man schimpfte weidlich — und bezahlte. Einer der Herren that aber noch ein übriges, er setzte sich hin und schrieb einen Artikel für die „Apotheker-Zeitung". Daß er hier die Vorgänge auf dem Kassenlokal entstellt wieder gab, dem Rezeptrevisor halb idiotische Taxauslegungen unterschob, ist selbstverständlich und interessiert hier nicht, aber keineswegs darf der Oeffentlichkeit vorenthalten werden, wie der Herr Anonymus sich und seine Kollegen vor weiteren Verfolgungen zu schützen gedenkt. Er empfiehlt, in Zukunft die Rezepte einfach nicht mehr abzustempeln, d. h. so den Krankenkassen die Kontrolle, in welchen Apotheken die Rezepte angefertigt wären, zu nehmen. Man darf die Bedeutung dieses Vorschlages nicht unterschätzen. Wenn in Zukunft bei einem nicht abgestempelten Rezept eine Taxüberschreitung festgestellt wird, so wird man unbedingt auch den Dolus voraussetzen müssen und dann bliebe wirklich nur ein Weg — die strafrechtliche Verfolgung. Daß andrerseits den Krankenkassen für den Fall, daß dieser Vorschlag realisiert würde, geeignete Maßnahmen zu treffen in der Lage sind, liegt auf der Hand. Einmal sind die Apotheker gesetzlich gezwungen, auf der Signatur eines jeden Medikaments die Firma zu vermerken, so daß die Droguisten, welche die Vorschüsse gewähren, nur eine entsprechende Notiz auf dem Rezept zu machen hätten. Vor allem würde aber jeder Patient für eine angefertigte Arznei unbedingt eine Quittung zu verlangen haben, so daß mit etwas mehr Arbeit des Apothekers der gleiche Effekt erzielt würde. Man kann also ruhig abwarten, welchen Erfolg der neueste Apothekervorschlag zeitigen wird.

Die Stärke der einzelnen Fraktionen der Stadtverordneten-Versammlung stellt sich, wie ein Berichterstatter meldet, nach den vollendeten Neuwahlen wie folgt:

Die Fraktion der Linken zählt jetzt 64 Mitglieder. Neu treten hinzu die Stadtverordneten Berger, Bitterhof, Dove, Dr. Landau, Runge, Solmitz und Thieme.

Die Neue Fraktion der Linken beträgt 29 Mitglieder, ihr wird sich der neu gewählte Stadtverordnete Gemeinhardt anschließen.

Die socialdemokratische Fraktion, welche 27 Mann stark ist, nimmt als neue Mitglieder Dr. Bernstein, Friedeberg, Liebknecht, Wehl, Metzner und Ramlow auf.

Die Freie Fraktion besteht nach wie vor aus 20 Mitgliedern und außerdem sind als „Wilde" die Herren Prof. Dr. Virchow, Dr. Neumann und Fabrikant Pretzel zu bezeichnen.

Die Fraktion der Linken ist seit dem 1. Januar 1900 von 59 auf 64 Mitglieder gestiegen. Die Neue Fraktion der Linken hat in dieser Zeit um 5 Mitglieder und die Freie Fraktion um 4 Mitglieder abgenommen. Ebenso hat sich die Zahl der „Wilden" von 5 auf 3 herabgemindert. Die Zahl der Socialdemokraten betrug am 1. Januar 1900: 20 und hat somit gegen heute um 7 zugenommen. Ein Mandat und zwar im 32. Wahlbezirk III. Abteilung ist durch die Doppelwahl Dr. Liebknechts zur Zeit unerledigt.

Eine Reihe von Feuerwehr-Invaliden soll auf Antrag des Polizeipräsidenten in den wohlverdienten Ruhestand treten. Die meisten der Leute stehen im besten Mannesalter, der älteste zählt 55, der jüngste erst 42 Jahre. Die bureaukratisch ausgerechneten Jahrespensionen schwanken zwischen 756 und 1164 M. Den Maximalbetrag — 97 M. pro Monat — erhält z. B. ein 50jähriger Feuerwehrmann, der bei einem Alarm durch Ausgleiten beim Ansträngen der Pferde eine Verletzung der Kniescheibe erlitten hat, infolge deren er zur Fortsetzung des Dienstes in der Feuerwehr dauernd unfähig ist. Andre leiden an rheumatischen oder gichtischen Leiden, Blutarmut oder körperlichen Gebrechen. Der 42jährige Feuermann R. ist seit zwei Jahren dienstunfähig und befindet sich gegenwärtig in der Irrenanstalt Dalldorf. Der Aermste soll monatlich 63 M. erhalten, das ist ungefähr das vielgenannte „Existenz-Minimum", das natürlich auch für die Familie ausreichen muß.

Eine große Aufregung bemächtigte sich gestern der Eltern, deren Kinder die zweite Klasse der 224. Gemeindeschule in der Christianiastraße auf dem Gesundbrunnen besuchen. Die Knaben hatten das Brausebad in der Schule benutzt. Unmittelbar nach dem Baden wurden sie von heftigem Unwohlsein befallen, welches sich durch Erbrechen und Schwindelanfälle äußerte. Vier besonders schwer mitgenommene Schüler brachte man in einer Droschke nach der Unfallstation, andre wurden von Kameraden der ersten Klasse in die elterliche Wohnung geführt. Ueber die Ursache dieser Erkrankungen ist man nur auf Vermutungen angewiesen. Nach Aussage von Schülern soll in der Badeanstalt ein stärkerer Gasgeruch wahrnehmbar gewesen sein. Hoffentlich bemüht sich die Leitung der Schule, die Ursachen der Erkrankungen zu erforschen, damit möglichst bald der Oeffentlichkeit über die befremdlichen Vorfälle Aufklärung gegeben werden kann.

Aufsehen erregt die kürzlich erfolgte Verhaftung des Hauptmanns K. und des Agenten E. wegen Verdachts der Urkundenfälschung und des Betruges. Die Verhafteten hatten erfahren, daß ein bei Steglitz gelegenes Terrain vom Eisenbahnfiskus in Anspruch genommen werden sollte, um darauf einen Schienenstrang herzustellen, der die Potsdamer mit der Anhalter Bahn verbinden sollte. Sie wandten sich an den Besitzer, Rittmeister v. Kramsta, und erwirkten von ihm einen Schlußschein, wonach der Verkauf des Terrains zu einem bestimmten Preise und bis zu einem bestimmten Zeitpunkt in ihren Händen bleiben sollte. Sodann wandten sie sich an einen bekannten Geldmann in Charlottenburg, den sie besonders dadurch für das Unternehmen zu erwärmen verstanden, daß sie ihm Zeichnungen von dem neu einzurichtenden Schienenstrang sowie das Schreiben eines hohen Eisenbahnbeamten verlegten, wonach das Projekt mit ziemlicher Sicherheit zur Ausführung gelangen sollte. Hierdurch ließ der Geldmann sich bewegen, sofort 10 000 M. Provision zu zahlen und auch noch kleinere Vorschüsse zu geben, während die Ankaufsverhandlungen wegen des Terrains in der Schwebe waren. Die Unterhandlungen zerschlugen sich. Der Geldmann erfuhr, daß die ihm vorgelegten Zeichnungen sowie der Brief gefälscht seien und erstattete Anzeige. Die Verhafteten haben Rechtsanwalt Walter Bahn zum Verteidiger angenommen.

Einen romantischen Hintergrund hat die kürzlich erfolgte Verhaftung der Frau Rittergutsbesitzer P. wegen Verdachtes der Blutschande. Vor reichlich drei Jahren ging der damals 70jährige Herr P. mit der Verhafteten, die erst 22 Jahre zählte, seine vierte Ehe ein, weil das Liebesverhältnis, das er zu dem jungen Mädchen unterhalten hatte, nicht ohne Folgen geblieben war. Etwa nach Jahresfrist kam ein Sohn zweiter Ehe des Herrn P., ein in Amerika angestellter Postbeamter, besuchsweise nach dem väterlichen Gute. Er verliebte sich in seine jugendliche Stiefmutter und eines schönen Tages brannten beide nach Berlin durch. Auf Veranlassung des Herrn P. kehrte seine Ehefrau zu ihm zurück, während sein Sohn die Rückreise nach Amerika antrat. Herr P. verzieh seiner Frau. Später kam es aber zwischen ihnen zu Vermögensstreitigkeiten, die gerichtlich ausgefochten wurden und bei denen Herr P. unterlag. Seine Frau hatte sich wieder von ihm getrennt und in Berlin eine möblierte Wohnung gemietet. Zu ihrem Schrecken wurde sie durch einen Kriminalbeamten verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis übergeführt. Ihr Ehemann hatte sich gerächt, indem er die alte Geschichte wieder ausgegraben und sie wegen Blutschande angezeigt hatte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schwindt, hat ihre Haftentlassung gegen Stellung einer Bürgschaft von 10 000 M. beantragt.

Beim Abrüsten verunglückte gestern Nachmittag auf dem Neubau des Maurermeisters Gräfe in der Danckelmannstraße der Arbeiter Emil Rüdow aus der Bismarckstraße 28 zu Charlottenburg. Eine schwere Latte fiel aus dem dritten Stock herab, traf Rüdow am

Hinterkopf und verletzte ihn so schwer, daß man ihn nach der Rettungswache in der Wilmersdorferstraße bringen mußte. Nachdem er hier wieder zur Besinnung gekommen war und einen Verband erhalten hatte, erholte er sich wieder soweit, daß man ihn auf seinen Wunsch in seine Wohnung entlassen konnte, da er das Krankenhaus nicht aufsuchen wollte.

Die Parkdeputation hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, die im Plänterwald zu Treptow belegenen sogenannten Schöneberger Bauernwiesen anzukaufen. — Der Brangelbrunnen auf dem Kemperplatz soll bekanntlich dem Rolandbrunnen Platz machen; er wird am südlichen Ende der Grimmstraße zur Aufstellung gelangen. — Nach Bewilligung einiger Unterstützungsgesuche wurde zur Beratung des Etats geschritten; derselbe schließt in der Einnahme mit 19 300 M., in der Ausgabe mit 884 210 M. ab. Unter andrem wurde in den Etat neu eingestellt die Herstellung einer Zu- und Ableitung für die beiden Teiche im Friedrichshain mit 30 000 M., die Herstellung einer Bewässerungseinrichtung im Schlesischen Busch mit 19 500 M. und die Herstellung eines Kinder-Spielplatzes auf dem südöstlichen Teile des Oranienplatzes mit 500 M.

Der erste Fall, in welchem der „Bankier" Opitz eine Rolle spielt, wird am 18. d. Mts. vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. zur Verhandlung kommen und zwar in der Strafsache gegen Stock und Genossen wegen Verbrechens gegen keimendes Leben bezw. Anstiftung dazu. Mit Frl. Stock, der Stieftochter eines hiesigen Schlächtermeisters, hat Opitz seit Jahren ein Verhältnis unterhalten. Außer Opitz, der durch Rechtsanwalt Dr. Paul Rosenfeld verteidigt wird, ist auch die Hebamme Betschora mit angeklagt, welche ihre verbrecherische Thätigkeit auf Anstiftung des Opitz ausgeübt haben soll. Sie wird durch Rechtsanwalt Dr. Schwindt verteidigt. Schon diese Verhandlung wird jedenfalls die Entscheidung darüber bringen, ob Opitz wegen Geisteskrankheit zu beobachten ist oder nicht. Wegen der übrigen zahlreichen Verfehlungen des Opitz ist die Voruntersuchung noch nicht beendet.

Lebensrettung. Mit eigner Lebensgefahr rettete gestern abend um 9 Uhr der 57 Jahre alte Seilermeister Helm, der in der Straße 15 zu Charlottenburg im Kraatzschen Hause wohnt, den 40 Jahre alten Seiler Johann Klosterreit, der sich zu Besuch in Charlottenburg aufhält, vom Tode des Ertrinkens. Klosterreit besuchte Bekannte, die in der Nähe der Elektricitätswerke mit Baggern beschäftigt sind, stürzte infolge eines Fehltritts in die Spree, die dort zwei bis drei Meter tief ist, und geriet unter einen Prahm. Auf die Hilferufe eilten mehrere Personen herbei. Alle standen aber ratlos da, nur der alte Helm sprang ungeachtet seiner Jahre und der Dunkelheit, die die Gefahr erhöhte, kurz entschlossen in die kalten Fluten. Es gelang ihm auch, den Verunglückten zu fassen und mit Hilfe andrer, besonders eines Schlossers Krieg, ans Land zu bringen. Der Gerettete wurde ins Leben zurückgerufen und nach der Helmschen Wohnung gebracht, wo er sich bald wieder erholte.

Unter den Personen, welche wegen des sogenannten Schöneberger Mordes (Ermordung des Arbeiters Gabriel in der Lauben-Kolonie auf Wilmersdorfer Revier) als verdächtig verhaftet worden waren, befand sich auch der Schankwirt Jung. Dieser ist auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Werthauer aus der Haft entlassen worden, nachdem sich herausgestellt hat, daß die gegen ihn vorliegenden Verdachtsmomente hinfällig sind. Gegen ihn wird nur noch eine Anklage wegen Uebertretung schankpolizeilicher Vorschriften zu stande kommen.

Durch Ueberfahren schwer verletzt wurde gestern nachmittag der 13 jährige Schüler Otto Oswald aus Reinickendorf, der für ein Geschäft in der Bernauerstraße Laufburschendienste verrichtet. Ein Destillationskutscher hatte den Knaben, der ein schweres Paket trug, auf seinem Wagen mitgenommen. Als er nun an der Ecke der Brunnen- und Ackerstraße trotz der Warnung des Kutschers vorzeitig absprang, brach er sich einen Oberschenkel und geriet dann noch unter die Räder, die ihm beide Unterschenkel schwer beschädigten. Der Verunglückte mußte nach dem Lazarus-Krankenhause gebracht werden.

Zeugen gesucht. Am 2. November, abends 7½ Uhr, ist an der Ecke der Wasserthorstraße und Brandenburgstraße meine Frau beim Absteigen von der elektrischen Straßenbahn abgestürzt und bewußtlos zur Unfallstation gebracht worden. Personen, welche diesen Vorgang beobachtet haben oder bei dem Transport der Frau nach der Unfallstation behilflich waren, werden gebeten, ihre Adresse Herrn Stuez, Moritzstr. 4, zukommen zu lassen.

Feuerbericht. In der Nacht zum Dienstag kamen fast gleichzeitig zwei Fälle vor, in denen Unfug am öffentlichen Melder zu einer Alarmierung der Wehr führte. Es war bei den Meldern in der Koppenstraße und Behmstraße. Die Thäter sind leider nicht ermittelt. Um dieselbe Zeit brannten Frankfurter Allee 51 Möbel im Zimmer. Auch Marienstraße 1 und Raupachstraße 13 mußten kleine Wohnungsbrände beseitigt werden. In der Stephanstr. 48 und Prenzlauerstr. 56 brannten Küchenmöbel, während Fransecki-straße 20 Fußboden und Balkenlage Feuer gefangen hatten.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 13. November, mittags 12 Uhr, hält Herr Musikdirektor Otto Dienel unter Mitwirkung von Frl. Clara und Olga Müller, Frl. Edith Xaver, Herrn Hans Groth, Violinist, und Herrn Otto Conrad, in der Marienkirche den letzten Mittagsvortrag dieser Saison. Vom 18. November ab werden die Orgelvorträge auf Montagabend 7¼ Uhr gelegt.

Aus den Nachbarorten.

Stadtverordnetenwahl in Spandau. Die gestern stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen hatten folgendes Ergebnis. Es wurden gewählt: die Genossen Alb. Neue mit 1013 Stimmen, Schellenberg mit 994 Stimmen, Staar mit 998 Stimmen, und Wehe mit 1013 Stimmen. Die Gegner vereinigten auf ihre Kandidaten 899—912 Stimmen. Als Fünfter wurde ein Gegner, der Oberlehrer Grube als Hausbesitzer gewählt, da es unsren Genossen nicht möglich war, einen solchen zu finden. Die Wahlbeteiligung war eine regere als das letzte Mal; es wählten 900 Wahlberechtigte mehr. Wir haben ein Mandat gewonnen und sind nunmehr mit neun Mann im Spandauer Stadtparlament vertreten.

Die Stadtverordneten-Wahl der zweiten Abteilung in Charlottenburg hatte gestern folgendes Resultat: 1. Kommunal-Wahlbezirk: Gewählt Prof. Heyne (Eigentümer). 2. Kommunal-Wahlbezirk: Gewählt Architekt Jaster (Eigentümer), Verlagsbuchhändler Müller-Grothe (Mieter). 4. Kommunal-Wahlbezirk: Gewählt Hofdekorateur Gutsche (Eigentümer), Architekt Gansow (Mieter). 6. Kommunal-Wahlbezirk: Gewählt Stadtv. Ernst Rudolph (Eigentümer). 7. Kommunal-Wahlbezirk: Gewählt Oberlehrer Seele. 9. Kommunal-Wahlbezirk: Gewählt Justizrat Reinbacher (Mieter). 10. Kommunal-Wahlbezirk: Gewählt Stadtv. Rentier Hecht (Eigentümer), Oberstlieutenant a. D. Gremmler (Mieter).

Schöneberg. Bedeutende Mehrerträge an Realsteuern hat unsre Stadtkasse im laufenden Etatsjahre zu erwarten. Die Grundwertsteuer wird, wie sich schon jetzt übersehen läßt, den Voranschlag erheblich übersteigen. Namentlich aber steht ein bedeutendes Mehr aus der Umsatzsteuer in Aussicht. Diese für das ganze Etatsjahr mit 480 000 M. veranschlagte Steuer hat in den ersten sieben Monaten bereits mehr als 400 000 M. Ertrag geliefert, so daß, da zur Zeit viele Terrainverkäufe dem Abschluß nahe sind, mit Sicherheit auf ein Mehr von über 100 000 M. gegen den Voranschlag zu rechnen ist. Das günstige Ergebnis ist eingetreten durch die Veräußerung und Erschließung mehrerer umfangreicher Gelände für die Bebauung. Erwähnt sei hierbei, daß dieser Tage unsre Stadt den ersten Hausverkauf im Betrage von einer Million Mark zu verzeichnen hatte. Das Haus Victoria Luise-Platz 8, am Treffpunkt der Motz- und Regensburgerstraße, wurde für eine runde Million veräußert. Und trotzdem Paläste auf Paläste gebaut werden, die eine fortwährende Preissteigerung erfahren, trotzdem eine große Anzahl sogen. „Herrschaftlicher Wohnungen" monatelang leer und unbenutzt stehen, wird das Bedürfnis an kleinen Wohnungen in keinem Maße gedeckt. Und dann wird an höherer Stelle gesagt: „Es giebt in Schöneberg keine Wohnungsnot!"

Die Konsum-Genossenschaft von Adlershof und Umgegend erzielte in den fünf Monaten ihres Bestehens einen Umsatz von 20 936,94 M. und einen Reingewinn von 957,37 M., wovon 5 Proz. der Reservefonds erhält, 4½ Proz. zur Verteilung an die Mitglieder gelangen und 9,09 M. einem Fonds für krank und invalid gewordenes Personal überwiesen wurden. Die Genossenschaft hat von Eröffnung der Verkaufsstelle an eine dreistündige Mittagspause eingeführt, während welcher das Geschäft geschlossen bleibt, und dadurch einen Ausgleich für die zweistündige Thätigkeit des Personals an den Sonntagen zu schaffen gesucht. Die Mitgliederzahl, welche bei Beginn 142 betrug, ist in den ersten fünf Monaten auf 192 und seit dem 1. September auf 210 Mitglieder gestiegen. Der Geschäftsanteil, welcher 20 M. beträgt, ist von 65 Mitgliedern voll eingezahlt, während der Durchschnitt der eingezahlten Geschäftsanteile 13,25 M. pro Mitglied beträgt.

Totgefahren wurde, wie wir schon mitteilten, vorgestern morgen in Charlottenburg am Kaiser Friedrich-Platz der Kaufmann Fritz Fuhrmann aus Danzig. Der Unfall ist auch heute noch nicht aufgeklärt. Die Ermittelungen sprechen aber gegen die ursprüngliche Annahme, daß Fuhrmann bei dem Versuche, durchgehende Pferde anzuhalten, verunglückt wäre, und stellen das Verhalten einiger Personen in ein eigentümliches Licht. Vorgestern nachmittag meldete sich bei der Charlottenburger Polizei ein Kutscher Weber von der Spandauer Bergbrauerei mit der Angabe, daß der Verunglückte unter seinem Wagen gelegen habe. Er sei langsam gefahren und habe plötzlich wahrgenommen, daß der Wagen schwer ging. Nach der Ursache forschend, habe er vor einem Hinterrad einen Mann gefunden, der so gelegen habe, daß das Rad gerade seinen Hals berührte. In dieser Lage sei der Mann etwa 13 Schritte weit geschleift worden. Er habe den leblosen Körper nicht anfassen mögen und ihn daher einfach liegen lassen, um weiter zu fahren. Etwas später kamen dann, wie weiter festgestellt wurde, zwei Mann von der Kaiserbrauerei, die noch nicht weiter bekannt sind. Diese legten den Körper auf den Bürgersteig und kümmerten sich auch nicht weiter darum. Nach ärztlichem Gutachten ist Fuhrmann die Lunge zerquetscht worden. Diese Verletzung führte zum Tode. Wie er unter seinen Wagen geraten ist, will Weber nicht wissen.

Lichtenberg. Der Erlaß eines Ortsstatuts für die Errichtung von Fortbildungsschulen ist von den socialdemokratischen Gemeindeverordneten in der Gemeindevertretung beantragt worden. Obwohl unter den bürgerlichen Parteien die Meinungen über die obligatorische, wie sie von unsren Parteigenossen angeregt ist, und die fakultative Schule noch weit auseinandergehen, wurde der Sache selbst Entgegenkommen gezeigt und wird das Ortsstatut voraussichtlich bald zu stande kommen. — Der Justizfiskus verlangt von der Gemeinde die Verlängerung des auf 25 Jahre abgeschlossenen Mietsvertrages und das Recht des Ankaufes des von der Gemeinde nach den Bauplänen des Fiskus zu errichtenden Amtsgerichtsgebäudes. Die Gemeindevertretung stimmte dem Verlangen zu mit der Maßgabe, daß auf Grund einer Anregung der socialdemokratischen Gemeindevertreter angesichts der großen Arbeitslosigkeit der Fiskus aufzufordern ist, mit dem Bau endlich zu beginnen.

In dem Diebesnest in der alten Heinersdorfer Mühle hinter Neu-Weißensee wurden, wie man uns berichtet, auch die gestohlenen Gold- und Silberwaren aus dem Einbruch bei dem Uhrmacher Wappler in Landsberg a. W. noch zum Teil vorgefunden. Der Diebstahl wurde in der Nacht zum 8. September d. J. ausgeführt. Von dem gesamten Raub, der einen Wert von 6000 Mark hatte, wurden noch Sachen für etwas über 1000 M. geborgen.

Gerichts-Zeitung.

Aus der Berliner Skandalchronik. Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit hatte die zweite Strafkammer des Landgerichts I dieser Tage ein Sittenbild aus der sogenannten „besseren" Gesellschaft zu verhandeln, dessen Einzelheiten einen vollen Roman darstellen. Auf der Anklagebank saß ein geachteter und achtungswerter Kaufmann unter der Anklage der Beleidigung und versuchten Nötigung, gegen ihn trat ein in voller Uniform erschienener Stabsarzt auf. Der Angeklagte wurde von dem Justizrat Dr. v. Gordon verteidigt, der Stabsarzt als Nebenkläger von dem Rechtsanwalt Dr. Davidsohn vertreten. Das erste Kapitel des Romans beginnt auf einem Casino-Ball, an welchem der Angeklagte als Verwandter des Majors und Bataillonskommandeurs mit seiner lebenslustigen Ehefrau, der Mutter seiner 4 Kinder, teil zu nehmen Gelegenheit hatte. Auch der Stabsarzt war mit seiner Ehefrau auf dem Ball; er war als fescher Tiroler kostümiert und machte sofort beim Eintritt in den Saal einen fascinierenden Eindruck auf die Frau des Angeklagten, die, wie von höherer Gewalt getrieben, ihre Blicke mit verzehrender Glut immer wieder auf die schlanke Gestalt des flotten Tirolers richtete. Er hatte es ihr unbewußt angethan und sie dankte es dem Zufall, der es so fügte, daß die beiden Ehepaare noch an jenem Abend bekannt mit einander wurden. Die Bekanntschaft wurde intimer, obgleich die Frau des Angeklagten diesem schon am Tage nach dem Balle zu verstehen gegeben hatte, daß der Stabsarzt einen ungewöhnlich tiefen Eindruck auf sie gemacht habe. Man besuchte sich gegenseitig, die Kaufmannsfrau fand aber in der Folge recht häufig Gelegenheit, ohne Begleitung ihres Ehemannes dem befreundeten Ehepaare Besuche abzustatten, und so kam es, daß das zuerst in einem kleinen Winkel ihres Herzens glimmende Feuer der Liebe zu heller Flamme emporloderte. Eines Abends kam es zur Katastrophe. Sie war etwas lange zum Besuch bei dem Nebenkläger gewesen und dieser übernahm es auf Wunsch seiner Frau, den Besuch nach Hause zu begleiten. Sie winkte einem vorüberfahrenden Kutscher, beide bestiegen die Droschke und als es durch den dunklen Tiergarten ging, da offenbarte die Frau ihrem Begleiter ihr ganzes Herz und flüsterte so seltsam von heimlicher Liebe, daß es dem völlig Ueberraschten siedendheiß wurde und er nach dem Muster des „Bettelstudenten" seine Begleiterin anflehte: „Schau mir nicht ins Aug' so lange, schau mich nicht so innig an, vor dem Zauber wird mir bange, dem ich nicht entzieh'n mich kann!" Und als die Fahrt beendet war, da konnte sie mit der Gräfin Bronislava sagen: „Die Blumen werden's verraten, mit denen ich geschmückt; da Du umarmt mich hieltest, hast Du sie arg zerdrückt." Jenem schönen Abende folgten viele andre voll verschwiegener Liebeslust. Ein Zufall machte dem Traum ein Ende. Die Frau des Angeklagten befand sich außerhalb in einem Badeorte. In ihrer Abwesenheit öffnete ihr Ehemann zufällig ein kleines Nähkästchen und fand darin einige Skripturen, die ihm plötzlich die Augen öffneten. Madame, die über das plötzliche Ausbleiben jeglicher Nachricht ihres Ehemannes in Angst und Unruhe versetzt worden war, erschien eines Tages in ihrer Wohnung und hier entwickelte sich eine furchtbare Ehestandsscene, die damit endete, daß die Frau als reuige Sünderin dem in seinem Stolze und Ehrgefühl tief verletzten Ehemanne zu Füßen lag und seine Verzeihung erflehte. Mit Rücksicht auf die 4 Kinder wurde sie ihr auch zu teil und so blieb sie im Hause des Mannes, den sie so schwer gekränkt hatte. Aber mit dem Stabsarzt, der den Sirenenklängen nicht zu widerstehen vermocht hatte, mußte der Angeklagte sich auseinandersetzen. Er schrieb ihm einen von innerer Erregung diktierten Brief, in welchem er ihn einen „Schurken" nannte und aufforderte, binnen 8 Tagen des Königs Rock auszuziehen und aus Berlin zu verschwinden, widrigenfalls er ihn auf offener Straße züchtigen würde. Die Antwort auf den Brief war eine Forderung zum Zweikampfe und als dies abgelehnt wurde, ging der Stabsarzt an seinen Ehrenrat und beantragte gegen sich selbst eine Disciplinar-Untersuchung. Dadurch kam das Rad ins Rollen. Der Stabsarzt überreichte den Brief des Angeklagten der Staatsanwaltschaft und so kam es, daß der in seiner Ehre so schwer Verletzte auch noch auf die Anklagebank mußte. Als Zeugin wurde u. a. auch die Ehefrau des Angeklagten vernommen, die unter den Zeichen wirklicher Reue ihre Sünden offen eingestand und auch zugab, daß sie als Verführerin zuerst an den Zeugen herangetreten sei. Zu ihrer Entschuldigung konnte sie nur angeben, daß sie unter dem Zwange einer höheren Gewalt gestanden. Ein einziger Trost in dieser traurigen Geschichte ist dem Angeklagten geblieben: beide Hauptfiguren dieser Liebesfarce beschworen, daß sie über Liebkosungen nicht hinausgegangen seien. Die Verhandlung, welcher auch der Vorsitzende des Ehrenrats beiwohnte, endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu 20 M. Geldstrafe. Staatsanwalt Kanzow hatte selbst ein möglichst niedriges Strafmaß empfohlen.

Milde Bestrafung einer unmenschlichen Roheit. Mißhandlungen eines Dienstboten führten gestern den Inhaber des Pschorrbräu-Ausschankes an der Behren- und Friedrichstraßen-Ecke, Restaurateur Philipp Nix sowie dessen Ehefrau vor das Schöffengericht. Die Verletzte, Dienstmagd Bertha Neuenfeld, die als Nebenklägerin zugelassen und vom Rechtsanwalt Henschke vertreten wurde, gab eine Darstellung von dem Sachverhalt, wonach die Ehefrau Nix der bei weitem schuldigere Teil gewesen wäre. Die Zeugin erzählte, daß sie am 19. April einen arg entzündeten Finger gehabt habe, sodaß sie ihren Dienst als Aufwäscherin nicht habe nachkommen können. Sie habe deshalb ihre Dienstherrin gebeten, sie für diesen Tag anderweitig zu beschäftigen. Dies sei ihr schroff abgelehnt worden. Nun habe sie gebeten, zum Arzt gehen zu dürfen. Hierüber sei Frau Nix dermaßen in Wut geraten, daß sie sofort auf sie eingeschlagen habe. Die Zeugin habe eine ganze Anzahl Faustschläge erhalten. Sie habe nun ihre Papiere verlangt und ein herzugerufener Schutzmann habe dies Verlangen als berechtigt bezeichnet. Nachdem der Schutzmann sich entfernt hatte, habe Frau Nix die Zeugin wiederum, aber ärger als zuvor, mißhandelt. Auch der Angeklagte Nix sei hinzugekommen und habe sich an den Mißhandlungen beteiligt. Die Zeugin sei schließlich halb ohnmächtig geworden. In diesem Zustande habe man sie in den Klosettraum geworfen, wo sie mehrere Stunden habe verweilen müssen. Als sie dann erlöst worden sei, habe sie in einem Koppschen Krankenwagen nach dem Krankenhause gebracht werden müssen. Nach dem ärztlichen Attest hatte die Mißhandelte mehrere Verletzungen erlitten, sie mußte vier Monate in der Charité zubringen und wird wahrscheinlich dauerndes Siechtum davontragen. Die Angeklagten, die vom Rechtsanwalt Morris verteidigt wurden, gaben die „Züchtigung" zu, stellten aber unter Beweis, daß das Mädchen impertinent und boshaft gewesen und sie schwer gereizt habe. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Ehefrau 50, gegen den Ehemann 30 M. Geldstrafe. Rechtsanwalt Henschke erklärte, daß er von der Beantragung einer Geldbuße an die Nebenklägerin Abstand nehme; er werde auf dem Wege der Civilklage für deren Ansprüche eintreten. Der Gerichtshof verurteilte die Angeklagten zu je 100 M. Geldstrafe. Auf wie lange wohl wäre ein Arbeiter ins Gefängnis gesperrt worden, wenn er einen Unternehmer oder Streikbrecher ähnlich roh behandelt hätte.

Aus dem Polizeikampfe gegen die Arbeiterorganisationen. Wegen Vergehens gegen § 8 des Vereinsgesetzes war der Genosse Göcke als Vorsitzender der Zahlstelle Groß-Ottersleben des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter vom Landgericht Magdeburg zu 50 M. Geldstrafe verurteilt worden. Es wurde ihm zur Last gelegt, daß er in einen Verein, der die Erörterung politischer Gegenstände in Versammlungen bezwecke, eine Frau aufgenommen und sie als Mitglied geduldet habe. Daß die Zahlstelle ein politischer Verein im Sinne des § 8 des Vereinsgesetzes sei, begründete das Landgericht folgendermaßen: Nach dem Statut und auf Grund der Verhandlungen in den Mitgliederversammlungen der Zahlstelle könne diese allerdings nicht für einen politischen Verein erklärt werden, denn das Statut sehe nur wirtschaftliche Aufgaben vor und in den Mitgliederversammlungen seien auch fast ausschließlich wirtschaftliche Fragen erörtert worden. Es wären aber auch die öffentlichen Versammlungen zu berücksichtigen, die der Vorsitzende Göcke einberufen und meist geleitet habe, ohne daß ein Bureau gebildet worden sei. Diese Versammlungen seien als vom Verein ausgehend zu betrachten, und da in ihnen stets Gegenstände rein politischen Charakters in Vorträgen und Debatten erörtert worden wären, so sei die Zahlstelle als Verein im Sinne des § 8 des Vereinsgesetzes zu behandeln. Die Frau hätte deshalb nicht in den Verein als Mitglied aufgenommen werden dürfen. — Der Verurteilte legte Revision ein und betonte unter anderm, daß die öffentlichen Versammlungen mit der Zahlstelle gar nichts zu thun hätten. Der Strafsenat des Kammergerichts verwarf indessen das Rechtsmittel mit der Begründung, daß das Landgericht mit Recht die §§ 8 und 16 des Vereinsgesetzes angewendet habe.

Die Synagogen-Brandstiftung in Konitz am 7. Juni 1900 beschäftigte gestern das Konitzer Schwurgericht. Angeklagt war der Arbeiter Dähnert, geboren 1866, der damals bei dem Kaufmann Stedefeld beschäftigt war und kurz vor dem Brande dem Barbierlehrling Giede an der Ecke der Konviktstraße und des Marktplatzes (die Konviktstraße führt nach der Synagoge) ein Fläschchen mit Benzin entrissen haben und mit den Worten: „Damit werde ich den Tempel anstecken", nach der Synagoge zugeeilt sein soll. — Eine Anzahl Zeugen bekundeten, daß sie bestimmt Giede mit einem Arbeiter an der Ecke und auch später von dem Mönchssee kommend in der Friedrichstraße gesehen haben. Giede hat alles das vergessen, er erinnert sich nur bestimmt daran, daß der Angeklagte der Arbeiter war, der ihm das Benzinfläschchen entriß. Er selbst hat sich wiederholt durch die Worte: „Schweig' still" einigen Zeugen gegenüber verdächtig gemacht, leugnet aber, jemals diese Worte gesprochen zu haben. Giede wird als der Thäterschaft oder Teilnahme verdächtig nicht vereidet. Der Erste Staatsanwalt Schweigger beantragte das Schuldig. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Hunrath, plaidierte für mildernde Umstände, da Dähnert, wenn er der Brandstifter gewesen, doch nur einen Schuppen und nicht die Synagoge selbst angezündet und offenbar unter dem Einflusse des Alkohols gehandelt habe. Die Geschworenen verneinten die Schuldfragen und Dähnert wurde freigesprochen. Gegen Giede konnte nach Aussage des Ersten Staatsanwalts wegen mangelnder Beweise keine Anklage erhoben werden. Die Verhandlung dauerte von vormittags 10 Uhr bis abends 6½ Uhr.

Vermischtes.

Ueber das Grubenunglück in Staßfurt liegen bis zur Stunde amtliche Berichte noch nicht vor; nicht ausgeschlossen scheint, daß die fernen Erdbeben am Gardasee und bei Erzerum Veranlassung zu dem Einsturz gegeben haben. Derselbe verursachte eine derartige Erschütterung, daß man sie noch in entfernten Orten wahrnehmen konnte. Wie verlautet, sind zwei Abbausohlen, das sind zwei Stockwerke im Bergwerksbau, in einer Länge von ungefähr 200 Metern niedergegangen, gerade, als zahlreiche Arbeiter die Schicht beendet hatten und den Schacht verlassen wollten. Ungefähr 70 bis 80 Mann wurden von dem Unfall betroffen. Sofort stellte man umfangreiche Rettungsarbeiten an, und es gelang, etwa sechzig Personen lebend zu Tage zu bringen, wenn auch eine große Zahl von ihnen teils schwer, teils leicht verletzt war. Die vermißten 16 befinden sich zur Zeit noch unter oder hinter den niedergegangenen Massen; ihr Schicksal kennt man noch nicht, doch ist damit nicht gesagt, daß sie alle tot sind. Zwei Bergleute sind in der Nacht gestorben. An der Unfallstelle sind vier Aerzte thätig. In Staßfurt herrscht außerordentlich große Aufregung und Trauer.

Die Gewerkschaft des Salzbergwerks Ludwig II. bei Staßfurt (früher Riebeck u. Co.) gehört zu den ältesten Werken der deutschen Kali-Industrie. An demselben ist zu zwei Dritteln die Aktiengesellschaft Vereinigte Chemische Fabriken zu Leopoldshall und zu einem Drittel die Aktiengesellschaft Staßfurter Chemische Fabrik, vormals Forstel u. Grüneberg, beteiligt. Den Grubenfeldern der Gewerkschaft Ludwig II. ist das Bergwerk des preußischen Fiskus benachbart. Auch die Werke des anhaltischen Fiskus und die Gewerkschaft Neustaßfurt grenzen unter der Erde an die Felder des Werkes Ludwig II.

Aus Teplitz wird berichtet: Bei einem Erdsturz im Austrischacht wurden mehrer Bergleute verschüttet und als gräßlich verstümmelte Leichen hervorgezogen.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin